

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gericht:

„Tagblatt-Ges.“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangirung. — W. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ansonsten durch die Postämter in Wiesbaden. — Bezahlungen nehmen außer dem entgegengesetzten: in Wiesbaden die Zweigstelle des W. 2. — in den übrigen Orten in allen Fällen der Stadt; in Wiesbaden: die dortigen Postämter und in den benachbarten Gemeinden und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Hg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Meiner Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Hg. für auswärtige Anzeigen; 1 Hg. für lokale Anzeigen; 2 Hg. für auswärtige Anzeigen. — Bei Wiederholung Anzeigen unentgeltlicher Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechende Rabatt.

Anzeigen-Kontak: Für die Rhein- und Mosel-Region: 12 Hg. für die Rhein- und Mosel-Region; 12 Hg. für die Rhein- und Mosel-Region. — Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt H 450 u. 451.

Donnerstag, 29. Januar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 47. — 62. Jahrgang.

Giolittis Regierungssystem.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

S. Rom, 28. Januar.

Nicht nur die Erfolge, sondern auch die Regierungssysteme des derzeitigen Leiters der italienischen Geschichte stehen in der Geschichte aller parlamentarisch regierten Reiche ganz ohne Beispiel da. Herr Giolitti hat sich ein ganz eigenartiges System für seine Regierungsführung zurechtgelegt, ein System, das Nachahmung verdient auch in anderen Ländern, wenn es sich nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die weitere Zukunft bewähren würde. Italien ist bekanntlich ein sehr demokratisches Land und besitzt freiheitliche Institutionen, mit denen sich nicht einmal England, das Urbild und Vorbild demokratischer Einrichtungen, messen kann, und die nur derjenige richtig würdigen kann, der in Italien mehrere Jahre lebhaft gewesen ist. Unter Herrn Giolitti hat die Demokratisierung des Reiches innerhalb der letzten drei Jahre entscheidende Fortschritte gemacht. Man bedenke: der Ministerpräsident gibt unaufgefordert das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Kammer, er bietet Sozialisten Ministerposten an, er öffnet ihnen zu aller Erstaunen das Herrenhaus. Er würde sich, wenn er eine Mehrheit in der Kammer bekäme, gar nicht befinden, eine Arbeiterversicherungsgebarung nach dem Herzen der Sozialdemokraten zu geben. Er hat im Parlament auch die früher so oft und so vergeblich gewünschte Entscheidung über die Angelegenheiten und versprochen, einen dahingehenden Gesetzentwurf einzubringen, wenn er sicher ist, daß dieser auch eine Mehrheit finden könnte. Er würde auch kaum zögern, mit der Trennung zwischen Staat und Kirche Ernst zu machen, wenn eine Strömung im Volke für einen solchen Akt vorhanden wäre. Kurz, Herr Giolitti tut alles, was er den Regierten an den Augen ablesen kann, vorausgesetzt, daß diese sich in der Mehrheit auf seine Seite stellen.

Trotz dieser demokratischen Mäßen aber wird Herr Giolitti der Diktator genannt. Bei Lichte besehen, verdient er diesen Beinamen. Er hat ein überaus gefügiges Parlament, dem er gebietet wie vor ihm noch kein Kabinettschef in Italien. Unter den 500 Kammerdeputierten sind nur wenig mehr als 100 Sozialisten und andere Radikale, die ab und zu gegen das „Gewaltregiment“ Giolittis sich in Protesten von zweifelhaftem Wert ergehen. Weil er sich einen ziemlich weitgehenden Kredit für Libyen ohne Kontrolle für die Verwendung der Einzahlungen im Juni vorigen Jahres hatte gewähren lassen, und weil dieser Kredit nun abermals um vier Monate unbefristet verlängert worden war, begannen seine hundert Gegner im Lande mit wilden Kundgebungen, deren Wirkung gleich Null war. Später setzte man die Hoffnung auf die neuen Steuern, die Herr Giolitti dem Volke zu beschaffen versprochen. Es war um die Neujahrschwende, als er plötzlich, gewissermaßen über Nacht, die Steuerlätze für Alkohol und für die meistbegehrten Zigaretten und Zigarren heraufsetzte. Es gab zwar Proteste auf Seiten der Händler, aber das Volk regte sich nicht übermäßig auf. Es sagte sich: Steuern

braucht der Staat; wir müßten sie auch einem anderen Minister bewilligen, der nicht Giolitti hieße. Der andere könnte am Ende die Steuerfahne noch stärker anziehen. Besser also, wir lassen uns von Giolitti nicht erst nötigen. So denkt das Volk heute, so dachte es gestern. Wird es morgen anders denken?

Giolitti hatte die neuen Steuererträge auf Alkohol und Zigarren dekretiert, ohne daß in die Ferien gegangene Parlament erst viel zu fragen. Warum auch? Kammer und Senat folgen ihm aufs Wort. Sie hätten ihm auch die 35 Millionen Lire neuer Steuern anstandslos bewilligt. Er wollte die Herren Volksvertreter in der Weihnachtszeit nicht belästigen. Sie werden ihm nachträglich die gewünschte Indemnität gewähren. Versteht sich. Das Vertrauen auf Giolitti und seine Staatskunst ist nachgerade so festgewurzelt im Volke und in dem Parlament, daß er ganz bequem auch ohne das letztere regieren könnte. Am 6. Februar tritt die Kammer wieder zusammen, um den Etat durchzubekommen und sich von Giolitti und seinem Finanzminister erläutern zu lassen, warum er noch weitere Steuern braucht und wie hoch dieselben sein sollen. Zur Beruhigung seines Volkes hatte er schon vor einiger Zeit mitgeteilt, daß die neuen Steuern nicht die schwachen Schultern belasten sollen. Die Lebensmittel dürfen nicht noch mehr verteuert werden. Sie haben ohnehin eine Höhe erreicht, von der man sich außerhalb Italiens keine Vorstellung macht. Drum sollen die Steuern nicht nach der steuerlichen Seite hin ausgebaut werden. Aber Herr Giolitti braucht viele Hunderte Millionen neuer Steuern. Er denkt an die Erbschaftssteuern, an eine höhere Belastung des Grundbesitzes, er will den Gasverbrauch und das elektrische Licht abermals besteuern. Denn Gas und elektrisches Licht werden ja nur in den Haushaltungen der wohlhabenden Klassen gebraucht. Die Sozialisten möchten natürlich eine stärkere Besteuerung der großen Vermögen. Aber die Anhänger Giolittis stellen sich taub. Daher werden die Mittelschichten aufs neue bluten.

Wird nun die Steuererhebung Giolittis Popularität untergraben? Eine Antwort kann man heute nicht geben. Giolittis Vorgänger, Luigi Luzzatti, erklärte, die Italiener wären die besten Steuerzahler der Welt. Herr Luzzatti war viele Jahre Finanzminister und kann sich ein Urteil über die Steuerfreudigkeit seiner Landsleute wohl erlauben. Aber was jetzt dem Volke zugemutet wird, übersteigt doch alles bisher Dagewesene. Es gibt Leute, die da sagen, daß sich Giolitti mit seinen neuen Steuern den Untergrund grabe. Was er vordem an Wahlreformen und sonstigen demokratischen Einrichtungen gewährt hatte, kostete den Staat wenig oder gar nichts. Jetzt aber kommt dieser mit Forderungen, und da könnte sich das Völkchen sehr leicht wenden. Die Zeitungen haben abermals mitgeteilt, daß für Libyen eine Milliarde vorausgeschätzt worden ist. Woher die zweite Milliarde nehmen, die für die Kolonisation unumgänglich nötig ist? Und die neuen Ausgaben für die Heeres- und Flottenvermehrung? Für die Arbeiter- und Bauernverbände?

Mit seinem bisherigen Regierungssystem, alle Welt zufriedenzustellen ohne der Steuerfreudigkeit große Opfer zuzumuten, kann Herr Giolitti nicht weiter wirtschaften. Er hat zwar eine kompakte Mehrheit in der Kammer, die ihm die Steuern bewilligen wird, aber seine Gegnerschaft kommt nunmehr in die Lage, ihm die Volksgunst zu entreißen. Denn in Italien folgen neuen Steuern auch regelmäßig neue Minister. Je drückender die ersten sind, desto schneller wirtschaften die Urheber der Steuern ab. Oder wird Herr Giolitti auch in dieser Beziehung eine Ausnahme machen?

Die jetzige Regierungsmehrheit wird vor allem auch darum zusammengehalten, weil sie vor zwei Jahren mit verantwortlich zeichnete für das libysche Unternehmen. Sie muß daselbst zu Ende führen, mag es noch soviel kosten. Ob aber das Volk in die Milliardenopfer willigen wird, willigen kann, steht auf einem anderen Brett. Vor nichts bangt diese Regierungsmehrheit so sehr als vor dem Augenblick, wo Giolitti freiwillig oder durch den Tod gezwungen, den Regierungssitz niederlegt. Er hat die Nation vor ganz ungeheuren Aufgaben gestellt, die erst dann zu einem glücklichen Ende geführt sein werden, wenn das Steuerproblem eine Lösung gefunden haben wird. Man begreift, wenn alle Parteien, auch die Gegner, den Augenblick nicht herbeisehnen, wo Giolitti den Schauplatz seiner Tätigkeit verlassen muß. Jedenfalls wird er eine hohe Erbschaft seinem Nachfolger hinterlassen. Und darum ist die Frage berechtigt, ob sein Regierungssystem sich auch für die Zukunft bewähren wird.

Die Amerikaner sind auffällig geworden, als er sein Geleise ankündigte, der kirchlichen Trauung die Zivilehe voranzutreiben zu lassen. Es gab bisher in Italien keinerlei Zwang nach dieser Richtung hin. Hunderttausende von Paaren haben die Ehe nur vor dem Altar geschlossen, die aber vom Staat nicht als legitim anerkannt worden ist. So kam es, daß Männer, die ihrer Frauen überdrüssig wurden, die sie sich nur in der Kirche hatten antrauen lassen, ohne weiteres vor dem Standesamt eine zweite bürgerliche Ehe eingehen konnten. Witwen und Kinder eines Staatsbeamten, der sich nur kirchlich hatte trauen lassen, gingen des Pensionsanspruches verlustig. Es war höchste Zeit, daß der Staat diesen und oft noch weit schlimmeren Zuständen ein Ende bereite. Das Geleise aber findet nicht den Beifall des Meeres. Er veranstaltet Protestversammlungen im ganzen Lande, die freilich im Volk kein Echo finden. Es ist nicht zu befürchten, daß durch diese Vorgänge das schöne Verhältnis zwischen Vatikan und Regierung beeinträchtigt wird.

Wenn nicht die finstere Steuerwolke Giolittis Regierungshimmel bedrohen würde, bliebe alles in bester Ordnung. Durch neue Erfolge in der auswärtigen Politik könnte sich der gewiegte Staatsmann leicht Luft im Innern schaffen. Der Italiener ist weniger zur Kritik ausgelegt, wenn er sein Prestige wachsen sieht. Bisher arbeitete Giolitti rastlos auf Prestige politisch hin.

Großstadtstraße im Winter.

Bilder aus Wien von Dr. Hans Wandsch.

Kohlenflauer.

Auf der Korsostraße, drinnen im Herzen der Stadt, tangt das Leben um diese Stunde im weichen, wiegenden Rhythmus der Spaziergänger. Ein helles Räuseln blüht um die Lippen der Frauen wie Hirschnäse im Mondschimmer, und das versteinerte, ausgeglühte Licht des Brillanten funkelt aus dem Tiefpunkt der hochgeschlagenen Seidenschürzen. Fast nur zwei Farben hat der Winter auf der Palette. Weiße Reiterfedern auf schwarzen Seidenpöschchen; schneeweiße Mägen hängen hart an finstere Föhrenwälder; und die flammenden, roten, grünen, gepunkteten und gestreiften Bänder der Kravatten schmelzen um diese Zeit zu winzigen kleinen schwarzen Rauten über weißen Smokinghemden ein. Schwarze Reiterfedern ist der Winter. Er formt die Gegenstände aus; er liebt die Kontraste, er ist Meister der Abgrenzung, die das Fernste verkürzend nebeneinanderlegt. Dichter rücken die Menschen zusammen: den Reichen, die im Sommer aus der Großstadt schwärmen, rauchen die Beste mit überhängenden Glanz und Glanz auf, und hart vor die durchsichtigen Rassen ist die frostige Not gedrückt. Eng, wie in keiner Zeit des Jahres, wohnen Überwinder und Unterwinder nebeneinander. Er liebt die Kontraste, er modelliert aus jedem Ding, aus der Not und dem Luxus die padendste, die erschütterndste Prägnanz, der Künstler Winter.

Und hier, eine Handbreit, fünf Gehminuten von der Korsostraße entfernt, schlägt der Rhythmus der Großstadt aus dem sanften Wiegen und Wandeln in ein ganz anderes, schweres, dumpfes und erdrückend beladenes Tempo um. Ungeheure Wagenkolosse rollen über das Pflaster. Man-

mal gleiten die Räder auf dem glatten Boden. Sie bringen die Last nicht vom Fleck, sie spreizen die massigen Hinterbeine weit gegen das Fuhrwerk zurück, und dann scheinen diese klugen Pferdebeine mit dem klugen Wagen zu einem einzigen unförmigen, unförmlichen Ungetüm zusammengeballt. Und als unförmige Kolosse hoden die Autos in sich gefauert. Dampf, stumpf und stuppig. Esfrosen die Glieder, die Augen verglast. Und irgendwo jaudt es das Leben schmerzhaft über die Eisbahn. Irgendwo fliegt es beschwingt, wie ein Spielball. Die aber lauern schweremächtig in sich. Sie sind von Kälte und Kummer so ausgelöscht, daß sie die Flamme der Rebellion gegen das Schicksal in sich nicht mehr auffachen können. Nur für Auf, Schritt vor Schritt schüttelt das Gefährt, stundenlang, täglich viel Stunden, viele hundert Tage im Jahr, ein paar Dutzend Jahre im Leben. Immer derselbe mühselige monotone Takt wie bei den Pferden in der Treibmühle, denen das Weild die Augen verbindet. Sie aber sehen. Und dies ist trotz allem ein Glück: zu sehen.

Dort drüben nämlich, in der äußersten Fensterlinie eines Kaffeehauses, aus dessen Unterbauwände wärmender Dampf aufsteigt, sitzen zwei auf der Straße, dicht beieinandergekauert. Sie hat ihm um diese zwölfte Tagesstunde in bleichem Kopf das Mahl gebracht. Und es ist vielleicht die einzige Zeit des Tages, wann die beiden die Not und die Treue ihrer Gesichter bei Licht zu sehen bekommen. Ohne Wort hoden sie nebeneinander, dumpf, stumpf und von der Mühsal der Arbeit beinahe stuppig; und dennoch eines im Dunstkreis des anderen. Abwechseln langen die beiden eisernen Köpfe in den Topp. Kein Laut fällt, keine ausgesprochene Zärtlichkeit nähert sie an. Aber während sie mit langsamem Bedacht ihr Mahl aus der Schüssel löffeln, treffen sich zuweilen ihre Blicke über dem Speisetisch. Es ist ein Zufall. Doch sie nützen ihn aus. Sie halten inne in ihrer Mahlzeit, sie lassen nicht so schnell von diesem festen Einanderausehen,

und ganz laut sagen dann ihre Blicke: wir gehören schon zusammen, wir zwei.

Auf einmal aber stößt sie ihn sacht in die Seite. In der unaufhaltsamen Kolonne tollernder Lastwagen schwanken eben ein paar Kohlenfuhrwerke vorüber. Von den hochgeladenen schwarzen Häufen sprangen einige Stüde zur Erde: Drei, vier, fünf Kohlenstücke, jedes einzelne größer als zwei Männerfüße. Und er, mit seinen abgemüdeten, versteinerten Gliedern, er springt auf. Die schwarzen Diamanten entbrennen vor seinen Augen. Es gibt Licht, Wärme, Wohlgehalt für eine ganze Nacht, und wenn seine erstarrten Glieder auftauen, schließt er sie enger an sich. Aber die Freude ist allemal im Leben eine zeitvergebende aufatmende Verschwenderin. Nur die Not peitscht atemlos an. Schon ist auch ihm auf halbem Weg ein anderes, hurtigeres zugekommen. Und er steht da mit einem Bild, den ich nie im Leben vergesse: ein großes Hoffen ist ihm entschwunden. Eine Schaufel voll Kohlen; was wiegt, was gilt sie uns? Für diesen Mann aber... und sein Bild, wie vor Schmerz erschollen, harrt in eine trübe, kalte, licht- und lieblose Nacht. Zwei, vier, fünf Kohlenwagen sind an ihm vorbeigefahren, Stüde fielen zur Erde, ohne Ruhest für ihn, ohne Gewinn. Eine ganze Kohlenladung ist seinem Hoffen untergegangen.

Korso.

Die Dinge nämlich, die Geschehnisse, die Phänomene: was sind sie an sich? Unbegreiflich in ihrem Bedeuten und in ihrem Wert nicht zu erkennen. Wie Einbildungen, wie Erfindungen des Menschen muten sie zuweilen an. Dies gibt ihnen erst Sinn und Bedeutung und Wert: Die Verbindung mit einem bestimmten einzelnen. Die paar Kupfermünzen, die einer aus seiner Geldtasche verstreut und nach denen er sich nicht bückt, weil ihm der Energieaufwand des Büdens die paar runden Dinger bei weitem nicht aufwiegt, für einen an-

Politische Übersicht.

Ueber das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler, dem Kaiser und dem Kronprinzen

äußert sich Abg. D. Raumann recht interessant in der neuen Nummer der „Hilfe“. Er schreibt: „Will ein Reichskanzler auf seinem Platz bleiben, so muß er in erster Linie darauf sehen, daß der hohe Auftraggeber nicht gegen ihn eingenommen wird. Wir trauen Herrn v. Bethmann-Hollweg zu, daß er durchaus bereit ist, sein Amt abzugeben, sobald jemand anders gefunden wird, der es nicht schlechter führt, und glauben nicht, daß er auf Umwegen sich den Kaiser sichert und etwa gefährliche Nebenbuhler rechtzeitig stürzt und entfernt. Solche Handgriffe liegen ihm nicht und würden ihm wahrscheinlich mißlingen. ... Widerspruch innerhalb des engsten Kreises der Staatsleitung ist zur Sicherung der Politik des Staates unter Umständen durchaus nötig und wird tatsächlich vorgebracht. Auch gegen besondere Weiterstreichungen des Kronprinzen ist, so weit man davon hört, der Kanzler Auge in Auge nicht ohne Mut, ohne Würde, aber desto mehr gehört es dann zu den ersten Aufgaben seines Amtes, das Ansehen des Kaisers und seines Sohnes nach außen peinlich und selbst unter Aufopferung eigener Zwischenempfindungen zu wahren. Das ist der Unterschied vom Fürsten Bülow. Bülow hat nach der Hofansicht den Kaiser im November 1908 der Öffentlichkeit preisgegeben. ... Die spätere Geschichte wird ihm wohl recht geben, zunächst aber dient er als abschreckendes Beispiel, wie es ein Reichskanzler nicht machen darf. Man passe einmal auf, wie selten der gegenwärtige Reichskanzler von seinem verehrten Vorgänger spricht, neben dem er so lange gesehen hat und von dem ihm der Platz bereit wurde! Das braucht nicht Andeutung zu sein, aber es ist Vorwarnung. ... Deshalb steigt er auf wie ein gereizter Höhlenbär, sobald im Reichstag nur der Name des Kronprinzen erwähnt wird. ... Wir nehmen ohne weiteres an, daß der Reichskanzler über die Telegramme des Kronprinzen nicht viel anders denkt als der Abg. Kraml, aber da er Kanzler ist, springt er auf und schreit das Haupt des Angegriffenen, und Staatssekretär Delbrück benutzt die nächste passende Gelegenheit, um nochmals dasselbe zu tun. Die Diener Seiner Majestät erwerben sich ein Verdienst um den Sohn Seiner Majestät.“

Ein heftiger Revisionist.

Sehr heftige Ansichten über die Militärfrage äußert in der neuen Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ der revisionistische Landtagsabgeordnete Kolb. Er gibt zwar zu, daß die Sozialdemokratie dem heutigen Staat, der auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigentums ruhe, prinzipiell als Gegner gegenüberstehe. Aber es sei völlig verfehlt, daraus den Schluss zu ziehen, daß sie deshalb alle Einrichtungen ablehnen müsse, die zum Schutz dieses Staates geschaffen worden. In der Tat sehe sich ja die Partei, je größer sie werde, um so mehr zu positiver politischer und parlamentarischer Mitarbeit gezwungen. Genau so sei sie nun auch in ihrer Stellung zur Militärfrage einfach gezwungen, von bloßer Verwerfung zu eigener Anteilnahme überzugehen. Kolb fährt fort: „Daß unsere bisherige Taktik im Kampf gegen den Militarismus zu nichts geführt hat, wird nicht bestritten werden können. Weder haben wir dem Wehrkräften Einhalt gebieten, noch irgend eine Reform von Bedeutung auf militärischem Gebiet erzielen können. Dagegen wurde es durch unsere Haltung den bürgerlichen Parteien sehr leicht gemacht, erst einmal unsere Reformforderungen zu ignorieren und dann die Lasten der Wehrvermehrung fast reiflos durch indirekte Steuern zu beden. ... Das Verlangen einer so großen Partei, wie es die Sozialdemokratie heute ist, in einer Frage, bei der es sich um die nationale Existenz des Volkes handelt, muß notwendig zu ihrer politischen Isolierung und damit zu ihrer politischen Lahmlegung führen. ... Wollen wir nach wie vor keinen Mann und keinen Groschen bewilligen, dann überlassen wir die Gestaltung des Wehrwesens auch nach wie vor den anderen; wir dürfen uns dann über deren unangenehme Begleiterscheinungen nicht beklagen, ganz abgesehen davon, daß wir uns als maßgebende politische Partei selbst ausschalten, wenn wir

in der wichtigsten Frage der Nation dauernd versagen.“ Kolb sagt auch noch, die negative Haltung der Sozialdemokratie in der Militärfrage bleibe weiten Kreisen des Volkes unverständlich, sie schädige die Partei namentlich auch in den Schichten, die sonst für sie gewonnen werden könnten.

Herr Kolb ist hier sehr offenkundig, und er hat die Sozialdemokratie an einem ihrer wunden Punkte getroffen. Wir glauben allerdings nicht, daß er die Parteigläubigen überzeugen wird; denn der Kampf gegen den Militarismus gehört nun einmal zu den Agitationsformen, die für die Sozialdemokratie wohl noch auf lange Zeit typisch sein werden.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten. Ein seltenes Jubiläum begeht am 1. Februar Herr Karl Gebel in Götting, nämlich das 50jährige Jubiläum als Oberredakteur des „Neuen Völkischen Anzeigers“. Der Jubililar, der dem angesehenen fortschrittlichen Blatte ein volles Vierteljahrhundert hindurch seine Arbeitskraft und seine Kenntnisse gewidmet hat, erfreut sich in politischen und journalistischen Kreisen des lebhaften Wohlwollens und Beliebtheits.

Gestern vormittag verschied nach längerem Leiden in Bamberg der Domkapitular und päpstliche Hausprälat Johann Wagner im Alter von nahezu 71 Jahren.

Ministerwechsel und Verfassungsfrage in Mecklenburg. Die Berufung des Dr. Langfeld zum Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Schwerin ist damit in Zusammenhang gebracht worden, daß der Großherzog die Verfassungsfrage wieder energisch in Fluß bringen wolle. Wie dem „Hannoverschen Courier“ berichtet wird, bezeichnet man ganz allgemein Dr. Langfeld als geistigen Urheber der 1907 begonnenen mecklenburgischen Verfassungsdiskussion. Jedenfalls war die Anregung zu den Reformplänen und der erste Entwurf sein Werk. Später mag eine Beilegung der Einflüsse des Grafen Bassow überwiegen und die rückwärtige Tendenz der Kompromißentwürfe verschärfte haben. Danach wird man nicht umhin können, in der Berufung gerade dieses Mannes zum Ministerpräsidenten den Wunsch des Großherzogs zu erkennen, in dem neuen Ministerium ein geeigneteres Werkzeug zur Durchführung der Verfassungsreform zu finden. Schon die Ernennung eines Bürgerlichen zum ersten Beamten des Landes ist in Mecklenburg etwas ganz Außerordentliches.

Rundgebungen von Mitgliedern der Ersten Kaiserlichen Kammer. Seit der Zerstörung der Ersten Kammer äußerten sich schon mehrere ihrer Mitglieder in der Presse zur Sache. Professor Liegand, der aus Gesundheitsrücksichten der Sitzung nicht beizuwohnte, Justizrat Kuland und Oberlandesgerichtspräsident Dr. Kallor. In allerhöchster Zeit wird abermals eine Rundgebung eines Mitgliedes der Ersten Kammer von sich reden machen: die Broschüre des Reichshofrats Freiherrn von Duloz über Jähren.

Schmiergelder. Rund 30 000 M. Geldgeschenke unbekannter Gabe sind, wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, im vergangenen Jahre der Reichskasse zugeführt worden. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um sogenannte „Schmiergelder“, die den staatlichen Behörden und ihren Beamten von Lieferanten als Dank für irgend einen Vorzug zugefand, aber nicht angenommen wurden. Solche Schenkungen schwanken zwischen 3 und mitunter 1000 M. und mehr und kommen am häufigsten im Bereich der Militärverwaltung vor. Vor allem werden Zahlmeister, Bezirksfeldwebel, Frontfeldwebel, seltener Offiziere durch Schmiergelder zu beeinflussen gesucht. Oft werden auch Gebrauchsgegenstände der mannigfaltigsten Art übermietet. Der aus dem Verkauf erzielte Erlös wird ebenfalls der Reichskasse überwiesen. Gelingt es, einen solchen „Schmierer“ zur Anzeige zu bringen, so erfolgt schwere Strafe wegen Verleitung und Verleitung zum Treubruch.

Die 42. Plenarsitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats findet vom 10. bis 13. Februar in Berlin statt. Auf der reichhaltigen Tagesordnung stehen wichtige wirtschaftspolitische Gegenstände von allgemeinem Interesse wie: 1. Allgemeine Abklärung der ausländischen Wanderarbeiter durch Vermehrung der einheimischen Landarbeiterschaft und durch Verbreitung des maschinellen Landwirtschaftsbetriebes. 2. Landwirtschaftliche Vorbereitung auf den Ablauf unserer Handelsverträge. 3. Die Bewegung der Lebensmittelpreise

händlichkeit ist, und diese anderen, denen es das Außerordentliche, den Luxus, bedeutet, wenn sie der drängenden Arbeit am helllichten Tage eine nichtstürische Stunde abringen. Eine ständige Festlichkeit umstrahlt diese Straße. In jedem Tag wird hier ein munteres Fest gefeiert, ein Burgtheaterstückspiel unter freiem Himmel aufgeführt. Plötzlich aber platt der Armeleutdunst in die Burgtheateratmosphäre, in das Korjoroma. Ein armliegender, zerlumpter Junge drängt sich, Schnürriemen in den blaugefrosteten Händen, an einen Herrn im Stadtpelz und Zylinder. Er blickt starr auf den Mann auf. „Papa“, bricht es von seinen schmal verkrümmten Lippen, dann monologisiert er ein wenig geniert in seiner Hartnäckigkeit noch eine Weile von Kindererziehung, von Vetterlei und von Eltern, die die verdammte Pflicht und Schuldbildung hätten. ...

Arbeitslos.

In den verengten Seitengassen der Großstadt nistet die Arbeit. In die hin führt der breite, beladene Lastwagen, auf dem der arme ein paar Stüchchen achseln niederfallendes Holz, achseln abgeglittene Kiste erhascht, und aus dem dampfenden, ruhigen Winkel der Arbeit steigt strahlend und (auf weitem Umweg) blühend genügt der festlich helle Reichtum der Korjorstraße auf. Ingeheim und im Verborgenen ist sie in den lausendfältigen, mühselig leuchtenden, spielerisch beschwingten Bewegungen die zusammenhaltende und einordnende Kraft. Sie ist der bestimmende Orgelpunkt in dem millionenstimmigen Orchester Großstadt. Und wie in einem verkürzten Gleichnis drückt sich ihr tägliches Wesen, allen sichtbar, allen lesbar, hier noch einmal aus: hier in dem Maschinenraum einer großen Zeitung, des Mikrokosmos aus dem täglichen Geschehen. Dampf dröhnen die Letternmetalle, Transmissionsriemen kreischen. Und der mechanische Zählapparat klingt auf, wenn wiederum ein paar tausend Nummern ausgedruckt sind. Neugierige Augen spähen durch die Fenster. Gänge hemmen für Sekunden den Schritt, Spaziergänger verweilen. Aber wenn sie alle sich in Geschäftigkeit oder Überdruß verlaufen haben, horst einer noch mit Augen, die nicht loskommen, in diese dumpfe Tätigkeit, und aus dem schmutzigen, drückerdunklen Treiben kimmert es goldig vor ihm auf: Arbeitsgewinn, Selbstständigkeit und ein aufstrebendes Ende seiner drückenden arbeitslosen Not. Vielleicht ist es der Vater jenes Knaben, den der Hochmut zur selben Stunde

seit 1900 in Deutschland, Ungarn, Frankreich, England, Belgien, Schweden, Rußland, den Vereinigten Staaten usw. 4. Aufgaben und Lösungen der neuen Durchführungsspiele des D. L. M. 5. Zentralisation des landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitsnachweises zum gegenseitigen Ausgleich der Arbeitskräfte. 6. Stellung zur Arbeitslosenversicherung. 7. Deutschlands Baumwollversorgung und kolonialer Baumwollbau. 8. Schafzucht und Schafwollproduktion in Deutsch-Südwestafrika. 9. Mißbräuche bei der Einfuhr russischer Futtergerste. 10. Reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Futtermitteln, Düngemitteln und Samereien usw.

Ein guter Rat an den Preußenbund. Einen guten Rat gibt die „Kölnische Volkszeitung“ dem Preußenbund: „Der größte Dienst, den der Preußenbund dem deutschen Bewußtsein leisten könnte, bestünde darin, daß er sich schleunigst — wieder auf löste. Wäre für seinen Patriotismus ein solches Opfer zu groß?“

Parlamentarisches.

Zur Reichstagswahlwahl in Schwab. Infolge der Ungültigkeitserklärung der Wahl des Reichstagsparlamentarismus von Halle in der Wahlprüfungscommission des Reichstags steht in dem Wahlkreise Marienwerder 5 (Schwab) abermals eine Ersatzwahl bevor, nachdem bereits am 30. Dezember 1912 eine Nachwahl stattgefunden hat. v. Salew legte bekanntlich am 10. Dezember 1912 sein Mandat freiwillig nieder. Bei der Ersatzwahl am 30. Dezember 1912 erhielt v. Salew (Npt.) von 15 008 gültigen Stimmen 8017, der Pole v. Sakh-Janowski 7850, der Sozialdemokrat 33; die übrigen waren zerstückelt. Da die absolute Mehrheit 7505 betrug, hatte v. Salew mit einer Mehrheit von 62 Stimmen das Mandat behauptet. Jetzt ist die Wahl infolge verschiedener Unregelmäßigkeiten abermals für ungültig erklärt worden. Man wird die Wahl überall mit großem Interesse entgegensehen.

Post und Eisenbahn.

Die Verkehrseinnahmen des Reichs. Die Einnahmen der Reichspostverwaltung betrugen in den ersten neun Monaten des laufenden Etatsjahres 612,57 Millionen Mark gegen 585,04 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Dezember 1913 waren die Einnahmen mit 74,98 Millionen Mark (1912: 69,52 Millionen Mark) recht hoch, so daß sich dadurch das Ergebnis der bisherigen Post-einnahmen gegenüber dem Etatsanschlag im Vergleich zu den Vormonaten etwas verbessert hat. Allerdings stehen die tatsächlichen Einnahmen hinter dem Reunmonatsanteil am Etatsanschlag, der 631,80 Millionen Mark beträgt, noch um fast 10,3 Millionen Mark zurück, und es muß als zweifelhaft erscheinen, ob der Etatsanschlag in diesem Jahre von den Reichsposteinnahmen erreicht wird. Die Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung stellen sich in den neun Monaten auf 120,47 Millionen Mark; im Dezember 1913 betrugen sie 12,51 gegen 12,76 Millionen Mark im Dezember 1912, waren also geringer. Im Vergleich zum Etatsanschlag ist noch ein Plus von rund 5 Millionen Mark vorhanden.

Einlieferungsbescheinigungen bei Postagenturen. Die Postagenturen können fortan nach eigenem Ermessen, jedoch unter ihrer Verantwortlichkeit einen oder mehrere ihrer von der Postverwaltung zugelassenen ständigen Vertreter ermächtigen, Post-einlieferungsbescheinigungen zu vollziehen sowie in Post-einlieferungsbüchern zu quittieren.

Heer und Flotte.

Berlin-Adlershof wird Fliegergarnison. Der endgültige Entschluß der Militärverwaltung, Adlershof zur Garnison einer Versuchsbatterie der Fliegertruppen zu machen, ist vor wenigen Tagen gefallen und auch für die Gemeindeverwaltung ganz überraschend gekommen. Das Paradenlager der Abteilung, die aus ungefähr 100 Mann mit 6 bis 8 Offizieren bestanden dürfte, wird auf dem Gelände der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt mit Beschleunigung errichtet. Bereits in den allerersten Tagen beziehen die Truppen ihren neuen Standort. Die Gemeinde Adlershof und ihre Verwaltung ist natürlich darüber hoch erfreut, daß sie Militär erhält.

Kreuzergeschwader. Der Chef des Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral Graf v. Spret, hat mit seinem Flaggschiff „Scharnhorst“ und dem Monarchenboot „Tiger“ seinen Besuch in der Hauptstadt von Siam, Bangkok, beendet und ist jetzt auf der Winterreise des Kreuzergeschwaders zu einer Rund-

auf der Korjorstraße beschimpft hat. O, sicher, denn die Not verbindet und macht alle Menschen untereinander verwandt. Immer ist sie mit ihrer zerrenden Sehnsucht auf Posten vor den rastlosen Stätten der Arbeit. Wie würde das trüg verlorene Blut jauchzend durch die stetig bestrafften Aderrollen! Kräfte spürt der Mann in sich, eine drängende Fülle. Aber der Fluch der Arbeitslosigkeit entwertet die Stärke seines Körpers, und so blickt der Mann von der Straße sehnsüchtig in das Paradies der Arbeit, von dem er ausgeschlossen ist. Warum? Aber seine Hände sind schon zu schwach und zu verzagt, um sie zu heben, und traurig schließt er weiter, der düstere Schatten des Schwarz-Weiß-Kämpfers Winter.

Schneefall.

Und wiederum ein anderes Bild. Ganz licht und leicht und lind. Glühende Sterne schweben aus dem Himmel. Die laute Straße wird leise. Der Schnee hüllt den rasenden Lärm der Großstadt ein. In seinem molligen Teppich verhaßt das Klirren der Hufe, das Klirren der Autos, das Stampfen der Lastwagen. Kurze gehen wie Läßige, beschwingte Karossen nähigen das Tempo im Lastwagentrab. Der Gleichmacher Schnee breitet einen wundervollen Frieden über die Stadt.

Nun brennen die Laternen auf. Helle Lichter riesiger Kristallkugeln blinken aus den Palästen auf den leuchtenden Schnee. Langsam schweben eldler Karossen fahren vor die Paläste. Helle Frauen verschwinden durchs Tor. Sie schreiten mit großen Schritten dem Wunderbaren entgegen. Um ihre Lippen blinkt ein leichter Schimmer der Freude, die ihrer wartet.

Dann wird die Straße ganz still, als hielte sie unter der lieblosen Umhüllung des Schnees den Atem an. Nur ein schwärmerischer Dichter geht spät in der Nacht durch die Ruhe. Weiß, weich und weit fällt der Schnee, als sollte die ganze Erde turmhoch umhüllt werden, als sollte das Tage so fort gehen und niemals ein Ende nehmen. Und irgendein spürt der Dichter, wie auf dem hohen Meer, das Gefühl der Unendlichkeit. Sein Herz wird ihm groß und er liebt sie alle, den armen Mann, der sich die warme Nacht von der Straße ausfließt, den Arbeitslosen, der sich nach Tätigkeit jehnt, und die schmerzenden Frauen. Er liebt sie alle, in denen Sehnsucht ist. Nur den dielen Velehertom von Korjo, der keine Sehnsucht hat, den liebt der Dichter nicht.

deren bedeuten sie den Glanz eines Tages. Der Überfluß streift der Not an den Armel. Sorge trägt dieser, die jener ohne Umstände lindern könnte. Für Minuten, für Bruchteile einer Sekunde taucht fremdes Schicksal im Brennpunkt unserer Gesichtsfeldes auf, und im nächsten Nu ist es auf Nummerwiedersehen verschwunden. In einem Augenblick, den er sich unbedacht glaubt, stürzt die ganze Qual eines Menschenherzens durch die lächelnde Gesellschaftsmaske. Aber schon fällt wieder der Vorhang der Konvention darüber. Als Rätselzeichen, unerklärbar, unbedeutbar, bleibt es in unserem Gedächtnis zurück. Und wiederum huscht ein anderes, halb Angebeutetes, halb Verhohlenes, vor uns auf. Ein Wirbel von Ungewissen umkreist uns im Vorübergehen; an allen Ecken und Enden ist ein Geheimnis in der großen Stadt und ein ungefähres Wissen lassen zugleich. Und hier, auf der Korjorstraße, dem großen wintertlichen Rendezvousplatz der Gesellschaft: da brüllt sich dieses Halb-Vertraut und Halb-Verfälschtheit, dies Einanderkennen, ohne den Namen zu wissen, stärker, faszinierender aus, als sonstwo in der Stadt.

Menschen wimmeln an uns vorüber; fremdartig rühren uns fremde Leben an und lassen uns nicht mehr los, denn durch die tägliche Verührung gehören sie irgendwie ein wenig zu uns. Jeder weiß, von dem anderen ein Stück seiner Biographie. Kleine Wunden haben wir hier in lange Fosen hineinwachsen sehen. Mütter wurden aus kochenden Mädchen. Irgendwie sind diese legeren, gutgeleiteten Gestalten an uns gebunden. Wir denken ihren Lebensweg aus, von dem wir nicht mehr wissen, als dieses Stüchchen täglicher Frontenade. Wir spielen Erraten wie Kinder, wir schließen wie Dichter fremde Schicksale auf. Da ist diese sanfte Blondine, deren prächtige drei Wunden sie rechtzeitig daran verhindert haben, eine femme incomprise zu werden. Und hier dort, mit dem doppelbögigen Wesen des feignierten Weltmannes und des barten unerbittlichen Deutscheskinders; in seinem Inneren ist er wund von unbefriedigtem Ehrgeiz. Die Schwere seiner Hände, seine gewalttätigen Kiefer sind Schutzwehr gegen die eigene Schwäche, und die Brutalität verbirgt sich unter Weltmannsallüren.

Hier ist sein stürmisches Losgehörtum zu lässiger Eleganz lempert, denn alle diese tausendfach Vertriebenen sind hier durch eine Gemeinshaft gebunden, die sie zählmittelt, die sie dem Ganzen einordnet: die einen, denen der Luxus Selbstver-

fahrt in das Gebiet der Großen Sunda-Inseln in See gegangen. Zu dieser hat der Geschwaderchef auch den zweiten Panzerkreuzer der asiatischen Station, die „Gneisenau“, herangezogen, der zuletzt in Singapur anker. Ein dritter Kreuzer des Geschwaders, die „Zeppig“, kreuzt bereits seit Wochen im Gebiet der Sunda-Inseln und hat die Molukken, Timor und Java aufgesucht, während der „Tiger“ in Hinterindien nach der Molukken Halbinsel in See ging.

Die Schiffsbauten des Etatsjahres 1911. Mit dem auf der Germania-Werft in Kiel erbauten Kreuzer „Karlshafen“, der kürzlich zu Probefahrten in Dienst gestellt wurde, ist das erste Kriegsschiff aus dem Etatsjahre 1911 unter die Flagge getreten. Der zweite kleine Kreuzer, der auf den Howaldtswerken erbaut „König“, wird in nächster Zeit ebenfalls zur Indienststellung bereit sein. Zu den weiteren Bauten des Etatsjahres 1911 gehören vier Großkampfschiffe, und zwar drei Linienschiffe und ein großer Kreuzer. Von den Linienschiffen werden „Großer Kurfürst“ auf der Vulkanwerft in Hamburg, „Kaiserin“ auf der Weserwerft bei Bremen und „König“ auf der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshafen erbaut. Der große Kreuzer „Derfflinger“ befindet sich bei Blohm u. Voß in Hamburg im Bau. Auch diese vier großen Schiffe werden voraussichtlich im Laufe dieses Jahres zur Indienststellung kommen.

Deutsche Schutzgebiete.

Die Deutsche Gesellschaft für Eingeborenenkunde. Das Januarheft der „Kolonialen Rundschau“ macht in seinem einleitenden Artikel Mitteilung von der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Eingeborenenkunde und drückt den Aufruf zum Eintritt in die Gesellschaft ab. Die neue Gesellschaft sieht als ihre Aufgabe an: die Mitarbeit an dem Schutz und der Hebung aller unentwickelten Rassen, vor allem der Eingeborenenbevölkerung in den deutschen Schutzgebieten. Daß eine solche Gesellschaft, wenn sie sich bemüht, auch den Forderungen der wirtschaftlichen Interessen gerecht zu werden, Gutes wirken kann, ist nicht zu bezweifeln. Es ist dringend wünschenswert, daß das Interesse der weiteren Öffentlichkeit auf die kolonialen Bevölkerungsfragen gebracht wird, denn von ihnen hängt schließlich die Zukunft der Kolonien wesentlich mit ab.

Ausland.

Frankreich.

Die Arbeiter-Kachverbände. Der Rückgang der französischen Arbeiter-Kachverbände nimmt weiter zu und wird um so beunruhigender beobachtet, als in allen Ländern die Entwicklung der Arbeiter-Unionen fortgeschritten. Nach den letzten Ausweisen des „Office du Travail“ sind die französischen Arbeiter-Syndikate vom 1. Januar 1912 von 5217 mit 1 064 413 Angehörigen am 1. Januar 1913 auf 5046 mit 1 027 059 Angehörigen zurückgegangen. Das bedeutet in einem Jahre eine Verminderung um 171 Verbände und 37 354 Mitglieder. Die Arbeitsverbände ihrerseits haben 45 Syndikate mit 56 610 Angehörigen eingebüßt. Im Gegensatz dazu haben die Kachverbände der Arbeitgeber sich um 175 mit 11 406 Teilnehmern vermehrt. Auch die landwirtschaftlichen Kachverbände schreiten fort. Am 1. Januar 1912 zählte man nämlich 1879 mit 94 317 Angehörigen, ein Jahr später hingegen 6178 mit 978 117 Syndikisierern.

Nordamerika.

Wilson und der Panamakanal. Washington, 27. Jan. Es wird bestimmt berichtet, daß Präsident Wilson gelegentlich einer Konferenz mit der Kommission für auswärtige Angelegenheiten sich gegen die Vesteuerung der amerikanischen Küstendampfer von den Panamakanalzöllen aussprach. — Präsident Wilson hat ferner eine Verordnung unterzeichnet, durch die ab 1. April in der Panamakanalzzone eine dauernde Regierung errichtet und Oberst Goethals zum ersten Gouverneur ernannt wird.

China.

Eine neue wichtige Bahnkoncession an Frankreich. Peking, 28. Jan. Der Verkehrsminister und die Banque Industrielle haben am 21. d. M. einen der Bestätigung durch das Hauptbureau der Bank in Paris unterliegenden vorläufigen Vertrag zum Bau einer 400 englische Meilen langen Eisenbahn von Tientsin nach Tschangking unterzeichnet. Die Bahn bildet ein höchst wichtiges strategisches Verbindungsglied der französischen Linie von Haiphong sowie der französisch-belgischen Linie von Tsingtau mit Kantschau, Gai-manting und der Hauptlinie Peking-Hankau. Die französischen, russischen und belgischen Interessen erlangen damit ein ungeheures Bahnnetz von 4000 Meilen Länge.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Anmeldung zur Schule.

Wieder einmal ist die Zeit gekommen, in der diejenigen Kinder, die das letzte Lebensjahr bereits vollendet haben oder doch bald vollenden werden, zur Schule angemeldet werden müssen. Für Eltern ist damit die Frage zu beantworten: In welche Schule schicken wir unser Kind? Und daneben: Ist die vielleicht noch wichtiger: Ist unser Kind körperlich und geistig fähig? Eine Entscheidung. Bei der Wahl der Schule spielen gewöhnlich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine ausschlaggebende Rolle. Ob das richtig ist, soll hier nicht näher untersucht werden. Wer sein Kind der Volksschule zuführen will, ist einer weiteren Wahl der Schule entbunden; für ihn kommt nach den behördlichen Bestimmungen nur die Schule seines Bezirks in Frage. Ein Zwang zur Anmeldung besteht für alle die Kinder, die bis zum 1. April d. J. ihr sechtes Lebensjahr vollenden. Für unsere Volksschulen können weiter noch solche Kinder angemeldet werden, die bis zum 30. Juni sechs Jahre alt werden. Eine Verpflichtung zur Aufnahme dieser Kinder besteht jedoch nicht. Dringend zu raten ist allen Eltern, schwächliche Kinder oder solche, die körperlich oder geistig zurückgeblieben sind, vom Schulbesuch befreiten zu lassen. Es geschieht dies auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses, bei Volksschülern nach Anhörung des Schularztes. Regel mäßig es werden, daß kein Kind nach dem 1. April 6 Jahre alt werden darf, das zur Schule angemeldet werden sollte, ohne daß vorher mit dem Hausarzt darüber Rücksprache genommen worden wäre. Beachtet sei noch, daß die Zeit, für die ein Kind vom Eintritt in die Schule befreit ist, ihm auf die gesetzlich vorgeschriebenen acht Schuljahre an-

gerechnet wird. Praktische Bedeutung hat dies jedoch in der Regel nur für Volksschüler; es kann aber auch in Frage kommen bei Schülern, die eine mittlere oder höhere Schule nicht ganz durchlaufen.

— Das 25jährige Dienstjubiläum als Lehrer und Leiter der hiesigen Blindenanstalt feiert Inspektor A. Claas am nächsten Montag, den 2. Februar.

— Wiesbaden im Film. Morgen Freitag, abends 8 Uhr, wird das Thalia-Theater in der Kirchgasse festlich vor geladenem Publikum eröffnet. Eine ganze Reihe interessanter Sujets aus dem Wiesbadener Leben sind, wie schon erwähnt, zu der Eröffnungsfest „verfilmt“ worden. Wilhelm Lobes nennt seinen Vorzug „Willkommen bei Thalia!“, ein „Filmprolog in 500-Rino-Metern und ein paar Versen mit fünf Wiesbadener Filmbildern“. Die einzelnen Zwischenstationen des Prologs sollen das Publikum mitten in den Strudel der Kirchgasse ebensowohl führen als auf die „Wimmelstraße“ und auf die Eisbahnen im Kurpark und „Unter den Eichen“.

— Ortskrankenkasse und Arzneimittel. Bezüglich der Erweiterung des Vorstandes der „Wiesbadener Kassenärzte“ in Nr. 44 ist zu bemerken — so schreibt man uns —, daß eine große Anzahl hiesiger Kassenärzte aus ihrer eigenen Tasche oft beträchtliche Summen für Arzneien bezahlt haben, die diese Ärzte in dem vorliegenden Krankheitsfall für wirksam und notwendig gehalten haben, aber weder Kassenmittel noch in dem Bezugsbuchlein enthalten waren. Beruhigender für uns Kassenpatienten ist gewiß, daß das Bezugsbuchlein dem preussischen Kultusministerium, Abteilung für Medizinalangelegenheiten, zur Prüfung eingereicht worden ist, ob die darin enthaltenen Mittel für die ärztliche Kassenpraxis genügen.

— Landwirtschaftliche Tagungen. Die diesjährige Winterkonferenz der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern findet am Mittwoch, den 4. Februar, in Berlin statt. Als Vertreter der hiesigen Landwirtschaftskammer werden deren Vorsitzender Hartmann-Lübke (Frankfurt), der stellvertretende Vorsitzende Landrat Kammerherr v. Heimbürg (Wiesbaden) sowie der Generalsekretär Landesökonomierat Müller (Wiesbaden) den Verhandlungen anzuwohnen. — Die erste Tagung der 13. Sitzungsperiode des Königl. preussischen Landesökonomierats findet am 5. bis 7. Februar d. J. im Festsaal des Abgeordnetenhauses zu Berlin statt. Die hiesige Landwirtschaftskammer wird bei den Verhandlungen durch ihren Vorsitzenden Hartmann-Lübke (Frankfurt a. M.) vertreten sein. — Die 42. Plenarversammlung des deutschen Landwirtschaftsrats tagt in der Zeit vom 10. bis 18. Februar im Herrenhaus in Berlin. Als Vertreter unserer Landwirtschaftskammer wohnen der Tagung an: die beiden Vorsitzenden Hartmann-Lübke (Frankfurt a. M.) und Landrat Kammerherr v. Heimbürg (Wiesbaden).

— Die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz hielt am letzten Sonntag eine größere Übung im Gelände zwischen Bierstadt und Erbenheim ab, die am städtischen Gaswerk an der Rainiger Straße abgeschlossen wurde. Übungsleiter, Leutnant d. R. Böning, hielt eine Besprechung ab und dankte den modernen Freiwilligen, die sich trotz des kalten Wintertags in den Dienst der guten Sache des Roten Kreuzes gestellt hatten. Die Verletzten wurden von der Jugendwehr-Land-Jugendwehr gestellt. Im Anschluß an die Übung wurde die Kolonne von Herrn und Frau Oberingenieur Urfer durch Kaffee und Bratet bewirtet. Die Jugendwehr lockte sich im Freien einige Kessel Kaffee und spielte bis zum Einbruch der Dunkelheit auf freiem Feld.

— Gerichtliche Immobilien-Versteigerungen. Auf Grund des Gebots von 30 000 M. hat bei einem Hypothekenguthaben von 33 456 M. ist den Eheleuten Vätermeister Wilhelm Wegandt und Ehefrau, geb. Fischer, dahier für das Anwesen Waldstraße 94 in Biedrich vom Amtsgericht der Zuschlag erteilt worden. — Bei der gerichtlichen Versteigerung des Hausgrundstücks Moorstraße 19 hier selbst legte das Höchstgebot mit 6470 M. die Nassauische Landesbank ein, welche ihre Ansprüche an die nachstehend benannten vier Personen: Elisabeth Jollinger, Henriette Jollinger, Frieda Jollinger und Architekt Wilhelm Schröder in Wiesbaden abtrat. Der Zuschlag wurde gleich erteilt. Das Anwesen hat einen Gebäudesteuer-Aufschlagswert von 1360 M. — Im weiteren war einer Versteigerung ausgesetzt das Wohnhaus mit Nebengebäuden, Hofraum und Hausgarten in Döhlheim, Biedricher Straße 33, 5 Nr. 31 Quadratmeter groß, Schätzungswert 20 000 M. Das höchste Gebot rührte dabei von dem Inhaber der ersten Hypothek, Tierarzt Dr. Hermann Müller in Biedrich, her, welchem auch gleich an Ort und Stelle der Zuschlag erteilt wurde.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

Der Allgemeine Deutsche Real- und Männer-Verein (Verein für Schulreform), hält seine Jahresversammlung morgen Freitag, den 30. Januar, abends 8½ Uhr, in der Turnhalle der Eichenstrasse 20, ab.

Die heute abend im „Wiesbadener Hof“, Moritzstraße 6, stattfindende Hauptversammlung des Vereins zum Schutze gegen schädliches Kreditgeben“ beginnt um 8½ Uhr.

Die „Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde“ veranstaltet am Donnerstag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr, im reservierten Zimmer des Restaurants „Gambinus“, Marktstraße 20, eine sanglose Mitgliederversammlung zum Zwecke des gegenseitigen Gedankenaustausches. Gäste sind willkommen.

Der Reichserbkassen-Verein Wiesbaden, gegründet 1883, hält seinen diesjährigen Festball am Sonntag, den 1. Februar, in den oberen Räumen der „Mallala“ (Kurtheater) ab.

Der Männergesangs-Verein „Concordia“ beabsichtigt, anlässlich seines diesjährigen Waisenbalkens am Sonntag, den 2. Februar, ein Festspiel mit Tanz aufzuführen. Die Damen und Herren des Vereins sind zu einer Versprechung auf Donnerstag, den 29. Januar, abends 8½ Uhr, ins Vereinslokal, Kleine Schanzenstraße 10, eingeladen.

Der hiesige Freireiserverein hat in seiner vorerwähnten Generalversammlung seinen alten Vorstand wieder gewählt und die Veranstaltung einer Haidenfeier beschlossen.

Vereinsvorträge.

Der erste diesjährige Vortragsabend des Städtischen Sängerkorpsvereins E. C. Scholz-Sänger, welcher am Sonntag, den 26. Januar, im „Hotel Römmer“ stattfand, behandelte die Insel Jernön und ihre Bewohner in Gegenwart und Vergangenheit. Mit Hilfe vorzüglich vorbereiteter Lichtbilder gab der Redner interessante Einblicke in das Leben und Treiben auf dem paradiesischen Eiland, welches infolge seiner isolierten tropischen Vegetation und der reichen Bodenschätze eine beachtenswerte Rolle im Weltmarkt spielt. Mit der besonders wichtigen Tee- und Kaffee- und Zinn-erzeugung waren auch mit den berühmten Volksmärchen aus alter Zeit machte der Vortrag näher bekannt. Die inter-

essanten, von Humor getragenen Ausführungen des Herrn Vortragsleiters fanden den lebhaftesten Beifall der sehr zahlreichen Zuhörer. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

hw. Schierstein, 27. Jan. Die diesjährige Jahreshauptversammlung der hiesigen Turngemeinde fand am Samstagabend in der Turnhalle des Vereins statt. Eröffnet wurde von 70 Mitgliedern. Aus dem Bericht des Vereinsvorsitzenden August Steinheimer, der die Mitglieder kurz begrüßte, sowie aus dem Turn- und Kassenbericht war zu ersehen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr ein in jeder Hinsicht erfolgreiches war. Der Mitgliederbestand, der am Jahresanfang 365 betrug, erhöhte sich im Laufe des Jahres um 16, also auf 381. Der Kassenumsatz weist in Einnahme 5203,66 M., in Ausgabe 4641,88 M., mithin eine Mehreinnahme von 561,77 M. auf. Das Vereinsvermögen in Höhe von 43 761,77 M. beträgt nach Abchrift von 14 870 M. an Schulden 28 891,77 M. Die reichhaltige Vereinsbibliothek wurde um verschiedene lehrreiche Schriften vermehrt. Die durchschnittliche Besuchsziffer der Turnstunden, durch die aktiven Turner betrug 40. Der seitherige Vorstand wurde im wesentlichen wiedergewählt. Nachdem bezüglich des bevorstehenden hier stattfindenden Gaudiumfestes noch verschiedene wichtige Punkte erörtert waren, konnte die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen werden.

z. Bierstadt, 27. Jan. Der neu gegründete „Jugend-Verein“ hielt im Gasthaus „Zur Krone“ seine konstituierende Versammlung ab. 30 Mitglieder haben sich in den neuen Verein angemeldet. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Heinrich Nieß, 1. Vorsitzender; Philipp Hilten, 2. Vorsitzender; Christian Kupp, Kassierer und Schriftführer; Peter Müller und August Wendel als Beisitzer. Als Vereinsdiener meldeten sich freiwillig Friedrich Karl Vogel und Adolf Schwenger. In die Kommission wurden gewählt: Hanns Schneider, Heinrich Nieß, Christian Kupp und Peter Müller. Sämtliche Gewählten betrachten vorläufig das Amt als Ehrenamt. Bis zum 1. März ist das Eintrittsgeld auf 50 Pf. festgesetzt und von da ab beträgt es 1 Mark, während der monatliche Beitrag 20 Pf. betragen soll. In allernächster Zeit soll ein Vortrag über die Ziele und Verrichtungen der Jugendvereine gehalten werden. Einstimmig wurde der Anschluß an den Verband nassauischer Jugendvereine beschlossen. — Im Gasthaus „Zum Engel“ hielt die Bierbeverversicherungskasse ihre Jahreshauptversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden geht hervor, daß dem Verein 68 Mitglieder mit etwa 100 versicherten Personen angehören. Die Versicherungssumme belief sich auf 62 000 Mark. Es wurden die Vereinsgeschäfte in acht Vorstandssitzungen und einer Generalversammlung erledigt. Für vier eingegangene Bäume waren 2080 Mark aufzubringen. Nach dem Kassenbericht beliefen sich Einnahme auf 2319,12 M. und Ausgabe 3318,25 M. Das Vereinsvermögen beträgt 3250 M. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Karl Sternberger, 1. Vorsitzender; Karl Friedrich Bierbrauer, 2. Vorsitzender; Christian Ludwig Vogel, Kassierer. Zu Tagatoren pro 1914 wurden gewählt: Friedrich Wess, Wilhelm Seuberg, Christian Ludwig Seuberg II., Wilhelm Nieß, Heinrich Bierbrauer und Georg Philipp Vogel. Die Änderungen der Statuten wurden einstimmig genehmigt und sollen als Nachtrag in den Statutenbüchern eingereicht werden.

z. Altdorf, 27. Jan. Der Männergesangs-Verein „Concordia“, unter Leitung des Musiklehrers Oeder zu Biedrich, hat beschlossen, sich im laufenden Jahre an einem Gesangswettbewerb zu beteiligen. — Am Sonntag, den 8. Februar, hält der Männergesangs-Verein „Concordia“ im Saale „Zur Rose“ sein diesjähriges Konzert ab. Der Verein tritt alljährlich zum erstenmal mit seinem neuen Dirigenten, Herrn Peterlen (Wiesbaden) auf. — Am 18. Januar fand im Saalhaus „Zur Rose“ ein Konzert des Gesangsvereins „Germania“ statt. Das reichhaltige Programm enthielt außer 10 Chören noch 8 Theaterstücke und einen Solovortrag. Die Leitung des Konzerts lag in Händen des Musik- und Chordirektors R. Herber (Wiesbaden). — Unter elektrischem Werk ist seit heute wieder hergestellt und nimmt heute wieder den Betrieb auf.

z. Gochheim, 27. Jan. Der „Sängerbund“, der hiesige hiesige Gesangsverein, kann demnach auf ein 70-jähriges Bestehen zurückblicken. Er beschloß aus diesem Anlaß am 28. und 29. Juni eine größere Festlichkeit zu veranstalten, verbunden mit der Weibung einer neuen Vereinsfahne. — Es hat sich hier selbst ein Komitee gebildet, das beschloß, am 15. Februar im Rahmen eines „Festens Abends“ ein Wohltätigkeitskonzert zu veranstalten. — Die städtische Diakonin der evangelischen Kirche war in den letzten Jahren durch vier prächtige Palmen bedeckt; bei Eintritt der kalten Jahreszeit in die Kirche gebracht, verfielen sie auch hier ihres erhebenden Eindruckes nicht. Mehrwürdigerweise hat man sie in diesem Jahre im Freien stehen gelassen, so daß sie bei der strengen Kälte erfroren sind. — Die militärischen Vereine feierten mit Unterstützung familiärer Gesangsvereine und der Turngemeinde bereits am Samstag durch einen Kommerz den Geburtstag des Kaisers.

Nassauische Nachrichten.

Versuche zur Bekämpfung der „Weißer der Winter“ mit „Nikotin“ und „Golazin“.

Die bisher in verschiedenen Bemerkungen im Rheingau, in Rheinhessen und in der Rheinpfalz von einzelnen Weinbauvereinen vorgenommenen Versuche, den Rebhalsbälgen, den Weibungswürmern, jene Weißer der Winter, durch Spritzen mit Nikotin zu bekämpfen, haben recht schöne Erfolge gezeigt. Von hervorragenden Weinbauvereinspräsidenten im Rheingau und in der Rheinpfalz wird die Verwendung des Nikotins im allgemeinen jedoch als ein Mittel zur Bekämpfung des Schädlings bezeichnet, das unter Umständen die Reife der Trauben schädlich beeinflussen. Besonders die Reife, mit der das Nikotin vergallt werde, wirke in dieser Weise nachteilig. Auch sei es bewiesen, daß die mit Nikotin behandelten Trauben gerade bei hochheben Gewächsen einen Wein lieferten, der nach Nikotin riecht und schmeckt. Da die Behandlung mit Nikotin außerdem viel Zeit in Anspruch nimmt, dürfte bei dem Mangel an Arbeitskräften eine rationelle Bearbeitung der Weinberge mit diesem Mittel kaum durchführbar sein, da in einem Tage höchstens ein vierter Morgen bespritzt werde. Zudem reize Nikotin die mit ihm Arbeitenden zum Erbrechen, eine Beobachtung, die im vergangenen Herbst in der Gemarkung Gochheim a. M. gemacht wurde, so daß die Arbeiten unterbrochen werden mußten. — Ein anderes Mittel dagegen, das geruchlos, geschmacklos und nicht giftig ist, mit dem Versuche von Weinbauvereinspräsidenten erfolgreich ausgeführt worden sind, stellt das „Golazin“ dar. Von J. Golaz in Rüschlikon, Zürich, dar. In der Gemarkung Gochheim a. M. wurde „Golazin“ in einzelnen Weinbergen der wohlbekannten Firma Johann Baptist Sturm sowie in verschiedenen Distrikten der Freierlich v. Stumm-Schloßbergischen Weinbauverwaltung verwendet und durchschlagende Erfolge erzielt. So wurden auf den Versuchsfeldern von vor-handenen Heuwürmern bis 85,2 Prozent infolge Anwendung des „Golazins“ getötet und durchschüttelt auf einer Aute Weinbergsgelände, auf der man dem Sauerwurme mit „Golazin“ zu Leibe ging, das 4. bis 6. fache Gebrüder gegen-über einer anliegenden gleichgroßen Fläche, die mit dem Mittel nicht behandelt war. Die großen Weinbergsgelände im Rheingau, unter ihnen vor allem die Königl. Preussische Domäne, stehen auf dem Standpunkt, daß die Winterbekämpfung zwar die beste Bekämpfung der Rebhalsbälgen sei,

daß man sie aber durch das Sprechen mit „Golgathä Idyll“ wesentlich zu unterstützen vermöge. Sie beabsichtigen, im Lauf dieses Jahres mit diesem Mittel eingehende Versuche vorzunehmen.

Ein neues Eisenbahnprojekt.

== **Friedhofen**, 27. Jan. Hier fand eine Versammlung statt, in der Ingenieur Konrad aus Frankfurt den Plan einer neuen Westwallquerdurchbahn vorlegte, welche von Gerborn über Rengerskirchen und Friedhofen nach Wallmerod geführt werden soll. Es wurde ein Komitee unter dem Vorsitz des Herrn Oekonomierat Schmidt (Wolsberg) gebildet, das die nötigen Vorarbeiten leiten soll. Plan und Rentabilitätsberechnung sollen in diesem Frühjahr dem Landtage vorgelegt werden. Die Bahn erschließt Gebiete, in welchen das Fehlen einer zeitgemäßen Verbindung von allen je länger, je drückender empfunden wird.

== **Langenscheidt**, 28. Jan. Nach langer Krankheit starb hier Stadtrechner Sotocassa, 64 Jahre alt.

Aus der Umgebung.

Ein guter Gang der Polizei.

Wb. Frankfurt a. M., 28. Jan. Mit der Verhaftung eines in Bologna festgenommenen Hoteldiebs hat die dortige Polizei einen guten Gang gelassen. Durch den internationalen polizeilichen Erkennungsdienst wurde festgestellt, daß der Verhaftete der 28 Jahre alte in Frankfurt a. M. geborene Kellner August Friedrich Sittig ist, der in den letzten Jahren nur von Hoteldiebstählen lebte und oft große Beute machte. Er wird von den Polizeibehörden von Berlin, München, Baden-Baden, Bad Homburg, Stralsburg und Mannheim gesucht. Bei einem Hoteldiebstahl in Bad Homburg im August v. J. erbeutete er Brillanten und Schmuckstücke für 30 000 M., die er einer amerikanischen Dame entwendet hatte, die in dem gleichen Hotel wie er wohnte.

Hopf.

== **Frankfurt a. M.**, 28. Jan. Nachdem Hopf auf Einlegung von Revision verzichtet hat, geht nunmehr ex officio ein sogenanntes „Gnadengesuch“ von der Staatsanwaltschaft an den Justizminister. Hopf selbst soll nicht beabsichtigen, ein Gnadengesuch einzureichen. Der Kaiser hat auf Antrag des Justizministers zu entscheiden, ob er der Gerechtigkeit freien Lauf oder Begnadigung eintreten lassen will.

Der Ankauf der Ebernburg durch eine evangelische Gesellschaft.

== **Kreuznach**, 28. Jan. Die Stammburg Franz von Sickingen, die unter dem Namen Burg der Gerechtigkeit bekannte Ebernburg bei Kreuznach, ist von einer evangelischen Gesellschaft für den Preis von 400 000 M. angekauft worden. Die Gesellschaft hat 150 000 M. angezahlt. Die Mittel sind durch öffentliche Sammlungen aufgebracht worden. Anfänglich beabsichtigte bekanntlich ein katholischer Orden, die Burg käuflich zu erwerben.

ht. Frankfurt a. M., 27. Jan. Bei starker Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands fand heute hier der sechste deutsche Steinefesttag statt. Der Geschäftsführer Entschlager erstattete ein Referat über „Das Submissionswesen unter besonderer Berücksichtigung des Straßenbauwesens“. Die Ausführungen des Redners schlossen sich im wesentlichen den Forderungen des Bundes an. In der Besprechung wurde lebhafteste Mithras darüber geführt, daß die Staats- und Kommunalbeamten, denen die Vergabe der Submissionsarbeiten unterliegt, vielfach falsche Berechnungen aufstellen, die ministeriellen Anweisungen zum Schutz des Bundes nicht beachten und das Großunternehmertum vorziehen. Die Versammlung nahm schließlich eine dementsprechende Resolution an. Diese soll als Denkschrift den Behörden übermittelt werden. Weiter gab die Versammlung ihre Einwilligung zur Einleitung von Verhandlungen zur Gründung einer eigenen Submissionsversicherung für das Straßenbauwesen.

ht. Bad Homburg v. d. H., 27. Jan. In einem kleinen Restaurant fand ein Premer der Kellnerin 140 M. Als er verhaftet wurde und man ihn einer Untersuchung unterzog, fand die Polizei ein Spottbüchlein über 1375 M. und weitere 170 M. in der Tasche.

W. Bingen a. Rh., 27. Jan. Da durch die Schneefälle der Rofel große Wassermengen zugeführt werden, wird mit einem schnellen Steigen des Flusses gerechnet.

ht. Schotten, 28. Jan. Wanderphotographen haben in verschiedenen Orten der Umgebung zahlreiche Eltern von Schullindern betrogen. Sie machten mit Erlaubnis der Lehrer die bekannten Schulaufnahmen, liehen sich von den Kindern, die Bilder bestellen, im voraus die Kontersche bezahlen und verschwanden dann auf immerwiedersehen. Da in manchen Dörfern seit Jahren kein Schulphotograph gewesen ist, war hier das Interesse an den Bildern besonders groß. Infolgedessen heimsten die Schwindler auf diesen Ortschaften hohe Summen ein.

Gerichtssaal.

== **Befragter Wechselkäufer**, Grlsh, 28. Jan. Vor dem hiesigen Landgericht wurde der Rentmeister Köhler von der Verwaltung des Grafen Lynar in Widenau bei Rothenburg wegen Veruntreuung von einer halben Million, begangen durch Wechselkäufungen, zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Sport und Spiel.

sr. Deutscher Fußballbund. Die in Rüssel abgehaltene Bundesausschreibung des Deutschen Fußballbundes beschloß sich mit der Berufung des Berliner Verbands in Sachen des Zwischenrundenspiels um den Kronprinzenpokal gegen Norddeutschland. Gegen den Widerspruch des Mitteldeutschen Verbands wurde festgestellt, daß die Berufung zulässig sei. Es stellte sich im Lauf der Debatte heraus, daß sowohl bei dem Spielausschlag des Deutschen Fußballbunds als auch beim Berliner Verband Mißverständnisse obgewaltet haben, die durch ein Mundschreiben des Bundesvorstandes herbeigeführt worden sind. Von den verschiedenen

vorgeschlagenen Resolutionen akzeptierte der Berliner Verband die folgende: Der Bundesausschlag stellt fest, daß der Spielausschlag bei der Festsetzung des Zwischenrundenspiels pflicht- und ordnungsgemäß gehandelt hat. Mit Rücksicht darauf, daß die Auffassung des Berliner Verbands auf Mißverständnisse (Schreiben des Bundesvorstandes vom 17. September v. J.) zurückzuführen ist, bittet der Bundesausschlag den Norddeutschen Fußballverband die nachträgliche Austragung des Spiels zu ermöglichen und sich auf einen Platz zu einigen. Der Bundesausschlag bittet den Spielausschlag, den Wünschen der beiden Verbände nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Diese Resolution wurde angenommen, wobei Berlin den Vorbehalt machte, daß das Spiel nicht in Hamburg stattfinden dürfte. Der Norddeutsche Verband sagte dies zu. Das Spiel findet nunmehr am 8. Februar in Hannover statt. Ein Antrag Mitteldeutschlands, das Bedauern darüber auszudrücken, daß der Berliner Verband am 9. September v. J. in Hamburg nicht angetreten sei, wurde abgelehnt. Die Beteiligung an den Ballischen Spielen wurde abgelehnt. Den im Vorjahr bei dem Kronprinzenpokal verunglückten Spieler Förderer (Karlsruhe) wurde eine Unterstützung von 300 M. gewährt. Nach kurzer Debatte über das Verhalten des Deutschen Fußballbunds zur Deutschen Turnerschaft wurde die Bundesausschreibung geschlossen.

Neues aus aller Welt.

Kaiser und Oberstadtssekretär. Berlin, 27. Jan. Ein Dialog vom letzten Odessenseit wird jetzt nachträglich aus dem Berliner Rathaus berichtet. Als der fast 50jährige Oberstadtssekretär Fiedler, der Leiter des städtischen Finanzbureaus, dem Kaiser vorgestellt wurde, fragte der Kaiser: „Wie lange sind Sie schon im Amt?“ „61 Jahre“, war die Antwort. „Na, da müssen Sie ja mehr wissen, wie ein Minister“, lautete die Antwort des Kaisers.

Eine Burgruine unter dem Hammer. Köln, 26. Jan. Die Burgruine Birnburg in der Eifel wurde vor dem Amtsgericht Wachen bei der Zwangsversteigerung für 1080 Mark an den rheinischen Verein für Denkmalschutz verkauft.

Die Rettungsmedaille für eine Lebensretterin. Berlin, 28. Jan. Eine tapfere Lebensretterin, der Tochter des Schmieders Schneider aus der Welterstraße 28 zu Oberschöneweide, ist jetzt die Rettungsmedaille verliehen worden. Fräulein Schneider rettete im Juni v. J. unter eigener Lebensgefahr eine Frau vom sicheren Tode des Ertrinkens. Der Amtsvorsteher hat der Retterin im Namen des Königs die Auszeichnung überreicht.

Ein Berliner Spielklub aufgehoben. Berlin, 28. Jan. Ein Spielklub wurde wieder einmal von der Berliner Kriminalpolizei aufgehoben. Die Leiter des Klubs waren ein gewisser Helmreich, der schon seit Jahren als Buchmacher die Kennzahlen befuhr, und ein gewisser Jaffe. Die beiden hatten vor einem Vierteljahr die erste Etage des Hauses Jägerstraße 19 gemietet und eröffneten hier einen Spielklub, der sehr stark besucht wurde. Die Kriminalpolizei, die das Kennzeichen von dem Treiben erhielt, entschloß sich schließlich nach längeren Beobachtungen zu einer Aushebung der Spielklub. Als geübter Kriminalkommissar Werner mit seinen Beamten dort eintrafen, fanden sie eine große Gesellschaft bei allerhand verbotenen Spielen. Die Teilnehmer wurden festgehalten, dann aber sofort wieder freigelassen.

Der Rautener Kesselfischer nicht geisteskrank. Berlin, 28. Jan. Der Rautener Kesselfischer Kesselfischer soll, wie vor einigen Tagen mitgeteilt worden war, von den medizinischen Sachverständigen als geisteskrank im Sinne des § 31 angesehen worden sein, so daß es zu einem Strafverfahren überhaupt nicht kommen würde. Wie nun mitgeteilt wird, entspricht diese Mitteilung nicht den Tatsachen. Kesselfischer befindet sich jetzt wieder in dem Wobler Unterdrückungsgefängnis und das Strafverfahren gegen ihn nimmt seinen Fortgang. Es dürfte deshalb in nächster Zeit die Verhandlung vor der Strafkammer stattfinden, da sich inzwischen ergeben hat, daß die von K. in die linke Schulter gestochene Frau Karstadt nicht an den Folgen des Kesselfischens, sondern an einem schon seit Jahren vorhandenen schweren Magenkrebseiden in dem Rautener Krankenhaus und zwar mehrere Monate nach der Tat verstorben ist. Kesselfischer, der die sogenannte Verleumdung hat, vertritt sich in dem Unterdrückungsgefängnis seine Zeit damit, daß er Kesselfischer schreibt und Verse macht.

Überfälle auf Messabiger. Odeja, 28. Jan. Eine vom Dampfer „Kazanka“ hier eingetroffene Depesche besagt, daß umweit Melle eine Karawane von bewaffneten Wäbern überfallen wurde. 60 Wäber sind getötet worden. Derartige Überfälle haben sich in der letzten Zeit mehrfach ereignet, ohne daß man die Räuber unschädlich machen konnte. Etwa 500 Opfer sollen bisher in das gut organisierte Räuberneß geraten sein.

Für 100 000 M. Juwelen und 10 000 M. Banknoten gestohlen. Nizza, 27. Jan. Einbrecher haben heute nacht den bekannten Juwelierladen von Trevis in einer Hauptstraße von Nizza geplündert und für etwa 100 000 M. Juwelen und für 10 000 M. Banknoten erbeutet.

Strandung der Dacht Kodesellers. New York, 28. Jan. Drahtlose Telegramme melden, daß die Dacht des „Kodesellers“ an der kolumbianischen Küste gestrandet ist. Seit gestern befinden sich der Herzog und die Herzogin von Wandschwer und Lord Kalcner an Bord. Spätere Meldungen besagen, daß die Dacht beim Kap Kapiatra in der Nähe von La Manilla auf einem Riff festlief. Eine ganze Anzahl Schiffe sind zur Unterstützung abgegangen.

Von einem Löwen zerfleischt. Kairo (Ostafrika), 27. Jan. Der Deutsche Fritz Schindler, Mitglied der von Paul Rautenbergs geleiteten kinematographischen Expedition, wurde am Samstag, während er einen Löwen aufzunehmen versuchte, von der Bestie angefallen und heute den dabei erlittenen Verletzungen erlegen.

Deutscher Reichstag.

Mittelstandspolitik im Reichstag.

S. Berlin, 28. Jan. (Eig. Drahtbericht) Zur Feier der 200. Sitzung der laufenden Legislaturperiode sah der Präsident heute hinter einem wundervollen Rosenstrauß. Es war das einzige Besondere an dieser Sitzung die Rede, die der Staatssekretär heute seinem Versprechen gemäß über seine und unsere Mittelstandspolitik hielt, und mit der er die Debatte auf dieses Gebiet wenigstens hingleiten versucht hatte. Er gab zu, daß die Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes die Reversseite der Medaille sei, daß die bei weitem nicht so glänzend sei, wie es nach Herrn Delbrücks neuerlicher Versicherung die Lage unserer gesamten Wirtschaft ist. Trotzdem ist der Staatssekretär guten Mutes. Von der technischen Schulung des Mittelstandes, von der Neuordnung des Genossenschaftswesens erwartet er viel. Die Frage des Verdichtungswesens soll weiter geprüft werden. Um so mehr, wie Herr Delbrück versicherte, es Sache der Regierung sei, ob der Staat nicht bei den Rüstungslieferungen zu viel bezahle. Eine reichsgefällige Regelung des Verdichtungswesens lehnte Herr Delbrück ab. Dagegen plädierte er für eine vom Handwerk selbst organisierte Zentralförderung, die das Reich durch einen Zuschuß unterstützen würde. Herr Sie-

bert, der vor dem Staatssekretär gesprochen hatte, kam auf die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehende Frage der christlichen Gewerkschaften wohlweislich mit keiner Silbe zu sprechen. Er begnügte sich, allerlei Fiktionen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgewerbe und über die Frage der Konkurrenzklause zu fügen; ebenso über die Notwendigkeit, das Schutzhalter der Jugendlichen zu erhöhen. Der nationalliberale Dr. Böttger polemisierte gegen die allzuvielen Ausstellungen, die eine schwere Schädigung des Mittelstandes bedeuteten, und sprach endlich eine Ränge für die gelben Gewerkschaften, die gar nicht so schlimm seien. Der Volksparteierte Partischer endlich trat mit der ganzen Schlichkeit des ostpreussischen Handwerkers, aber auch mit scharfer und zwingender Logik nicht nur für die Mittelstandsforderungen des Freisinn ein, er bemühte sich vor allem, und mit Erfolg, der heuchlerischen Mittelstandsfreundlichkeit der Konservativen die Maske vom Gesicht zu ziehen. Weiter verlangte Partischer, daß wenigstens die Zentralförderung zur Regelung des Submissionswesens bald geschaffen und daß beim Abschluß von neuen Handelsverträgen auch die Vertreter von wirtschaftlichen Organisationen, insbesondere auch Handwerker, gehört würden und endlich kämpfte er wieder einmal gegen die Gefängnisarbeit an, die selbst von Behörden benutzt werde, um wenigstens einen Preisdruck zu üben. Zum Schluß sprach noch der Pole v. Kurjowski über die Rechtsverhältnisse der Sachseingänger.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

Berlin, 28. Januar.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück, Dr. Caspar und Lepold.

Aus Anlaß der 200. Sitzung ist der Platz des Präsidenten mit einem großen Blumenarrangement geschmückt.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet um 2,16 Uhr die Sitzung mit Worten des Dankes für die Aufmerksamkeit und macht Mitteilung von dem gestrigen Empfang des Präsidiums bei Seiner Majestät dem Kaiser.

Sodann wird die zweite Beratung zum

Etat des Reichsamts des Innern,

und zwar bei dem Titel „Staatssekretär“ (8. Verhandlungstag) fortgesetzt. Bisher liegen hierzu 16 Resolutionen vor.

Abg. Wiesberts (Zentr.): Nachdem die Reichsversicherungsordnung verabschiedet ist, muß sich die Regierung endlich dazu äußern, wann die Altersgrenze für die Altersversicherung auf 60 Jahre herabgesetzt werden soll. Der Reichstag hat diese Forderung fast einstimmig erhoben und die Regierung muß ihm hier folgen. Die beste Sicherung der Arbeiter besteht in einer möglichst umfangreichen Unfallversicherung. Der Arbeitsnachweis muß ausgebaut werden. Die Sterblichkeit der Arbeiterschaft ist erheblich vermindert worden. Wir dürfen in diesem Punkte nicht stehen bleiben. Die Wohnungsfrage und die Heimarbeitfrage sind soziale Maßnahmen, die schleunigst erledigt werden müssen. Die Reformbestrebungen im Gastwirtsgeerbe werden immer lebhafter. Die Versicherungsfrage für sämtliche Gastwirtsgehilfen muß baldigt erfolgen. Wir haben außerdem noch viele Wünsche auf sozialem Gebiete, die ihrer Erledigung harren. Das Schutzhalter für die Jugendlichen, besonders so weit es sich um Nacharbeit handelt, muß entschieden erhöht werden. Die Nacharbeit bringt in physischer wie in moralischer Beziehung große Schädigungen der Jugendlichen mit sich. In weiten Kreisen des Volkes, bis in die Regierungskreise hinein, macht sich eine soziale Müdigkeit bemerkbar. Von dieser Stimmung dürfen wir uns aber nicht unterliegen lassen.

Eine verständige und zielbewusste Sozialpolitik muß von uns weiter betrieben werden.

Es besteht heute noch eine ungeheure Menge von Rot und Glend, namentlich im Heimarbeitstand. Ein sozialer Ausgleich muß da energisch durchgesetzt werden. Die angehenden Industriellen und Techniker sollten eine sozialpolitische Schulung erhalten, damit mehr soziales Verständnis in weiten Kreisen des Volkes erweckt wird. Das Streikpostenwesen kann nicht beseitigt werden. Die Arbeiterschaft bedarf dieses Mittels zur Durchsetzung ihres Lohnkampfes, unbedingt. Die Arbeitgeber müssen sich mit dem Organisationsgedanken abfinden. Böses Blut wird durch Vorgänge erregt, wie sich solche jüngst in einer Fabrik abspielten, als die Kinder der Organisierten von der Weihnachtsfeier in der Fabrik ausgeschlossen wurden. Als die christliche Gewerkschaft diesen Kindern eine besondere Bescherung veranstaltete, wurden sämtliche Mitglieder dieser Gewerkschaft, 31 an der Zahl, zu Weihnachten entlassen. (Hört! Hört!) Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird am besten durch eine gesunde Sozialpolitik und durch Förderung der christlichen Gewerkschaften geführt. Die gelben Gewerkschaften sind naturgemäß ein Hindernis für das Fortschreiten der Sozialpolitik. Wir wollen aber die Koalitionsfreiheit sichern. Unsere Gesetze genügen, um Ausschreitungen zu bestrafen. Einen Stillstand in der Sozialpolitik gibt es nicht. (Weiß! im Zentrum.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Keine Ausführungen in der vorigen Woche haben fast einstimmige Zustimmung im Hause gefunden. In meinen damaligen Angaben über die Zunahme des Sparkassenguthabens bin ich vom Abg. Gothein mißverstanden worden. Selbstverständlich bedeuten die 11 Milliarden Mark den Gesamtbestand dieser Guthaben, nicht aber den jährlichen Zuwachs. Dies ergibt sich auch aus dem Zusammenhang meiner Rede. Der gewerbliche Mittelstand hat an dem wirtschaftlichen Aufschwung leider nicht so teilgenommen wie die anderen Gewerkschaften. Die Gründe für die Missetände, die wir beim Mittelstand finden, liegen weit vor der Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Den gewerblichen Mittelstand bedroht von oben der Zusammenschluß von Handel und Industrie zu großen Vereinigungen, von unten die Arbeiterschaft mit ihren steigenden Lohnforderungen.

Ein großer Teil der Nachkommen der Angehörigen des Mittelstandes tritt als Arbeiter, teils als Meister in die Betriebe der Großindustrie und übt dadurch auch einen ungünstigen Einfluß auf den Fortbestand des Mittelstandes aus. Die alten Organisationen des Mittelstandes hatten sich an-

== Für den Monat Februar ==

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

zu abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Baus“ Langgasse 21,

in der Zweigstelle Bismarckring 29,

in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,

und bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

scheinend überlebt. Wir waren uns wohl bewußt, welche wirtschaftlichen nationalen Kräfte wir verlieren würden, wenn der Mittelstand zerrieben würde. Deshalb haben wir auf Mittel finden müssen, dem vorzubeugen. Zunächst mußten alle Artikel von der Herstellung durch Handwerker ausgeschlossen werden, in denen die Handwerker nicht konkurrieren konnten, die sogenannten Warenartikel. Eine weitere Aufgabe war die wirtschaftliche und technische Schulung des Mittelstandes auf allen jenen Gebieten, auf denen sie mit dem Großhandel in Konkurrenz treten konnten.

Die wichtigste Aufgabe war, die alten Handwerkerorganisationen mit einem neuen Geist zu beleben, damit die Meister in die Lage versetzt werden, die Anforderungen der modernen Zeit auch tatsächlich zu erfüllen.

Die Förderung des Handwerks in technischer und wirtschaftlicher Beziehung liegt in erster Linie bei den Bundesstaaten, der große Komplex der Organisationsfrage dagegen liegt dem Reich ob. Das Reich hat schon mehrfach eingegriffen, so bezüglich des Genossenschaftswesens durch Bestimmungen über die Ausbildung der Gesellen, Meisterkurse und den kleinen Befähigungsnachweis. Damit haben wir die Aufgaben erfüllt, die uns von den Freunden gewerblichen Mittelstandes gestellt werden konnten. Die Förderung der Ausführenden des Handwerks ist allgemein. Bezüglich der Ausführenden der Wünsche gehen aber die Ansichten weit auseinander. Mit Enquete ist nicht viel geholfen, da die einzelnen Betriebe kaum auf unsere Anfrage antworten. Von einer Enquete für das ganze Handwerk sollten wir nach meiner Ansicht absehen. Mehrfach sind Gesuchentwürfe, die dem Handwerk dienen, in Bearbeitung, so das Wanderlagersgesetz, das Sonntagsruhegesetz u. a. Das Verbindungswesen wird gegenwärtig durch eine Kommission bearbeitet; hoffentlich sieht diese davon ab, eine gesetzliche Regelung zu fördern. Das Verbindungswesen hat zu Mängeln geführt, namentlich dadurch, daß es bei den handwerksmäßigen Betrieben an der notwendigen Organisation fehlt. Die jetzt bestehenden genügen nicht.

Man muß eine Zentralkstelle für das Verbindungswesen schaffen.

Auf Grund der Klagen des Mittelstandes über den heimlichen Warenhandel der Beamten ist dieser bereits verboten worden und wir werden auch weiter gegen Auswüchse dieser Art einschreiten. In gleicher Weise wird gegen den unlauteren Wettbewerb, besonders gegen das Zugabewesen, vorgegangen. Das Wichtigste ist das Organisationswesen im Handwerk, und hier handelt es sich um die Frage, ob das Handwerk eine hinreichende Kraft dafür bietet, eine den modernen Anforderungen genügende Organisation in Kraft treten zu lassen. Diese Frage wird einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Bei der Abgrenzung zwischen Fabrik und Handwerk handelt es sich darum, ob es möglich ist, eine Grundlage dafür zu finden, auch Großbetriebe, die ihrer Struktur nach zum Handwerk gehören, z. B. Möbelfabrikation, dem Handwerk zu erhalten. Die Aushebung des § 100 wird nicht mehr so sturmiß verlangt wie früher. Wir wollen, daß die Zwangsinnungen die Mindestpreise festsetzen, die jedoch den einzelnen Handwerkern nicht zwingend vorgegeben werden dürfen. Die Regierungen haben ein großes Verständnis dafür, wo den gewerblichen Mittelstand der Schutz drückt und sie bedauern, daß der Mittelstand nicht in der gewünschten Weise an dem wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches teilgenommen hat. Hier Wandel zu schaffen, werden wir bemüht bleiben.

Abg. Dr. Böttger (natl.): Eine Beeinträchtigung der Organisationswesen wünschen wir nicht. Indessen darf kein Koalitionszwang entstehen, der zum Terrorismus führt. Auch die „gelben“ Gewerkschaften haben ihre Berechtigung, sie müssen einen schweren Kampf gegen Vorurteile führen und Mut und Charakter zeigen. Sie haben ihren Lohnkampf durchzuführen, ehe auch durch Streik. (Zuruf bei den Soz.: Das dürfen sie ja nicht.) Wenn Sie (zu den Soz.) dies behaupten, so sind Sie nicht genügend unterrichtet. Es muß Licht und Sonne für alle Organisationen da sein.

Eine einzelne Partei darf sich nicht einbilden, allein die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Von einer Ruhepause in der Sozialpolitik kann keine Rede sein. Was die Handelspolitik angeht, so müssen Industrie und Landwirtschaft auf dem Posten sein, wenn es notwendig wird, zum Abschluß neuer Handelsverträge den Zolltarif zu revidieren. Die Mittelstandspolitik ist die wichtigste Aufgabe der Gesetzgebung. Der Mittelstand darf nicht zwischen den Klüften der Unternehmer und Arbeiterorganisationen zerrieben werden. Es müssen möglichst viel selbständige Existenzen erhalten werden. Das Handwerk verlangt immer dringender, daß ihm der Name „Zwangsinnung“ abgenommen wird. Berechtigt ist auch der Wunsch der Handwerkskammern, bei allen wirtschaftlichen Fragen gehört zu werden. Wir begrüßen den Vorschlag des Staatssekretärs auf Errichtung einer Zentralkstelle als Organisation für die Übernahme öffentlicher Arbeiten. Gegen die Schwindelaussstellungen muß energisch eingeschritten werden, besonders müssen vorher die Handwerkskammern und die Gewerkskammern über das Bedürfnis einer solchen Ausstellung gehört werden. Die Auszeichnungen, welche die Ausstellungen verleihen, sollen der Kontrolle der Regierung unterstellt werden. Das Gesetz zur Sicherung der Bauforderungen muß durchgeführt werden, um dem Wuchswind das Handwerk zu legen. An dem Gesetz zur Befreiung des heimlichen Warenhandels werden wir mithelfen.

Unzulässig ist es durchaus, wenn in einem Offizierskasin in Trier ein schwunghafter Weinhandel für das größere Publikum getrieben wird.

Das Zugabewesen muß beschränkt werden. (Beifall.)

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Von einem Stillstand unserer Sozialpolitik kann keine Rede sein. Unsere Beamtenchaft ist sozialpolitisch geschult wie keine andere in der Welt. (Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unvernehmlich.)

Abg. Barth (Vpl.): Das Handwerk hat erkannt, daß bei dem Kartell der schaffenden Arbeit nichts zu holen ist, da dieses nur ein Ableger des Zentralverbandes Deutscher Industrieller ist. Die Konfessionslosen sollen nicht behaupten, daß sie den Mittelstand schützen wollen, im Gegenteil, wenn Kaufleute, die doch auch zum Mittelstand gehören, nicht konfessionell wählen, wird seitens der Konfessionslosen über sie der Votum verhängt. (Hört! Hört! links.) Der Staatssekretär hat neulich davon gesprochen, daß die Enquete über die Lage im Handwerk wegen der großen Kosten nur langsam vorwärtsschreiten kann. Ich meine, bei einer so wichtigen Sache dürfte der Kostenpunkt keine Rolle spielen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn das Reichamt den Wünschen der Handwerker etwas schneller nachkäme. Das Verbindungswesen

muß unbedingt reichsrechtlich geregelt werden. Die Handwerkerorganisationen werden trotz der Zusagen des Militärs und mehrerer Erlasse von der Speeresverwaltung nicht zu den Lieferungen zugezogen. Eine Zentralkstelle für das Submissionswesen muß geschaffen werden.

Der Säckstempel belastet den gewerblichen Mittelstand erheblich. Wir fordern deshalb seine Aufhebung.

Die Handwerker sollten sich den bestehenden gesetzlich anerkannten Organisationen anschließen. Damit kann zum Vorteil des deutschen Handels gewirkt werden.

Abg. Kurzawski (Pole): Für die vielen Tausende ausländische Arbeiter, die sogenannten „Sachengänger“, gibt es kein Gesetz, das ihre Interessen wahrnimmt. Gegen das Agententum, das diese fremden Arbeiter ausbeutet, muß mit allen Mitteln vorgegangen werden. Die Wohnungen und auch die Kost für diese Leute lassen viel zu wünschen übrig. Auch die Behandlung der polnischen Arbeiter spottet jeder Beschreibung. Schimpfworte, wie „polnisches Schwein“, und Schläge sind an der Tagesordnung. (Vizepräsident Dr. Baasche bittet den Redner, auf Einzelheiten nicht einzugehen.) Zu unserem größten Bedauern ist die polnische Sprache in Preußen verfehmt. Wir verlangen eine gesetzliche Regelung des Schutzes der ausländischen Arbeiter; die bestehenden Organe genügen dazu nicht.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr verlegt. — Schluß 7¼ Uhr.

Eine Zabrernanfrage des Zentrums.

S. Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Der Abgeordnete Sittari (Zentr.) hat im Reichstag eine kurze Anfrage eingebracht, in der er den Reichskanzler fragt, ob und wie lange die doch sicher als Bestrafung empfundene Verlegung des Infanterie-Regiments Nr. 99 in die Baracken von Hagenau und Wisch ausgedehnt werden solle, bezw. wann das Regiment wieder in seinen früheren oder in einen anderen Garnisonsort übergeführt werde?

Vermögenszuwachs und Wehrbeitrag.

S. Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Eine kurze Anfrage des Abg. Trendel (Zentr.) wirft die Frage auf, ob das jetzt zum Wehrbeitrag veranlagte Vermögen unverändert auch bei Feststellung des Vermögenszuwachses (1917) zugrunde gelegt werden soll, oder ob 1917 die Grundbesitzer von neuem eine nachträgliche Bewertung ihrer Grundstücke rückwirkend auf das Jahr 1914 beantragen können.

Die fortschrittlichen Mitglieder in der Waffengebrauchskommission.

S. Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) In die Kommission zur Beratung des fortschrittlichen Gesuchentwurfes über den Waffengebrauch des Militärs und der zu diesem Gegenstand gestellten anderen Anträge werden von der fortschrittlichen Fraktion des Reichstages die Abgeordneten v. Lütz und Raumann delegiert.

Abgeordnetenhaus.

Der Landwirtschaftsetat.

R. Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Damit alles seine Richtigkeit hat, hat der Präsident vor Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verkündet, daß der gestern vom Kaiser ins Herrenhaus berufene bisherige freikonserervative Abgeordnete Engelbrecht, der in zahlreichen landwirtschaftlichen Körperschaften, nicht zuletzt in seiner schlesischen Heimat eine große Rolle spielt, sein Mandat niedergelegt hat. Dann war man beim Landwirtschaftsetat. Als erster erschien bei Besprechung des Ordinarius der Renommierlandwirt der Sozialdemokrat, Herr Goser, auf dem Plane, um bei der Forderung von 45.000 M. zur Förderung der landwirtschaftlichen Stellenvermittlung auf die schlechte Behandlung, die niedrigen Löhne und die miserablen Wohnungen auf dem Lande hinzuweisen, die lediglich schuld an der Landflucht seien. Auf der rechten Seite des Hauses fanden seine Ausführungen natürlich wenig Beifall und nacheinander widersprachen seinen Behauptungen Herr von der Osten von den Konservativen und v. Dörken (freikonf.) auf das lebhafteste. Herr von der Osten erwiderte Herrn Goser sogar, daß er von Landwirtschaft gar nichts verstände. Das veranlaßte Herrn Ströbel zu dem Zwischenruf: „Arroganter Kerl!“, wofür er natürlich einen Ordnungsruf erhielt. Nachdem man sich über verschiedene Sonderwünsche unterhalten hatte, von denen einer des fortschrittlichen Abgeordneten Graue für eine Anlage zur Bewässerung der Obgärten in Werder a. H. alleseitigen Beifall fand und nachdem auch der Antrag auf Errichtung eines Instituts für allgemeine Vererbungs- und Züchtungslehre die Zustimmung des Landwirtschaftsministers gefunden hatte, war man am Ende der Beratungen des Landwirtschaftsetats und trat in später Stunde noch in eine Erörterung des Getreidesatzes ein, bei dem alleseitig einer Erhebung der Pferdezahl das Wort geredet wurde. Oberlandesstaatsminister v. Dettlingen sagte Verabschiedung der zahlreichen Wünsche zu. In später Stunde vertagte das Haus die Weiterberatung auf morgen.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

S. Berlin, 28. Januar.

Am Ministerielle Freiherr von Schorlemer. Der Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnete um 12 Uhr 45 Minuten die Sitzung und teilte mit, daß der Kaiser die Glückwünsche des Hauses zu seinem Geburtstag huldvoll entgegengenommen habe.

Die Beratung des

Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung

wird bei dem Kapitel „Extraordinarium“ fortgesetzt. Abg. Goser (Soz.) tritt für größere Förderung der Interessen der Arbeiter bei der landwirtschaftlichen Arbeitsvermittlung ein. Wenn die Landarbeiter bessere Wohnungen bekommen und bessere Löhne erhalten, werden sie auch auf dem Lande bleiben.

Abg. von der Osten (konf.): Der Vorredner hat sehr wenig Verständnis für die ländlichen Verhältnisse. (Abg. Ströbel (Soz.) ruft: Arroganter Kerl!) (Der Präsident

Graf Schwerin-Löwig ruft den Abg. Ströbel zur Ordnung.) Abg. von der Osten (fortfahrend): Der Großgrundbesitz bleibt sich stets dessen bewußt, daß er auch ein soziales Amt zu verwirklichen hat. Die soziale Fürsorge auf dem Lande bleibt nicht hinter der in den Städten zurück. Was die Arbeitsvermittlung auf dem Lande betrifft, so bitte ich den Minister, eine Statistik über die Ergebnisse der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung vorzulegen. Wir sorgen besser für die Interessen der Landarbeiter als die Sozialdemokratie. (Widerspruch bei den Soz.) Der ländliche Arbeitsnachweis muß noch mehr, als es bisher geschehen ist, gefördert und vor allem einheitlicher gestaltet werden.

Abg. v. Dörken (freikonf.): Die Arbeiterwohnungen und Löhne sind nicht so schlimm, als die Sozialdemokraten glauben machen wollen. Auch die Arbeitszeit auf dem Lande ist durch schnittlich nicht länger als in den Städten. Ebenso sind die Vorwürfe über die schlechte Behandlung der ländlichen Arbeiter unbegründet, die Behandlung der Arbeiter ist in Wirklichkeit eine gute. Wir müssen aber die innere Kolonisation möglichst fördern, da wir damit rechnen müssen, daß die Zahl der ausländischen Saisonarbeiter immer mehr zurückgeht.

Abg. Goser (Soz.) hält seine Behauptungen über die schlechte Lage der ländlichen Arbeiter aufrecht.

Nach kurzen Bemerkungen der Abgg. Ströbel (Soz.) und Dr. Liebknecht (Soz.), Abg. von Kessel (konf.), empfiehlt Abg. Verharbus (Ztr.) größere Förderung des Meliorationswesens, insbesondere der Wiesenkultur.

Abg. Louncean (Ztr.) tritt für Kultivierung der Niederung und Moore ein.

Abg. Graue (Vpl.): Als Beihilfe zu den Bewässerungsanlagen für die Obstaueanlage bei Werder an der Havel werden 168.000 M. gefordert. Wir stimmen dieser Forderung zu. Werder ist ein Musterbeispiel, was durch Energie und Intelligenz geschaffen werden kann, und daß auch unfruchtbare Bodenschätze gehoben werden können.

Die Abgg. Hoffmann (Soz.) und v. Dörken (freikonf.) erklären ebenfalls ihre Zustimmung zu der Forderung.

Abg. Bethge (konf.) begründet seinen auch von den Freikonfessionellen, dem Zentrum und den Nationalliberalen unterstützten Antrag: Die Staatsregierung zu ersuchen, behufs weiterer Ausgestaltung des Instituts für Landwirtschaft und Vererbungslehre sowie Züchtungslehre in den nächstjährigen Etat die nötigen Mittel einzustellen.

Abg. Freiherr v. Löw (Ztr.) empfiehlt die Annahme des Antrages.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser: Auf diesem Gebiete haben Männer der Praxis bedeutende Leistungen vollbracht, die auch die Anerkennung des Auslandes gefunden haben. Die Regierung ist bereit, für die Zukunft weitere Mittel für den geforderten Zweck bereitzustellen. Der Antrag wird angenommen. — Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung ist damit erledigt.

Der Etat des Landesbewässerungsgesetzes wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die zweite Beratung zum
Getreidesatz.

Abg. Dr. Beder (Ztr.): Unser preussisches Pferd hat sich gegenüber dem ausländischen Material gut bewährt. Trotzdem führen wir alljährlich eine größere Zahl ausländischer Pferde aus dem Auslande ein. Wir sollten erst dann importieren, wenn unser Bedarf durch die heimische Zucht nicht gedeckt wird. Dringend notwendig ist

eine Änderung des Totalimportgesetzes.

Obwohl das Verbot zu machen verboten ist, blüht dieses Gewerbe außerordentlich und namentlich wird für ausländische Rennen viel gewettet. Auf diese Weise gehen jährlich Tausende von Mark nach Paris.

Abg. v. Blehne (konf.): Die Remontenpreise sind vielfach zu niedrig. Namentlich hat auch die Provinz Ostpreußen darunter zu leiden.

Abg. Bachhorst de Wente (natl.): Den Klagen des Vorredners kann ich mich nur anschließen. Namentlich für die bäuerlichen Besitzer ist es außerordentlich schwer, ihre Pferde auf den Remontemärkten loszuwerden. Die Gehälter der Geheulwärter sollten aufgebessert werden.

Landstaatsminister v. Dettlingen: Die Leistungen unserer Remontekommissionen sind ganz hervorragend. Die Händler können wir ja nicht entbehren. Eine Bevorzugung der Provinz Hannover ist nicht beabsichtigt.

Abg. v. Dörken (freikonf.): Die Remontekommission muß in erster Linie darauf sehen, gute und schnelle Pferde zu bekommen, deshalb sollten den Züchtern entsprechende Gengste zur Verfügung gestellt werden. Gegen die Buchmacher muß auf das schärfste vorgegangen werden. Eine Konfessionierung dieses Gewerbes lehnen wir ab.

Nach weiterer uninteressanter Debatte wird die Weiterberatung auf Donnerstag 11 Uhr verlegt. Außerdem Domänenetat. — Schluß 5¼ Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Demission der elsaß-lothringischen Regierung. w. Straßburg, 28. Jan. In der heutigen Kommissionsitzung des Landtages gab auf eine Anfrage des Abgeordnetenhauses Staatssekretär Jörn von Pula die Erklärung ab, die gesamte Regierung von Elsaß-Lothringen habe ihre Konsequenzen aus den Zabrerner Vorfällen gezogen. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen.

Der Reichskanzler beim Kaiser.

** Berlin, 28. Jan. Der Kaiser empfing heute vormittag im Königl. Schloß zu Berlin den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg zum Vortrag.

Ein drahtloses Telegramm des Kaisers an Präsident Wilson.

++ Berlin, 28. Jan. Nach einer Mitteilung der Hochfrequenzmaschinen-Aktien-Gesellschaft hat ihr der Kaiser ein an den Präsidenten Wilson gerichtetes Telegramm zur drahtlosen Beförderung nach Amerika übergeben. Die der Gesellschaft gehörige Station in Elbsee bei Hannover hat diese Bereiche direkt drahtlos weitergegeben und die Empfangsstation Ludert in Amerika hat den feierlichen Eingang bestätigt. Die Entfernung zwischen Aufgab- und Empfangsstation beträgt 6500 Kilometer.

Eine „politische“ Geste General v. Mackensen.

■ Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Der kommandierende General des 17. Armeekorps in Danzig, General v. Mackensen, ist auch unter die politisierenden Generale gegangen. Beim Festessen der Danziger Bürgergesellschaft erzählte er am Kaiser-Geburtsfest: „Unsere Zeit will alles demokratisieren. Preußen habe manchen deutschen Staat mit fortgerissen, jenseits des Rheins auf Paris und weiter. Nicht die Überlegenheit der Waffe, nicht die Übergabe, sondern der preussische Geist unseres Volkes ist es gewesen, der dem ganzen Feldzug die Wendung gab, der preussische Geist ist es gewesen, der die Bataillone von St. Privat siegreich durch einen Hagelschlag von Geschossen hindurchführte“. Und weiter sagte er in der Rede: „Alle soziale Fürsorge, Versicherungen, Renten und der Wohlstand steigere nur die Vegerlichkeit, den Geist des Umsturzes, der Auffälligkeit, des Aufwiegerlums, beinträchtigt die Gemüter und den gesunden Sinn des Volkes und den unserer Jugend.“

Ihr Nichtkündigung der bestehenden Handelsverträge.

■ Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Bezüglich der Aufhebungen, die Staatssekretär Delbück kürzlich im Reichstag über die beabsichtigte Nichtkündigung der bestehenden Handelsverträge durch das Deutsche Reich getan hat, wird an maßgebender Stelle darauf hingewiesen, daß die Annahme, die Handelsverträge würden mit einjähriger Kündigungsfrist weiterlaufen, irrig ist. Das Deutsche Reich wird sich vielmehr nur auf eine langfristige Festlegung handelsvertraglicher Bedingungen einlassen.

Der Streit um die christlichen Gewerkschaften.

■ Berlin, 28. Jan. Der neu ernannte Streit um die christlichen Gewerkschaften hat den Geh. Justizrat Dr. Vorsch in Breslau veranlaßt, sein Amt als fürstbischöflicher Konfiskationsrat niederzulegen. Dr. Vorsch hatte im Winter 1913 vom Fürstbischof Kardinal Dr. Kopp ein Schreiben erhalten, das im Sinne der ausgleichenden Tendenz gehalten war, mit der die Freunde der christlichen Gewerkschaften, die durch die päpstliche Engherztheit an Schwierigkeiten zu überwinden suchten. Da Kardinal v. Kopp jetzt in dem Schreiben an den Grafen v. Oppersdorff diese Tendenz unter Berufung auf autoritätsfeindliche Äußerungen christlicher Gewerkschaftsführer ausdrücklich mißbilligt, sind jene Bemühungen als endgültig gescheitert zu betrachten. Zur Wiederlegung seines kirchlichen Amtes mag Geh. Justizrat Dr. Vorsch sich bewegen gefühlt haben, weil er sich zu den lebhaftesten Befürwortern einer Verständigung zwischen den katholischen Bistumsvereinigungen und den christlichen Gewerkschaften gehört hat.

Große Bestürzung des Vatikan über den Brief des Kardinals Kopp.

■ Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Der römische Mitarbeiter der „Tagl. Rundsch.“ berichtet seinem Blatt: Ich erfahre aus vatikanischer Quelle, daß die Kurie über den Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorff bestürzt ist. Die Haltung des Breslauer Bischofs erscheine unverständlich, denn Kopp's Brief an einen Laien kompromittiere den Bischof Schulte von Badstübner vor der Öffentlichkeit schwer. Die Kurie bedauert, daß Kardinal Kopp interne Gegensätze im deutschen Episkopat in die Öffentlichkeit zerstreut und obgleich verhängnisvoll.

denn die Kurie sieht voraus, daß die Mehrheit des deutschen Episkopats für den bloßgestellten Bischof eintreten werde. Auch der Papst, der den Frieden im Gewerkschaftsstreit durchaus wünscht, sei sehr besorgt, weil Kardinal Kopp den ganzen Streit erneut ausbräue und nicht nur den Frieden im deutschen Episkopat und unter den Gläubigen störe, sondern auch einen Konflikt mit der Regierung heraufbeschwöre.

Ein Masseninterview bei dem griechischen Ministerpräsidenten.

■ Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat heute vormittag einer Anzahl Vertreter Berliner Zeitungen ein Masseninterview gewährt. Er wurde von nicht weniger als 15 Journalisten empfangen. Mitgeteilt hat er ihnen so gut wie nichts. Er versicherte, daß ein Komunique über das Ergebnis seiner Berliner Besprechungen nicht veröffentlicht werde. Daß aber die aus Paris kommenden Nachrichten, er sei mit dem Ergebnis seiner Besprechungen nicht sehr zufrieden, falsch seien. Er teilte endlich mit, daß er sich auf der Rückreise von Petersburg auch nach Bukarest und Belgrad begeben werde.

Bildung einer Konvention aller Balkanstaaten.

■ Athen, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Die deutsch-griechischen Beziehungen werden im Zusammenhang mit der Anwesenheit der Königin, des Kronprinzen und des Ministerpräsidenten in Berlin von der Athener Presse in sehr warmen Worten besprochen. Das Blatt „Nea Hellas“ meldet: Die Besprechungen des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos mit dem deutschen Kaiser und der deutschen Diplomatie, sowie der Diplomatie der anderen Großmächte bezwecke die Bildung einer Konvention aller Balkanstaaten mit ausschließlich friedlichem Charakter und wirtschaftlichen Fortschrittsbestrebungen.

Württemberg und die Rabinettssorder von 1820.

■ Stuttgart, 28. Jan. Auf die kürzlich im Landtag von der Fortschrittlichen Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Anfrage bezüglich des Einschreitens von Militär bei inneren Unruhen gab die Regierung die schriftliche Antwort, daß in Württemberg ein Eingreifen des Militärs nur nach ergangener Aufforderung durch die Zivilbehörden erfolgen kann. Die württembergische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Rabinettssorder vom Jahre 1820 in Württemberg durch die Militärkonvention nicht zur Einführung gelangt ist. Schon im Jahre 1803 ist eine Anweisung in diesem Sinne an die Zivilbehörden und ebenso auch an das 18. (würtembergische) Armeekorps gegeben worden.

Das Verbot von Bildern und Ansichtspostkarten in Bayern.

■ Straßburg, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Die Regelung von Elsch-Lothringen verbot durch eine allgemeine Verfügung an die Kreisdirektoren und Polizeibehörden des Reichslandes die fernere öffentliche Freihaltung und Ausstellung von Bildern und Ansichtspostkarten, die in höhnlicher Weise die Vorfälle in Bayern behandeln. Gleichzeitig wurde verfügt, gegen die öffentliche Zurückhaltung von Bildern, die beleidigende Karikaturen von deutschen Militärpersonen enthalten, vorzugehen.

Ein feierlicher Rabinettstest in England.

■ London, 28. Jan. Heute fand ein feierlicher Rabinettstest unter dem Vorsitz des Premierministers Asquith statt.

dem familiäre Minister beizuhelfen. Es handelt sich, wie man annimmt, um die Entscheidung über den Flottenstatus.

Landung deutscher Marinesoldaten auf Haiti.

■ Berlin, 28. Jan. Der deutsche Kreuzer „Sineca“, der wegen der Unruhen auf Haiti seit dem 23. Januar vor Port-au-Prince liegt, landete gestern nachmittags, wie schon kurz gemeldet, zum Schutze der deutschen Interessen ein Landungskorps von achtzig Mann mit zwei Maschinengewehren.

Ein weiteres amerikanisches Kriegsschiff vor Haiti.

■ Washington, 28. Jan. Das Linienschiff „South Carolina“ erhielt Befehl, Guantanamo zu verlassen und sich unter Vollaampf nach Port-au-Prince zu begeben, um Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen. Das Schiff muß heute Abend vor Haiti eintreffen.

Butloff und Krupp.

■ Petersburg, 28. Jan. Von unterrichteter Seite wird hier mitgeteilt, daß die Gerüchte von dem Ankauf der Butloffwerke in Petersburg durch die Firma Krupp wahrscheinlich darauf zurückzuführen sind, daß zwischen der russischen Regierung und der deutschen Firma Abmachungen über die Herstellung von Panzerplatten für Rußland auf den Butloffwerken bestehen.

Ein schwedisches Panzerschiff auf Grund geraten.

■ Stockholm, 28. Jan. Das schwedische Panzerschiff „Tapperheten“ ist heute vormittag bei der Einfahrt nach Sandham auf Grund geraten. Zwei Vergungsdampfer sind nach der Unfallstelle abgegangen.

Bei einer Skitour aufgespielt.

■ Freiburg, 28. Jan. Der Student der Medizin Hans Ehrhard rannte bei einer Skitour gegen einen Baum. Ein Ast drang dem jungen Mann in den Unterleib; der Tod trat bald darauf ein.

■ Berlin, 28. Jan. (Fig. Drahtbericht) Die neueste dramatische Arbeit Ludwig Fuldas erscheint im nächsten Monat bei Costa unter dem Titel „Die Rückkehr zur Natur“, ein Schauspiel in drei Aufzügen.

Aus unserem Leserkreise.

(Nicht vermerkte Einleitungen können weiter zurückgeleitet, nach aufmerksamer Lesung.)

* Eine Bitte an die Elektrische Seite 4 in der Sonntags-Morgen-Ausgabe Nr. 41 ist mir ganz aus der Seele geschrieben. In der Tat es ist nicht anzusehen, warum die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft, die alljährlich viele Tausende Tausend in Wiesbaden einnimmt, es selber unterlassen hat, an geeigneten Punkten kleine Barikaden zu errichten, wie sie in Basel, Wien, London, Paris, München, Berlin, etc. überbaut sind. Überall, mit geringen Mitteln, sind in Wiesbaden errichtet. Gewöhnlich stehen am Halteplatz zwei gepöbelte Bänke, wie sie in der Weltbekantheit zu Duzenden aufgestellt sind, und solche sind rüchig, schmutzig und oberhalb mit einem einfachen Glasdach bezogen. Glasdach versehen, ich glaube, daß außer den Bänken die ganze Anordnung keine 100 Mk. beträgt. Sie erfüllen über ihren Zweck in glänzender Weise, man ist vor Hitze, vor Kälte, vor Regen, Schnee und Wind geschützt. Vielleicht macht die Gesellschaft einmal einen Versuch, und erstellt in eine solche mal an der Ringkirche, am Bahnhof, Viktoriahof, Kurhaus, Kriegerdenkmal und Beuhaus. Wacker wird dann im Wartesaum warten, anstatt heute zu Fuß zu gehen und auf die Bahn zu verachten.

Ein Verehrer.

Handelsteil.

Vom Hypothekenmarkt.

Das Hypothekengeschäft von Hermann Friedrich in Köln schreibt: Der erste Monat des neuen Jahres erfüllte die vielfachen Voraussagen und Erwartungen, daß wir in absehbarer Zeit zu einem normalen Geldsatz kommen würden, wenn die am deutschen Geldmarkt im Oktober und November eingetretenen Verhältnisse nicht wieder einen Rückschlag erfahren würden, sondern sich auf einer gesunden Basis als früher weiter entwickelten. Und so ist es nun gekommen. Nur muß man sich nicht allzuweitgehenden Hoffnungen hingeben. Wenn die Anforderungen, die in diesem Frühjahr an den internationalen Geldmarkt gestellt werden, aktuell werden, dürfte die Geldflüssigkeit bald wieder nachlassen. Vor allen Dingen muß man bedenken, daß noch viele Rentenanhänger außer der preussischen in Sicht sind. Die Preussische Anleihe ist (wie bereits mitgeteilt) aller Voraussicht nach vielfach überzeichnet worden, denn das Kapitalistenpublikum wendet sich den Vorteilen zu, die ihm auf diesem Gebiete winken und steht der Bauindustrie und allem, was mit ihr zusammenhängt, immer noch mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Denn hier hört man auch heute noch nur von Schwierigkeiten und nicht von Entlastungen und Erleichterungen der hohen Konditionen, sowohl für Baugeld als laufende Zins! Der Umsatz in guten Grundstücken hat nachgelassen resp. ist ein Zurückgehen der freihändigen Verkäufe eingetreten und das Baugeschäft liegt noch immer recht still. Das ungewöhnlich lange anhaltende Frostwetter in ganz Deutschland mag auch mitgewirkt haben, doch werden die Preise der Grundstücke im allgemeinen als nicht gesunken bezeichnet. Kurz die Lage stellt sich so: für Hypotheken ist bei gleich hohen Sätzen etwas mehr Kapital am Markt; nachdem aber die früheren Ansprüche befriedigt sind, Neubauten fast nicht hervorgerufen, so ist die Nachfrage auch sehr gering. Dafür, daß auf unserem Gebiete eine Periode der Verbilligung in größerem Stil sobald nicht wieder eintritt, sorgt schon die zuversichtlich werdende Stimmung am Eisenmarkt. Bei Stabeisen hört man von längeren Lieferfristen, von Aufrechterhaltung der Tagespreise und vor allem von einem lebhafteren Spezifikationseinsatz. Die vom Baugeld abhängige Drahtindustrie und verschiedene Zweige der Maschinenindustrie, die ebenfalls ihre Grundstoffe in der Bauindustrie haben, wie Schlösser, Baubeschläge etc. haben noch sehr zu klagen. Die Waggon- und Lokomotivfabriken sind hingegen reichlich mit Aufträgen versehen und diese Gebiete werden vermutlich auch wieder recht lebhaft den Geldmarkt zu beschäftigen haben. Dazu kommt das gute Auslandsgeschäft der Elektrizitätsindustrie und nicht zum wenigsten die zuversichtliche Haltung der Börse, ganz speziell wieder für Industriewerte, wobei z. B. die Aktien von Bochumer Gußstahl vom 4. Dezember bis 27. Januar um 18 Proz. gestiegen sind, die der Donnermarkthütte um 28 Proz., Gelsenkirchener um ca. 22 Proz., Harpener 10 Proz., Hoesch Eisen und Stahl über 26 Proz., Phoenix 10 Proz. Das sind Kursbewegungen, aus denen zu schließen ist, daß von der Börse für die Zukunft nur das Beste erwartet wird! Aus diesem Grunde werden sich auch die Geldbedürfnisse bei der Börse recht bald wieder einstellen!

Für den Hypothekenmarkt ist dies aber alles, wie schon angedeutet, nichts weniger als günstig resp. fördernd. Die 4proz. preussischen Schatzanweisungen sind zu 97 Proz. ausgegeben, die 4proz. reichsmündelsicherer Obligationen der

Stadt Offenbach a. M. wurden zu 93.75 Proz. emittiert, und solange diese Staats- und Kommunalobligationen so vorteilhaft zu haben sind, so ist keine Aussicht auf Besserung für den Hypothekenmarkt vorhanden. Hier werden die Konditionen von nach wie vor 4 1/2 Proz. bis 4 1/2 Proz. bis 4 1/2 Proz. und 1 Proz. bis 3 Proz. Provision inkl. Stempel und bei Versicherungen mit Befugung einer Police, Lösung an der Tagesordnung sein und bevor nicht völlige Sicherheit hinsichtlich der Einführung des zweiten Teils des Baugesetzes und der Staatsschätzung besteht, ist kaum eine wesentliche Wiederbelebung am Baugeldmarkt zu erwarten.

Berliner Nachbörse.

Kreditaktien	204	Canada	91 1/2	Thier. Stahlw.	165 1/2
Hand.-Ossell.	159 1/2	Orientbahn	188	Nachbörse	160 1/2
Commerzbank	109 1/2	Meridional	107 1/2	Paketfahrt	133 1/2
Darmstadt. Bank	120	Pennsylvania	—	Hamb. Südost.	174 1/2
Deutsche Bank	254 1/2	Henri	157 1/2	Hans.-Dampsch.	203
Disk.-Komm.-Bank	124 1/2	4 1/2 Russen (1912)	90 1/2	Lloyd	115 1/2
Dresdner Bank	154 1/2	Türklose	169 1/2	Dynamit-Trust	182
Nationalbank	118	Aumetz-Friede	167 1/2	Naphtha-Nobel	405
Schaffhausen	103 1/2	Bochumer	222 1/2	Allg. Elektrizität	242 1/2
Per. Int. Hdbk.	207 1/2	Luxemburger	136 1/2	D. Übersee-EL	174 1/2
Lbb.-Büchsen	185 1/2	Gelsenkirchen	130 1/2	Siemens	215 1/2
Schneidemühl	132 1/2	Harpener	185 1/2	Schuckert	148 1/2
Landb.-Bank	21 1/2	Hohenlohe-Werk	124 1/2	Ges. f. elektr.	—
Assolutor	117	Lamahlütte	158 1/2	Unterh.	168 1/2
Baltimore	97 1/2	Phönix	240 1/2	South-Westf.	119 1/2

Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 28. Jan. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 204 1/2, Disconto-Commandit 192 1/2, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handels-Bank 307 1/2, Staatsbahn 154 1/2, Lombarden 21 1/2, Baltimore u. Ohio 98 1/2, Paketfahrt —, Norddeutscher Lloyd 115 1/2 a 1 1/2, Harpener 186 1/2, Phönix 341 1/2, Edison 243 —, Alles per Februar.

Banken und Geldmarkt.

* Neue russische Eisenbahnanleihe. Die neue russische Eisenbahnanleihe im Betrage von 600 Mill. Franken ist laut „Köln. Zeitung“ von den beteiligten französischen Banken bereits beinahe vollständig unter der Hand untergebracht worden, so daß eine öffentliche Auktion nicht mehr stattfindet.

* Die chinesische Anleihe. Berlin, 28. Jan. Die seinerzeit in Nanking gebildete provisorische Regierung hat im Januar 1912 für militärische Zwecke eine 5proz. Anleihe von 100 Millionen Dollar geschaffen, welche, soviel bekannt wurde, nur eine ungünstige Aufnahme fand. Mit Rücksicht darauf, daß die Obligationen dieser Anleihe häufig von Unterhändlern angeboten werden, macht die chinesische Zentralregierung darauf aufmerksam, daß solche Obligationen nur in dem Falle als unmittelbare Verpflichtung gelten, wenn dieses durch einen entsprechenden Ausdruck ausdrücklich anerkannt ist. Dieser Vorbehalt der chinesischen Zentralregierung ist darum wichtig, weil eine nicht unbedeutende Anzahl von Obligationen seinerzeit abhandeln gekommen ist.

Berg- und Hüttenwesen.

Npc. Die Kohlenproduktion in Deutschland. Die Kohlenproduktion in Deutschland im Jahre 1913 betrug 191 511 134 To. Steinkohlen, 87 116 343 To. Braunkohlen, 32 167 178 To. Koks, 5 823 776 To. Preßkohlen aus Steinkohlen, 21 417 870 To. Preßkohlen aus Braunkohlen; davon entfallen a. a. auf Preßkohlen 181 413 277 To. Steinkohle, 70 255 724 To. Braunkohle, 3 201 682 To. Koks, 5 758 627 To. Preßkohlen aus Steinkohlen, 17 684 157 To. Preßkohlen aus Braunkohlen; auf Bayern 815 540 To. Steinkohlen und 1 895 495 To. Braunkohlen; auf Sachsen 5 470 516 To. Steinkohlen, 6 816 468 To. Braunkohlen,

65 290 To. Koks, 66 149 To. Preßkohlen aus Steinkohlen, 1 493 755 To. Preßkohlen aus Braunkohlen.

* Eisen- und Stahlwerk Hoesch. Die Verwaltung erwägt die demnächstige Ausgabe von neuen Aktien im Betrage von acht bis zehn Millionen Mark, doch ist der Zeitpunkt nicht bestimmt.

Industrie und Handel.

* Das Wachstum der deutschen Traslalwehrbewegung. Dem „Verband zur Abwehr des Tabaktrusts“ haben sich neuerdings angeschlossen die Handelskammern zu Graudenz und Stralsund, der Verband westdeutscher Großhändler in Tabakfabriken, der Verband Pfälzischer Tabakbauvereine und der Gewerksverein der Zigarren- und Tabakarbeiter.

* Aus der Lederhandelsbranche. Die maßgebenden Schmalchen-Handschuhfabrikanten Deutschlands, die sich zu einer Interessenvertretung zusammenschlossen, beschlossen, Minimalverkaufspreise der fertigen Handschuhe festzusetzen.

* Bremer Liniensumwerke Delmenhorst. Die Dividende für das Jahr 1913 dürfte, wie wir hören, eine Erhöhung um 1 Proz. erfahren. Im Vorjahre wurden 15 Proz. verteilt.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 22. Januar bis 29. Januar 1914.

Dampfer:	Herkunft bzw. Reiseziel:	Ankunft bzw. Weiterfahrt:
Stoomvaart Maatschappij Nederland Amsterdam.		
Passage- und Reisebureau Born & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Bilbon	auf der Heimreise	Jan. 22. von Perim.
Lombok	auf der Heimreise	a. 26. Gibraltar pass.
Grotius	auf der Heimreise	a. 26. in Lissabon.
Grotius	auf der Heimreise	a. 26. in Lissabon.
Plores	auf der Heimreise	a. 21. Cap Verd. Inseln.
Abon	auf der Heimreise	a. 23. von Padang.
Karimoon	auf der Heimreise	a. 24. von Colombo.
Koninklijke Hollandsche Lloyd, Amsterdam.		
General-Agentur: Passage- u. Reisebureau Born & Schottenfels.		
Hollandia	auf der Heimreise	Jan. 21. Cap Verd. Inseln.
Zeelandia	auf der Heimreise	in Amsterdam.
Gelria	auf der Heimreise	Jan. 25. von Santos.
Frissia	auf der Heimreise	a. 29. von Lissabon.
Deutsche Ostafrika-Linie.		
Bureau: Amtl. Reisebureau L. Rettemeyer, Kaiser Friedrich-Platz 1.		
Euro. Woermann	auf der Heimreise	Jan. 23. v. Swakopmund.
L. Woermann	auf der Heimreise	a. 25. Dungeness pass.
Paul Woermann	auf der Heimreise	a. 25. von Las Palmas.
Kurt Woermann	auf der Heimreise	a. 25. von Las Palmas.
Prinzregent	auf der Heimreise	a. 25. in Aden.
Rhenania	auf der Heimreise	a. 25. von Antwerpen.
Herzogin	auf der Heimreise	a. 27. in Hamburg.
Togo	auf der Heimreise	a. 27. in Aden.
Kommodore	auf der Heimreise	a. 27. in Lourenco Marq.
Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.		
Cap Ortgal	von dem La Plata kom.	Jan. 27. von Lissabon.
Perambuco	a. Brasilien komm.	a. 28. von Lissabon.
Bahia	a. Brasilien komm.	a. 29. in Hamburg.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 14 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortl. H. Hegerdahl.

Verantwortl. für den politischen Teil: H. Hegerdahl; für den Redaktions-Teil: H. Hegerdahl; für den Geschäfts-Teil: H. Hegerdahl; für den Sport-Teil: H. Hegerdahl; für den Kunst-Teil: H. Hegerdahl; für den Literatur-Teil: H. Hegerdahl; für den Wissenschaft-Teil: H. Hegerdahl; für den Ausland-Teil: H. Hegerdahl; für den Lokal-Teil: H. Hegerdahl; für den Sonstigen-Teil: H. Hegerdahl.

Erscheinungszeit der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Preis: Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringer-Geld. — Vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Postämter, in anderen Orten die Postämter, in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die Postämter, in anderen Orten die Postämter, in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die Postämter, in anderen Orten die Postämter, in allen Teilen der Stadt.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 20 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 25 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 30 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 35 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 40 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 45 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 50 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 55 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 60 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 65 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 70 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 75 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 80 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 85 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 90 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 95 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 100 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 105 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 110 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 115 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 120 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 125 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 130 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 135 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 140 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 145 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 150 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 155 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 160 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 165 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 170 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 175 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 180 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 185 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 190 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 195 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 200 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 205 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 210 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 215 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 220 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 225 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 230 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 235 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 240 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 245 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 250 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 255 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 260 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 265 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 270 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 275 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 280 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 285 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 290 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 295 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 300 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 305 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 310 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 315 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 320 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 325 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 330 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 335 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 340 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 345 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 350 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 355 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 360 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 365 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 370 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 375 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 380 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 385 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 390 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 395 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 400 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 405 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 410 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 415 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 420 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 425 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 430 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 435 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 440 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 445 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 450 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 455 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 460 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 465 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 470 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 475 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 480 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 485 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 490 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 495 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 500 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 505 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 510 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 515 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 520 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 525 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 530 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 535 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 540 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 545 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 550 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 555 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 560 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 565 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 570 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 575 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 580 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 585 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 590 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 595 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 600 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 605 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 610 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 615 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 620 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 625 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 630 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 635 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 640 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 645 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 650 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 655 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 660 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 665 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 670 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 675 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 680 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 685 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 690 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 695 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 700 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 705 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 710 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 715 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 720 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 725 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 730 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 735 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 740 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 745 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 750 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 755 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 760 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 765 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 770 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 775 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 780 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 785 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 790 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 795 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 800 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 805 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 810 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 815 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 820 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 825 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 830 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 835 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 840 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 845 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 850 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 855 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 860 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 865 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 870 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 875 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 880 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 885 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 890 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 895 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 900 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 905 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 910 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 915 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 920 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 925 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 930 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 935 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 940 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 945 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 950 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 955 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 960 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 965 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 970 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 975 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 980 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 985 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 990 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 995 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“; 1000 Pfg. für Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Arbeitsangelegenheiten“.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 5 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glindestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an zureichenden Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 29. Januar 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 48. • 62. Jahrgang.

Der Regierungswechsel im Reichsland.

○ Berlin, 28. Januar.

An maßgebenden Stellen wird die Richtigkeit der Straßburger Meldungen von dem bevorstehenden Rücktritt des Grafen Wedel und der meisten Mitglieder des elsass-lothringischen Ministeriums nicht bestritten. Die Ersetzung der gegenwärtigen Minister durch andere Männer wird aber voraussichtlich nicht gleichzeitig mit dem Statthalterwechsel erfolgen, sondern ihm der Zeit nach vorangehen. Also wird es Graf Wedel selber sein, der den Ministerwechsel noch vollzieht. Die Verschiedenheit der Gründe, aus denen die Änderungen an den leitenden Stellen in den Reichslanden erfolgen sollen, werden damit auch nach außen hin in der Richtung kenntlich gemacht werden, daß es eben nicht durchweg dieselben Gründe sind, aus denen sowohl der jetzige Statthalter wie die jetzigen Mitglieder des Ministeriums ihren Wchied nehmen werden. Als Nachfolger des Grafen Wedel wird neuerdings wieder neben dem kommandierenden General v. Schorlemer genannt. Es ist in der Tat anzunehmen, daß er ein ernster Kandidat für diesen Posten ist, aber er ist es nicht nach seinem eigenen Wunsch, sondern nach demjenigen anderer Stellen, und es ist fraglich, ob er die Reizung empfindet, nach Straßburg zu gehen. In parlamentarischen Kreisen heißt es denn auch bereits erneut, daß Herr von Schorlemer gebeten habe, in seiner gegenwärtigen Stellung bleiben zu dürfen.

Zur Erklärung in der Subkommission der Zweiten Kammer.

Straßburg, 29. Jan. In der Subkommission der Zweiten Kammer fragte gestern der Abg. Haug nach der Stellungnahme der Regierung. Darauf erklärte Staatssekretär Herr. Born v. Sulach, daß die Ereignisse von Zabern und ihre Folgeerscheinungen für die elsass-lothringische Regierung eine neue Situation geschaffen haben. Sie habe daraus die Konsequenzen gezogen und entsprechende Anträge gestellt. Die Entscheidung würde voraussichtlich in wenigen Tagen fallen. Man kann diese Erklärung dahin verstehen, daß Statthalter und Ministerium solidarisch ihre Demission gegeben haben, nachdem der Reichskanzler sie in unverantwortlicher Weise fallen gelassen hat, um sich selbst zu helfen.

Als künftiger Staatssekretär werden jetzt die Bezirkskommandanten von Metz und Kolmar bezeichnet, der erste hauptsächlich für den Fall, daß Herr. v. Schorlemer-Dieser Statthalter wird. Unterstaatssekretär Köhler wird voraussichtlich auf seinem Posten verbleiben.

Pressestimmen.

Wb. Berlin, 29. Jan. (Drahtbericht) Einige Morgenblätter bringen bereits Kommentare über die Regierungskrise in Elsass-Lothringen.

Die „Postische Zeitung“ schreibt: Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Aber man kann sie unschwer voraussagen. Vielleicht steht der Reichskanzler in der Entlassung der Männer, die für die Unabhängigkeit der Zivilgewalt und für die Rechtssicherheit des Bürgertums eingetreten sind, eine Stütze für das Unrecht, von dem er gesprochen hat. Der Fall Zabern hat zu einem Siege der Militärgewalt auf der ganzen Linie geführt, und im Grunde wäre es durchaus folgerichtig, wenn an Stelle des Grafen Wedel General v. Deimling und an Stelle Born v. Sulach Oberst v. Reuter treten würde.

Die „Morgenpost“ schreibt: Die reaktionären Scharmacher, die eckpreussischen Leute sind es, die jubeln triumphieren, daß nunmehr der eiserne Felsen in Elsass-Lothringen seinen Einzug hält. Er wird alles auslösen, was in mehr denn 40jähriger Friedenszeit in Elsass-Lothringen für das Deutschtum, für die Wiedergewinnung eines uns lange entfremdeten hochwertigen Volkstammes getan worden ist. Südlich der Mainlinie wird man dem Treiben der eckpreussischen Leute in den Reichslanden mit Argwohn zusehen. Eine neue Vertiefung der Mainlinie, das ist der Schlussatz der Zaberner Affäre, der Schlussatz der Jubelchöre des Jahres der glorreichen Erinnerungen an 1813.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Wenn die Lösung der Frage jetzt durch das Vorgehen der reichsständischen Regierung beschleunigt wird, so liegt das ebensowohl im Interesse der Reichslande wie im Interesse des Reiches. Die so geschaffene Klärung ist der herrschenden Unklarheit vorzuziehen, schon damit man sich auf den neuen Kurs einrichten kann. Natürlich wird es darüber hinaus notwendig sein, die Anträge und Schritte der reichsständischen Regierung der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Zu weiterem Verstecken spielt die Angelegenheit sogar nach der Auffassung des Reichskanzlers doch zu ernst.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Die Zukunft der Reichslande hängt, wie wir wiederholt betont haben, davon ab, daß die richtigen Männer gefunden werden, denen

die schwierige Aufgabe anvertraut werden soll, seine Geschicke zu lenken. Man kann nur wünschen, daß bei der jetzt zu treffenden Auswahl es an geeigneten Kräften zur Auswahl nicht fehlen wird.

Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Die durch die Zaberner Irrungen und Wirrungen so schwer bloßgestellten Straßburger Regierungsmänner haben also ihre Entlassung nachgesucht und warten auf deren Genehmigung. Wir hoffen, daß ihnen von Berlin aus kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Denn ohne Änderung des Straßburger Regierungs- und Verwaltungssystems ist eine Besserung der elsassischen Krise nicht zu erhoffen.

Zu der Erklärung des Staatssekretärs schreibt die „Straßburger Neue Zeitung“: Für Elsass-Lothringen bedeutet der Wechsel eine Bestätigung des Calterschen Wortes: Alles ist kaputt! Bevor wir nicht wissen, ob das heutige System eine Änderung erfährt, bleibt es müßig, aus der veränderten Sachlage gültige Schlüsse auf die Zukunft zu ziehen. Wir wünschen, daß der neue Leiter unserer Landesgeschicke wenigstens den gleichen aufrichtigen Willen und die gleiche Sympathie für das Land besitzen möge, wie der jetzige Statthalter bekundet hat, und daß er gewillt ist, dem Geseß und Recht Achtung zu verschaffen. Es bedarf hierzulande so wenig dazu. Wenn der Statthalter erst einmal einem Leutnant die Schranken der Ordnung im Reichslande gefahrlos und mit Erfolg ziehen kann, dann sind beide, Volk und Regierung, auf dem richtigen Wege zum Reiche.

Die Entwicklung unserer Schutzgebiete 1912/13.

Die Denkschrift der Kolonialverwaltung über die deutschen Schutzgebiete Afrikas und der Südsee für das Jahr 1912/13 wird, wie wir hören, zu Beginn der nächsten Woche im Buchhandel erscheinen. Mit Zustimmung des Reichskolonialamts und durch das Entgegenkommen der Verleger, der Königl. Hofbuchhandlung G. S. Mittler und Sohn, sind wir schon heute in der Lage, die wichtigsten Teile der Einleitung dieser Denkschrift zu veröffentlichen.

Der Landfriede wurde im Berichtsjahre (April 1912 bis April 1913) in keinem Schutzgebiet ernstlich gestört. In Kamerun wurden die von Frankreich erworbenen Gebiete an den festgesetzten Terminen in die deutsche Verwaltung übernommen. Dabei kam es mehrfach zu Unbotmäßigkeiten einzelner Stämme, die aber bald unterdrückt wurden. In Samoa hat die zunächst unentschieden gelassene und erst nach Ablauf des Berichtsjahres geregelte Frage der Nachfolgerschaft für den verstorbenen Häuptling nicht zu der vielfach befürchteten Beunruhigung der Bevölkerung geführt.

Die landeskundliche Erforschung wurde in Kamerun im Zusammenhang mit dem Fortschreiten des Eisenbahnbaues ins Innere und den Vorarbeiten hierfür sowie auch durch eine Expedition des Gouverneurs in das entlegene Hinterland gefördert. In Deutsch-Neuguinea leitete die Kaiserin-Augusta-Fluss-Expedition ihr Forschungswerk mit gutem Erfolge fort.

Die Bevölkerungspolitik der Kolonialverwaltung hat zahlreiche in kolonialpolitischer wie kolonialwirtschaftlicher Beziehung wichtige Aufgaben zu lösen. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Verbesserung der gesundheitlichen Zustände, insbesondere der Eingeborenenbevölkerung, und in der Schaffung entsprechender sanitärer Einrichtungen und Verbreitung besserer hygienischer Grundsätze. In Togo waren die gesundheitlichen Verhältnisse sowohl für Weiße wie für Eingeborene, abgesehen von der in einigen Gegenden aufgetretenen Malaria, normal. In Kamerun wurden energische Schritte zur Sanierung von Duala getan, wobei im Interesse des allgemeinen Wohls auch zur Enteignung von Ländereien der Eingeborenen geschritten werden mußte. Auch an einigen anderen Plätzen Kameruns hat die Sanierung Fortschritte gemacht. Die große Verbreitung der Schlafkrankheit in Kamerun macht der Verwaltung noch schwere Sorgen; ihre erfolgreiche Bekämpfung wird noch längere Zeit und große Energie erfordern. Aus Deutsch-Ostafrika wird ein befriedigender Gesundheitszustand der Weißen gemeldet; auch unter der farbigen Bevölkerung traten keine verheerenden Seuchen auf, wohl aber werden die vorhandenen Krankheiten durch den zunehmenden Eisenbahnverkehr, auch durch die beim Bau der Eisenbahnen tätigen Arbeiter vielfach weiter als bisher verbreitet. In Deutsch-Südwestafrika war der Gesundheitszustand der Weißen günstig, wozu auch die fortschreitende Sanierung der einzelnen Orte beitrug. Der Gesundheitszustand der Eingeborenen hat sich gebessert, nur ist die Kindersterblichkeit immer noch sehr hoch.

Die weiße Bevölkerung in sämtlichen Schutzgebieten ist von 23.342 auf 24.389, also rund um 1000 Menschen gestiegen. Der Zuwachs kommt hauptsächlich auf Deutsch-Ostafrika, dann auf Kamerun und Deutsch-Neuguinea. Die Abnahme in Deutsch-Südwestafrika hängt auch mit der Beendigung von Eisenbahnbauten zusammen. Bei dem Zuwachs von Deutsch-Neuguinea ist zu beachten, daß auch die Japaner zu den Weißen gerechnet werden.

Über das Schul- und Missionswesen sind im statistischen Teil eingehendere Mitteilungen als früher zu finden. Auch auf die Karte über die Missionen in Deutsch-Ostafrika sei verwiesen. Die Regierungsschulen sind in einzelnen Schutzgebieten wie in Kamerun noch nicht ausreichend entwickelt. Die Missionen entfalten überall eine sehr rege Tätigkeit auch auf dem Gebiete des Schulwesens, der Krankenpflege und der Hygiene. Bewährt hat sich in Deutsch-Neuguinea die schulmäßige Ausbildung von Dolmetschern, die dann den einzelnen Häuptlingen bei Eingeborenenverwaltung zur Erleichterung des Verkehrs mit den deutschen Behörden beigegeben werden.

Die weltwirtschaftliche Lage war zwar für die Kolonialwirtschaft im allgemeinen günstig, hat sich aber doch gegen Ende des Berichtsjahres namentlich durch den Niedergang der Kautschukpreise zu verschlechtern begonnen. In den Kolonien selbst waren die allgemeinen Grundlagen für die Entwicklung der Kolonialwirtschaft nicht überall günstig. Mehr und mehr zeigt sich, daß jetzt nach dem Ausbau wichtiger Eisenbahnstrecken die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete in erster Linie von der Arbeiterfrage abhängt.

Auf dem Gebiete des Geld- und Kreditwesens ist hervorzuheben: In Deutsch-Südwestafrika wurden die Grundlagen für die Errichtung einer Landwirtschaftsbank geschaffen, die im Juli 1913 ins Leben trat. Die im Verhältnis zur Zahl der beteiligten Personen sehr reichlichen staatlichen Mittel, mit denen das Kreditinstitut von vornherein ausgestattet wurde, lassen erhoffen, daß das Bedürfnis der Farmer nach langfristigen Boden- und Reklamationskredit nunmehr gründlich befriedigt ist, um so mehr, als sich bei geordneter Wirtschaft und Verwaltung in dem Rechte der Pfandbriefausgabe eine weitere sehr ergiebige Kreditquelle erschließen läßt. Die Landwirtschaftsbank hat auch die Aufgabe erhalten, den landwirtschaftlichen Betrieben und Personalkredit unter Verwendung eines Teils ihres Grundkapitals zu organisieren. In Deutsch-Ostafrika traten Bestrebungen auf, den landwirtschaftlichen Kredit in ähnlicher Weise wie in Deutsch-Südwestafrika zu organisieren, zu bestimmten Vorschlägen oder Vorlagen der Verwaltung kam es aber noch nicht.

Eine der wichtigsten allgemeinen Grundlagen der Kolonialwirtschaft, das Verkehrswesen, ist in seinen verschiedenen Zweigen wieder erheblich gefördert worden. Der Eisenbahnbau und -betrieb hat in allen afrikanischen Schutzgebieten Fortschritte aufzuweisen, namentlich in Deutsch-Ostafrika, wo die Tanganjika-Eisenbahn am Ende des Berichtsjahres bis zum Kilometer 848 fertiggestellt war. Im Norden des Schutzgebietes wurde die Neubaufriede der Usambara-Bahn Dufur-Moschi vollendet, auch wurden Vorarbeiten für die weitere Fortsetzung der Bahn unternommen. Für eine Südbahn und eine Eisenbahn nach Ruanda wurden Erkundungsarbeiten gemacht. Die Betriebsergebnisse der Zentralbahn waren gut, bei der Usambara-Bahn machte sich der Befall der Baufrachten bemerkbar. In Deutsch-Südwestafrika wurde der Umbau der Strecke Karibib-Windhoek beendet, ebenso der Bau der Nord-Südbahn; auf den neuerbauten Bahnstrecken wurde der Betrieb, allerdings erst zum Teil, aufgenommen. Die Betriebsergebnisse der Otaviabahn waren infolge der Vermehrung der Kupferförderung gut. In Kamerun hat die Nordbahn eine günstige Verkehrsentwicklung aufzuweisen, an der Mittellandbahn wurde weitergebaut. In Togo wurde der Anschluß an Atakpame erreicht; für neue Trassen wurden Vorarbeiten gemacht. Die Betriebsergebnisse der fertigen Strecken waren günstig. Für den Seeschiffsverkehr der Schutzgebiete waren der Neubau der Landungsbrücke in Swakopmund, der allerdings erst zum Teil fertiggestellt wurde, der Hafenneubau in Tanga, die Errichtung der neuen Landungsbrücke in Vome und die Hafenbauarbeiten in Duala von Bedeutung. Für die neue Landungs- und Hafenanlage in Lüderitzbucht wurden Vorarbeiten gemacht. Für den Seeschiffsverkehr unserer Südfestschutzgebiete war es wichtig, daß die regelmäßige Dampferverbindung Sydney-Tutuila-Son Francisco wiederhergestellt wurde. Im Post-, Telegraphen- und Kabelverkehr sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Abgesehen von der weiteren Ausgestaltung des Post- und Telegraphenwesens

in den einzelnen Schutzgebieten, war die Legung des Kabels der Deutsch-Niederländischen Kabelgesellschaft von Monrovia nach Rome und Duala von großer Bedeutung. Kamerun und Togo sind nunmehr die ersten Schutzgebiete, die eine deutsche Kabelverbindung mit der Heimat besitzen. In Deutsch-Neuguinea ist eine funktentelegraphische Verbindung zwischen der Insel Angaur und der Insel Yap hergestellt worden, die ja mehrfach an das Weltkabelnetz angeschlossen ist.

Der auswärtige Handel der sämtlichen Schutzgebiete hat sich von 240 Millionen Mark auf 263 Millionen Mark erhöht, wozu am meisten die Steigerung des Gesamthandels von Deutsch-Ostafrika von 68 Millionen auf 81 Millionen beitrug. Aber auch in allen übrigen Kolonien hat der Gesamthandel, zum Teil beträchtlich, zugenommen. Der Einfuhrhandel aller Schutzgebiete zusammen ist von 142 212 210 M. auf 142 678 936 M. gestiegen, hat also um 466 726 M. zugenommen; die Ausfuhr, die von 97 996 273 M. auf 120 880 128 M. gestiegen ist, hat um 22 883 855 M. zugenommen. Von der Ausfuhrsteigerung kommen auf Deutsch-Südwestafrika 11 Millionen Mark und auf Deutsch-Ostafrika 9 Millionen Mark. Demgegenüber steht ein Anstieg bei der Einfuhr in Deutsch-Südwestafrika von 7 Millionen Mark und eine Steigerung der Einfuhr in Deutsch-Ostafrika und in Kamerun von je 5 Millionen Mark. Die übrigen Schutzgebiete weisen keine erheblichen Schwankungen in den Aus- und Einfuhrziffern auf. Im ganzen ist bemerkenswert die sehr geringe Steigerung des Einfuhrhandels gegenüber der sehr beträchtlichen Steigerung der Ausfuhr. Im vorigen Jahresbericht mußte gerade das Gegenteil konstatiert werden. Ausschlaggebend für diese Umgestaltung sind vor allem die Verhältnisse in Deutsch-Südwestafrika: die dortige große Steigerung der Diamantenausfuhr einerseits, die beträchtliche Verringerung der Einfuhr des Ausbleibens der Eisenbahnmaterialieneinfuhr und der zunehmenden inländischen Produktion andererseits. Der Anteil Deutschlands am Gesamthandel der Schutzgebiete ist gefallen. Er stellt sich wie folgt dar: Deutsch-Ostafrika 53,4 v. H. gegen 54,82 v. H. im Jahre 1911, Kamerun 81,73 (82,10), Togo 49,69 (52,22), Deutsch-Südwestafrika 83,3 (83,40), Deutsch-Neuguinea 43,35 (49,43), Samoa 35,08 (35,23), Summa 65,79 v. H. gegen 68,01 v. H. im Jahre 1911.

Die Finanzlage war in allen Schutzgebieten günstig: In Deutsch-Südwestafrika infolge der erheblichen Steigerung der eigenen Einnahmen aus dem Diamantenabbau, in Kamerun infolge erhöhter Zolleinnahmen auf Grund der allgemeinen Prosperität des Handels und der erhöhten Rölle für Spirituosen, in Deutsch-Ostafrika infolge erhöhter Zoll- und Steuer-einnahmen, ebenso wie in Samoa und Deutsch-Neuguinea. Der erhöhte Aufschwung für letzteres Schutzgebiet wird hauptsächlich für sanitäre Einrichtungen und landwirtschaftliches Versuchswesen verwendet. Nur in Togo hat sich die Finanzlage infolge der geringeren Einnahmen aus den Verkehrsanlagen und der durch schlechte Ernteergebnisse verursachten Schwächung der Kaufkraft der Eingeborenen etwas verschlechtert.

Die Revolution in Haiti.

Die Maßnahmen der Mächte.

wb. Port-au-Prince, 28. Jan. Bewaffnete Abteilungen amerikanischer Matrosen bewachen die amerikanische Gesandtschaft, das Telegraphenamt und das französische Konsulat. Deutsche Matrosen sind vor den übrigen Befandtschaften und vor den deutschen Geschäften auf Posten gezogen. Gestern hörte man in allen Stadtteilen fortgesetzt Gewehrfeuer. Des Nachts wurden verschiedentlich Raubversuche unternommen, die jedoch unterdrückt werden konnten.

Präsident Drestes Mül.

wb. Berlin, 28. Jan. Die Nacht des Präsidenten der haitianischen Republik an Bord des deutschen Kreuzers „Wineta“ ist, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, nicht etwa als ein Akt von irgendwelcher politischer Bedeutung zu betrachten. Der Präsident befand sich in Lebensgefahr und auf der Flucht vor den siegreichen Rebellen. Er

suchte ein Asyl, das sich ihm an Bord des deutschen Kriegsschiffes bot, auf dem er für seine Gegner unerschützt war. Selbstverständlich kann sein Aufenthalt an Bord der „Wineta“ nur vorübergehend sein.

Der Führer der Aufständischen.

* New York, 29. Jan. Wie aus Kap Haiti gemeldet wird, ist der ehemalige Minister Dabilmat Theodore zum Führer der Revolutionäre ausgerufen worden. Er hat mit seinem Generalstab und 2000 gut bewaffneten Soldaten den Marsch nach der Hauptstadt angetreten.

Deutsches Reich.

* Der Abschied der griechischen Gäste von Berlin. Die Königin von Griechenland, Kronprinz Georg und Ministerpräsident Venizelos haben gestern Abend in kurzer Aufeinanderfolge Berlin verlassen. Die griechischen Gäste hatten noch kurz vor der Abreise der Vorstellung im Opernhaus beigewohnt und waren von dort aus in Begleitung des Kaisers und der Kaiserin sofort zum Bahnhof gefahren. 5 Minuten nach 11 Uhr begaben sich die Herren in den bereitstehenden Zug. Der Ministerpräsident sprach eifrig und häufig lachend mit dem griechischen Gesandten Theotokis. Nachdem er sich von allen Herren verabschiedet hatte, bestieg er seinen Salonwagen und reiste ab.

* Die Verlängerung der Deklarationspflicht in Preußen für den Wehrbeitrag über den 31. Januar hinaus wird, wie jetzt auch von zuständiger Seite mitgeteilt wird, in Preußen nicht erfolgen. Begründeten Gesuchen einzelner um Verlängerung der Frist um 8 bis 14 Tage wird jedoch von den Steuerbehörden stattgegeben werden.

* Die Erregung über den Brief des Kardinals Kopp. Das Organ der größten christlichen Gewerkschaft, der Gewerkschaft der Bergarbeiter „Der Bergknappe“, schreibt in seiner neuesten Nummer zu dem Brief des Kardinals Kopp an dem Grafen Lappenberg: „Sollte der Brief — was wir vorläufig nicht glauben — echt sein, so wird auch dadurch bei uns nichts geändert. Unser Gewerkschaftsbund hängt ja nicht vom Wohlwollen einzelner Personen ab. Er ist gegründet worden, weil die christlichen und national gesinnten Arbeiter in ihm und durch ihn ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten wollen, ohne ihre religiösen und politischen Ideale zu gefährden. Der Gewerkschaftsbund wird auch bestehen bleiben, so lange die Arbeiter das wollen. Die Arbeiter aber werden den Gewerkschaftsbund auch in Zukunft beibehalten. Daran ist kein Zweifel, insbesondere wird auch in Zukunft die Unabhängigkeit und Selbständigkeit unserer Bewegung unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Wir wissen, daß die große Mehrheit der katholischen Arbeiter in Deutschland der Katholikeneinheitswerk sehr feindselig gegenübersteht.“ — Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Siegerwald veröffentlicht folgende Erklärung: „Die christlichen Gewerkschaften haben sich nicht durch ein ganzes Gewebe von Täuschungen vor der Öffentlichkeit umhüllt. Eine Nachprüfung des Kölner Gewerkschaftsprozesses würde bestimmt ergeben, daß die christlichen Gewerkschaftsführer von dem Brief des Herrn Kardinals Kopp an Herrn Bischof Dr. Schulte und von den dadurch bekannt gewordenen neuen Tatsachen erst am 26. Januar 1914, also einen Monat nach dem Prozeß, Kenntnis erhielten. Nach den mir gewordenen Mitteilungen hatte ich auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften (26. November 1912) das Recht, von der bekannten Interpretation zu sagen, daß sie die Auffassung der Fuldaer Bischofskonferenz wiedergebe.“

* Keine frühere Aufhebung des Schenkstempels. Das Reichsfinanzamt hat die Witzschriften und Eingaben über die Aufhebung des Schenkstempels mit der Begründung abgelehnt, daß die 3 Millionen, die der Schenkstempel abwirft, zunächst nicht entbehrt werden können, da die neuen Erbschaftsteuern erst im Jahre 1916 ihre vollen Erträge abwerfen werden. Der Schenkstempel wird also erst zum 31. Dezember 1916 aufgehoben werden.

* Lindenbergs. Nun läßt auch der Oberlandesgerichtspräsident Lindenbergs in Posen durch das „Wolffsche Bureau“ erklären, daß er nicht der Verfasser der in der letzten Sonntagsnummer der „Kreuzzeitung“ abgedruckten Zuschrift über die Witzschriften gegen den Obersten v. Meuter ist. — Es wird sich wohl allmählich herausstellen, daß Herr Lindenbergs irgendein beliebiger Mensch und daher seine Zuschrift ohne jede politische Bedeutung ist.

* Eine bemerkenswerte Auslassung gegen den Preußenbund. In Potsdam hielt bei der Kaisergeburtstagsfeier der große Hofprediger Rogge eine Ansprache, die in ihrer Tendenz sich ausgesprochen gegen den Preußen-

bund wandte. Rogge erklärte, auch er habe eine Einladung zum Beitritt erhalten, sei ihr aber nicht gefolgt, freue sich sehr auch darüber, zumal dort Aufregungen gefallen seien, wie man sie nur mißbilligend bemerken könne. Er bedauere auch sehr, daß man in diesen Kreisen den 18. Januar nicht als Geburtstag des Reichs hochhalten wolle, und er forderte die Anwesenden auf, dem Bund nicht beizutreten, da er höchst überflüssig sei, weil Potsdam und Preußen selbst den richtigen Preußenbund bildeten.

* Dr. Roders Ausscheiden aus dem Vorstand des Hansabundes. Wie vom zuständigen Seite mitgeteilt wird, hat Herr Handelskammerpräsident Dr. Roders nunmehr seine Ämter im Vorstand der Provinzialabteilung und der Ortsgruppe Hannover des Hansabundes niedergelegt.

* Eine Schadenerschaft gegen Leutnant v. Forstner. Der Fabrikarbeiter König aus Jöhren hat gegen den Leutnant Forstner v. Forstner eine Klage auf Zahlung einer Schadenerschaftsumme von 2000 M. eingeleitet, da Forstner die noch nicht 16 Jahre alte Tochter Königs verführt haben soll. Die Gerichtsverhandlung findet am 17. Februar vor dem Landgericht in Jöhren statt. Gleichzeitig ist gegen Forstner ein militärgerichtliches Verfahren auf Grund von § 182 des Militärstrafgesetzbuchs eingeleitet worden.

* op. Frauen im ärztlichen Beruf. Nach einer statistischen Zusammenstellung im Reichsmedizinischen Kalender für Deutschland gab es am 1. November 1913 in Deutschland 195 Ärztinnen. Die größte Zahl praktiziert in Berlin: 50. Dann folgt München mit 18, Breslau mit 10, Hamburg mit 9, Stuttgart mit 4, Leipzig mit 3, Hannover mit 3 usw. In Tübingen ist eine Witzstiftung an der Frauenklinik der approbierten Ärztin Fräulein Dr. Halder und in Stuttgart die Stelle einer Schulärztin der prakt. Ärztin Fräulein Lucas übertragen worden. Die Zahl der weiblichen Medizinstudierenden beträgt in Deutschland zurzeit 773.

* Eine Übersicht der Entschuldigungen der Staatsregierung auf die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ist diesem Morgen zugegangen. Danach soll die Beteiligung der Frauen auf dem Gebiete der Schulpflege, wo sie sehr Ersprießliches wirken können, dem Wunsche des Landtages gemäß nach Möglichkeit gefördert werden. Die näheren Umstände sollen in den Verhandlungen im Reichstag des Innern besprochen werden, zu welchen die Hinzuziehung von Vertretern der preussischen Interessengruppen beabsichtigt ist. — Von der Bereitstellung weiterer Mittel für Ortszulagen an die Volksschullehrer hat Abstand genommen werden müssen. Auch im Hinblick auf die zwischen den Ressorts schwebenden Verhandlungen über einen Kommunal-Bausteuerausschlag.

* Ein wiederholter Aufruf für die Ostseefischweimten. Das ständige Hochwasser Komitee teilt mit: Aus vielen Gegenden des Stettiner Hafens treffen Gesuche um Hilfe ein; z. B. sind arme Fischerfamilien in dem Dorfe Altwarp von der Flut schwer betroffen worden. Die Kartoffeln sind aus den Wäldern gepflückt worden, die anderen erstorben und sind unbrauchbar. Im Frühjahr müssen Kartoffeln gekauft werden. Die Wiesen und Gärten sind von der Brandung ausgepflügt, Obstbäume entwurzelt und Scheunen fortgerissen worden. Es bedarf vieler Arbeit und vor allen Dingen großer Summen, um die Not der armen Fischer zu lindern. Weitere Gaben sind dringend erwünscht, die Bittstellen und das Bureau des Komitees in Berlin, Alsenstraße 10, nehmen sie entgegen.

* Errichtung eines zweiten Krematoriums in Berlin. Das Kuratorium für Feuerbestattungsweisen beschloß, für den Bau eines zweiten Krematoriums in Berlin ein Grundstück an der Dieselmeierstraße in Aussicht zu nehmen.

Parlamentarisches.

In der Budgetsitzung der zweiten elsass-lothringischen Kammer, bei der Staatssekretär Zorn v. Bulach die (bereits in der Morgenausgabe mitgeteilte) Erklärung, betr. die angebotene Demission der gesamten Regierung, abgegeben hatte, wurden der „Straßburger Post“ zufolge beim Etat des Statthalters gemäß dem vorjährigen Beschluß auf 100 000 M. (Erlaß 200 000 M.) festgesetzt. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Dispositionsfonds zu streichen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso beim Etat der Finanzverwaltung der analoge Antrag auf Streichung des kaiserlichen Gnadenfonds. Nur zwei Zentrumsvorsteher stimmten für die Streichung mit.

Keine Ausdehnung der Freifahrrarten der Reichstagsabgeordneten. Freie Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen für die Mitglieder des Reichstags, nicht nur während der

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Königl. Schauspieler. Das königliche Theater hat sich auf die Waisensuche begeben! Anfang des Monats gastierte Fräulein Helga Neimers aus Elberfeld auf Engagement in Goethes Spieltheater „Die Geschwister“, gestern Fräulein Delma Bessing aus Wien in demselben Spieltheater als Marianne. Fräulein Neimers verfügte über bemerkenswerte Routine. Allerdings hatte man das Empfinden: mehr wird die Künstlerin mit der Zeit nicht zu geben haben. Fräulein Bessing ermangelt noch jeder Routine, sie ist eine ganz junge Anfängerin, aber sie hat einen Ton, der manches Schöne erhoffen läßt. Sie weiß jedoch nichts aus sich zu machen, weder innerlich noch äußerlich. Das reizende Gesichtchen verhielt sich zwischen unförmig großen Puffenärmeln, die ganze zarte Kindergestalt steckte in einem Kleid, das für eine viel größere Figur gemacht ist. Dazu kam ihre Anglichkeit, eine schlechte Haltung und ein starker Wiener Dialekt. Die ganze Leistung mutete schablonenhaft an, eingeübt in der Theaterschule. Dann aber doch wieder Augenblicke, wo das Spiel natürliches Empfinden verricht, wo der Dialog ungezwungen dahinfloß, und eben jener warme Ton, der die Hoffnung erweckt, daß die jugendliche Anfängerin, wenn sie noch fleißig lernt, eines Tages das Fach der Rollen an unserem Theater voll und ganz ausfüllen kann. Der junge Gast durfte sich seitens des zahlreichen Publikums sehr beifälliger Aufnahme erfreuen. Einen starken Erfolg errang Fräulein Sommer als Skatzen in der darauffolgenden einaktigen Oper „Cavalleria rusticana“, und in einem hübschen Erfolg konnten sich Herr Häfner und Fräulein Kochanowska teilen durch die Ausführung der Wägenphantasie „Der vergaunerte Prinz“, die den Schluß des Abends bildete.

B. v. N.

* Das Sterbhaus Racines. In welchem Haus der alten Rue des Marais, der heutigen Rue Visconti in Paris, hat

Racine seine letzten Jahre verbracht, ist er gestorben? Diese Frage, die seit langem die Verehrer des großen französischen Klassikers beschäftigt und zu mannigfachen Vermutungen Anlaß gegeben hat, wird nun in einem Aufsatz des „Journal des Débats“ von André Hallays endgültig gelöst. Racine schloß seine Augen für immer in einem Hause, das im 17. Jahrhundert neben der heutigen Nummer 24 der Rue Visconti lag. Das Sterbhaus des Dichters ist abgerissen worden, und an seiner Stelle liegt heute ein Hof mit einigen Stallungen, die an der Strakenede der Rue Visconti und Rue Bonaparte liegen und sich nach der Nummer 19 der letzteren Straße hinüberziehen. Sehr wahrscheinlich aber ist unter diesen kleinen Gebäuden noch eines erhalten, das schon zur Zeit des Dichters stand und als Wagenschuppen von ihm benutzt wurde. Es gelang Hallays, das Haus, über dessen Lage in der Rue des Marais man sich lange gestritten hat, dadurch einwandfrei festzustellen, daß er aus dem nach dem Tode Racines aufgenommenen Inventar den Namen des Hauseigentümers feststellte und dieser Spur nachging. Der Dichter hatte sein Haus von dem ersten Chirurgen des Königs Georges Marechal de Vibre gemietet, der auch ein guter Freund und der Arzt Racines war. Eine genaue Erkennung der Geschichte des Hauses und der späteren Eigentümer sowie seine Identifizierung mit einem in der Bibliothek der Stadt Paris erhaltenen Plan des Gebäudes ließ keinen Zweifel an der Richtigkeit mehr übrig; die Stadt Paris wird nun an der Stelle, wo das Sterbhaus Racines gestanden hat, eine Inschrift anbringen lassen, die auf diese denkwürdige Tatsache hinweist.

* Erfolge der Radiumbehandlung in England. Außerordentliche Erfolge der Krebsbehandlung durch Radium konstatiert ein englischer Arzt Dr. Lazarus Barlow in der „Times“. Barlow, der Direktor des Widdowes-Institutes für Krebsforschung in, stellt fest, daß von 88 nicht mehr operierbaren Krebsfällen, die vom Juni bis zum September voriger Jahres seiner Behandlung übergeben wurden, 32 in einem sehr gebesserten Zustande aus dem Hospital entlassen wurden.

„Der beste Beweis für den Erfolg der Behandlung“, erklärte der Arzt, „ist die Tatsache, daß während der gleichen Zeit im Jahre 1912 alle nicht mehr operierbaren Fälle zum Tode führten. In derselben Periode von 1913 gewann fast die Hälfte der Patienten nach der Behandlung einen so günstigen Gesundheitszustand wieder, daß sie aus dem Hospital entlassen werden konnten. Viele dieser Patienten gehen heute ihrem Tagewerk wieder nach.“ Die viel besseren Resultate, die seit dem Juni 1913 erzielt wurden, führt Barlow auf die größeren Mengen von Radium zurück, die bei der Behandlung jedes Kranken verwendet werden konnten. „Um gute Erfolge zu erzielen, muß eine viel größere Menge Radium verwendet werden, als man früher für notwendig hielt. Nur durch den größeren Vorrat, den wir besaßen, konnten die günstigen Fortschritte in der Heilung bewirkt werden.“ In welcher Zeitpaune es allerdings gelingt wird, Krebskranken durch Radium völlig zu heilen, darüber konnte der Arzt keine endgültigen Angaben machen. „Wir haben das Radium“, meinte er, „nach unserer gegenwärtigen Methode erst 8 Monate lang angewendet. Es wird noch lange Zeit vergehen, bevor wir so weit sind, daß wir wirklich das Wort „Heilung“ auch bei den günstigsten oder von uns behandelten Fällen mit Recht werden aussprechen können.“

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Der Stadtrat in Wien beschloß, dem Komitee zur Errichtung eines Bessing-Denkmal als den Platz in den Gartenanlagen an der Ringstraße zu überlassen. Die Mittel für das Denkmal, dessen Errichtung von dem Journalistenverein „Concordia“ ausgeht, werden durch eine Sammlung aufgebracht. Das Denkmal wird von Professor Meißner (Berlin) in doppelter Lebensgröße ausgeführt werden.

Wissende Kunst und Musik. Eugen d'Aleberi ist zum Präsidenten des Wiener Tonkünstlervereins gewählt worden.

Dauer des Sitzungsabschnitts, sondern während des ganzen Gesetzgebungsabschnitts verlangte, wie wir seinerzeit meldeten, ein nationalliberaler Antrag im Reichstag. Im Bundesrat besteht jedoch nach Erkundigungen bei unterrichteten Stellen keine Neigung, einer derartigen Ausdehnung der Freifahrtkarten zuzustimmen.

Heer und Flotte.

Die Waffenbrüderschaft zwischen Bayern und Preußen. Am Geburtstag des Kaisers wechselten die bayerisch-preussischen Grenzgarnisonen in Aschaffenburg und Hanau von kameradschaftlichem Geiste durchwühlte Begrüßungsgramme. In den Telegrammen wurde unter Hinweis auf die alte Waffenbrüderschaft gemeinsame Treue zu Kaiser und Reich gelobt.

* Keine Ausschreitungen der „Gansa“-Matrosen. Kürzlich brachten Zeitungen die (von uns gleich in Zweifel gezogene) Nachricht, Matrosen des vor Schluß liegenden deutschen Kreuzers „Gansa“ hätten in betrunkenem Zustand grobe Ausschreitungen begangen. Wie amtlich festgestellt worden ist, ist dies in jeder Hinsicht unzutreffend. Offenbar liegt eine Verwechslung mit Matrosen eines Handelsdampfers vor.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Annahme der ungarischen Wehrvorlage. Budapest, 29. Jan. Die ungarische Wehrvorlage ist gestern im Abgeordnetenhaus angenommen worden. Danach wird das Rekrutenkontingent der österreichisch-ungarischen Armee um 31 300 Mann erhöht. Das gesamte Rekrutenkontingent in Ungarn wird nach dem Gesetz 108 894 Mann betragen.

Schweiz.

Eine Studienreise einer Militärmission nach Deutschland. Zürich, 28. Jan. Eine schweizerische Militärmission, bestehend aus den Obersten Audeoud, Müller und Wattenwyl sowie dem Major Hüfner, die mit den Studien zum Ankauf von Militärflugzeugen betraut wurde, begab sich nach Deutschland. Sie wird sich zehn Tage in Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig und München aufhalten. Der Kommissionschef ist der Flieger Oskar Wiler als Sachverständiger beigegeben worden.

Frankreich.

Eine wichtige Marokkovorlage in der Kammer angenommen. Paris, 29. Jan. Die Kammer erörterte die Vorlage, welche die Regierung des Protektorates über Marokko ermächtigt, eine Anleihe von 170 Millionen zur Ausführung öffentlicher Arbeiten und zur Tilgung der Schulden des Reiches aufzunehmen. Der Berichterstatter Long, der auf die verschiedenen Einwendungen antwortete, erklärte, daß die Vorlage 500 000 Franken für Eisenbahnstudien vorsieht. Der Bau dieser Eisenbahnen soll im wirtschaftlichen Programm inbegriffen sein. Long wies die Verächtlichkeit für die Wahl Casablanca als Hafen nach und gab für die dortigen Hafenarbeiten Gründe wirtschaftlicher und militärischer Natur an. Der Berichterstatter fügte hinzu, daß das Protektorat Vorstöße gewähre, die es durch eine Lage auf den Zonnengehalt der Schiffe decken werde. Doumergue führte aus, daß 30 Millionen der Anleihe zur Tilgung früherer Schulden dienen sollen und 140 Millionen für die kommenden Ausgaben. Der Ministerpräsident erklärte, daß das Parlament demnächst sich über eine Vorlage zum Bau einer Eisenbahn von Tanger nach Agadir aussprechen solle, die das erste Stück der marokkanischen Eisenbahn bildet. Zum Schluß hat Doumergue die Kammer, für die Gesetzesvorlage zu stimmen, welche die wirtschaftliche Größe Marokkos und Frankreichs mächtig unterstützen werde. (Beifall.) Die Vorlage wurde hierauf durch Handaufheben einstimmig angenommen.

Typhus in der Garnison Lunéville. Paris, 29. Jan. Nach einer Meldung aus Lunéville hat der Kommandeur des 20. Armeekorps, General Koch, gegen die Verwundung der städtischen Wasserwerkleitung Strafanzeige erstattet, weil die Wasserproben mittels Lauge in betrügerischer Weise gefälscht worden seien, während in dem zum Verbrauch bestimmten Wasser die Krankheitserreger nicht zerstört worden seien. In der Garnison Lunéville seien in den letzten Tagen ungewöhnlich viele Typhusfälle vorgekommen.

England.

Der Kohlentransportarbeiterstreik beendet. London, 28. Jan. Der Streik der Kohlentransportarbeiter ist nahezu beendet. Eine große Zahl von Arbeitern hat die Arbeit wieder aufgenommen und fortgesetzt. Mehrere Arbeiter zur Arbeit zurück.

Rußland.

Sum Romanow-Jubiläum. Petersburg, 28. Jan. Die zur Erinnerung an das Romanow-Jubiläum erbaute Kathedrale wurde heute in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Kronprinzen sowie der Großfürsten und Großfürstinnen eingeweiht.

Bulgarien.

Eine Note über griechische Grenzverletzungen im Balkankrieg. A. B. Sofia, 28. Jan. Die Regierung übermittelte den Gesandtschaften der Großmächte eine Note, in welcher ausführlich zahlreiche Grenzverletzungen geschildert werden, welche während des Krieges von den regulären griechischen Truppen begangen worden sind und gegen die wiederholte Verletzung der Genfer Konvention von 1906, betreffend die Verbesserung des Loses der Kranken und Verwundeten im Felde und die Regelung der Kriegsgesetze und Gebräuche zu Lande, protestiert wird.

Nordamerika.

Aus dem Plattenkomitee des Repräsentantenhauses. Washington, 28. Jan. In der heutigen Sitzung des Plattenkomitees des Repräsentantenhauses betonte Konteradmiral Breeland die Notwendigkeit des Baues von vier Schlachtschiffen anstatt der zwei vom Sekretär des Marineamts vorgeschlagenen, und empfahl gleichfalls den Bau von 16 Torpedobootzerstörern anstatt acht.

Zur Lage in Mexiko. Juarez, 28. Jan. General Villa ist hier eingetroffen, um mit den Güiten- und Bergwerksbesitzern im Gebiet der Aufständischen über die Wiederaufnahme ihrer Geschäfte zu unterhandeln. Der General will dann nach Chihuahua zurückkehren und von dort aus Korrespondenzen ansetzen.

Luftfahrt.

Bedrines in Kairo. Kairo, 28. Jan. Der bekannte Aviastiker Bedrines hat gestern Abend vor dem Abheben einen Vortrag gehalten. Ca. 100 andere ägyptische Wärterträger hatten sich noch eingefunden. Auffallend war, daß das europäische Element fast vollkommen fehlte und daß Bedrines nicht, wie es sonst üblich war, durch den französischen Konsul vorgeführt wurde.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Der städtische Haushalt im Jahre 1914.

Im Haushaltsplan der Stadt für das kommende Rechnungsjahr sind als Einnahmen aus dem Betrieb der städtischen Straßenbahnen vorgesehen: 225 000 M. bei der Dohheimer und 108 000 M. bei der Vierstädter Linie. Die wirkliche Einnahme der Dohheimer Linie betrug im Jahre 1912 rund 211 854 M., die Voranschlags-Einnahme des laufenden Jahres steht 215 000 M. Einnahme aus dieser Linie vor. Als Ausgaben sind bei derselben Linie in den Haushaltsplan für das kommende Jahr 218 500 M. eingelegt, so daß also mit einem Überschuß von rund 9000 M. zu rechnen wäre. Im laufenden Jahre ist der zu erwartende Überschuß mit 3800 M. angenommen, im Jahre 1912 betrug der wirkliche Überschuß rund 17 000 M. Es scheint, als wäre das mutmaßlich ungünstigere Ergebnis des kommenden Jahres durch die Steigerung der Betriebsausgaben veranlaßt, die mit einem Mehr von 24 000 M. gegenüber den wirklichen Betriebsausgaben des Jahres 1912 in den Etat eingelegt sind. Im kommenden Rechnungsjahr erfordern die an die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft gelangenden Abgaben für 410 000 Wagenkilometer 69 700 M., während 445 000 Wagenkilometer des Jahres 1912 nur 58 000 M. bei einem um 1,5 Pf. billigeren Strompreis betragen haben. Die Wagenunterhaltung, die pro Wagenkilometer um 1,5 Pf. teurer geworden ist, erfordert ein Mehr von 2550 M. Bei der Vierstädter Linie betrug die wirkliche Einnahme im Jahre 1912 rund 96 501 M., die Einnahme des Voranschlags beträgt dagegen 108 000 M. Ausgegeben wurden im Jahre 1912 bei dieser Linie 107 550 M., während die mutmaßlichen Ausgaben im kommenden Rechnungsjahr 125 400 M. betragen. Die Vierstädter Linie arbeitete demnach im Jahre 1912 mit einem Defizit von 10 000 M. und wird nach dem Voranschlag im kommenden Rechnungsjahr mit einem Defizit von etwa 17 000 M. arbeiten. Die Höhe des Gewinns belief sich für beide Linien zusammen im Jahre 1912 auf 8120 M., im Jahre 1914 wird dagegen nach der Annahme des Etats für beide Linien ein Defizit von 8400 M. entstehen. Die zwei städtischen Straßenbahnen sind also zurzeit nichts weniger als ein gutes Geschäft; sie werden voraussichtlich auch so lange gar nicht oder nur schlecht rentieren, so lange die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft die übrigen Linien der städtischen Straßenbahn und damit die Stadt selbst in der Hand hat. Nun ergibt die Stadt allerdings aus den Wiesbadener Straßenbahnen noch 2600 M. andere Einnahmen, und zwar eine besondere Abgabe der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft für die Wassermülllinie von 2200 M. und 400 M. als Gewinnbeteiligung bei der, wie wir wissen, durchaus nicht rentablen Nerobergbahn. Diesen „anderen Einnahmen“ stehen indessen 8000 M. Gewinnbeteiligung der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft an den beiden städtischen Linien gegenüber, so daß auch sie nicht zur Verringerung des Endergebnisses beitragen.

— Evangelisationsversammlungen in der Marktkirche. Der Evangelist A. Binde veranstaltet auch in diesem Jahre eine Reihe von Vorträgen, in denen er wiederum die Laubbild und Gleichgültigkeit des Volkes in religiösen Dingen malk. Der erste Vortrag dieser Art fand gestern Abend in der Marktkirche unter dem bezeichnenden Titel „Eine grauenhafte Unwissenheit“ statt. Bemerkenswert war zunächst die große Zahl der Erschienenen; die Kirche schien bis auf den letzten Platz besetzt und gab damit den Beweis, daß im Publikum ein Erweckungs- und Aufzuchtungsbedürfnis vorhanden ist, ein Bestreben nach Selbsterkenntnis und Lebenswahrheit. Herr Binde verbreitete sich zunächst über die Wissenschaft in weltlichen Dingen. Nichts sei weniger beliebt als Unwissenheit. Und doch seien wir alle unwissend. Wir wissen nichts von uns, nichts von den anderen, nichts von Gott und dem Erlöser. Wir tun einander so viel weh, weil wir einander so wenig kennen. Das Suchen nach Selbsterkenntnis beginne an der verkehrten Stelle. Die Unwissenheit bleibe der Fluch des Unglaubens. Aus dieser Unwissenheit herauszukommen, empfahl der Redner das Lesen in der Bibel, die der Weisheit lehrer Schluß sei. Die Menschen mühten sich bemühen, Gott in der Bibel kennen zu lernen, dann würden sie auch ihren Glauben an die Menschheit und an das Gute im Menschen wiedergewinnen. Die fast zweistündigen Ausführungen, die durch drastische Beispiele erläutert waren, wurden von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

— Landesbankneubau. Zu der Errichtung eines Neubaus für die Nassauische Landesbank und Nassauische Sparkasse, in dem auch die kürzlich errichtete Nassauische Lebensversicherungsgesellschaft untergebracht werden soll, auf dem Grundstück Rheinstr. 44 unter teilweiser Veranziehung des Grundstücks Rheinstr. 42, hatte bekanntlich der Landesbankrat seine Zustimmung gegeben und das Preisgericht für das zu errichtende Preisanschreiben bestimmt. Das Preisgericht wird nunmehr am 2. Februar im Landeshaus zusammenzutreten und über die inzwischen eingegangenen 61 Entwürfe richten.

— Arbeitsvermittlung und Landesausfuhr. Der Landesausfuhr beschloß, an die „Städtische Arbeitsvermittlung“ in Frankfurt a. M. für das Jahr 1912 2500 M., an das hiesige „Arbeitsamt“ für das erste Vierteljahr 1913 400 M., an den „Arbeitsdienst“ zu Limburg a. L. für die gleiche Zeit 200 M. auszugeben aus der Staatsbeihilfe, und schließlich die Kosten der Wanderarbeitsstätte Limburg für die Zeit vom 1. Januar 1913 bis 31. März 1913 in der vollen Höhe von 3017 M. 55 Pf. auf den Etat des Bezirksverbands zu übernehmen.

— Warnung. In deutschen Zeitungen ist in den letzten Monaten mehrfach ein Inserat eines holländischen Agenten M. Bruner erschienen, wonach für deutsche, englische und holländische Formen, Blantagen und Kalkorien in Afrika, Südamerika, Südsee usw. junge, gesunde, militärische Leute als Farmenbesitzer und Aufseher zur Beschäftigung eingeborener Arbeiter gesucht wurden. Von unter-

richteter Seite werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß ein solches Inserat nur von einem Schwindelagenten her rühren kann, da es niemals vorkommt, daß Wirtschaftsbeamte für Pflanzungs- und Farmbetriebe in überseeischen Ländern durch Vermittlung von gewerkschaftlichen Agenten gesucht werden. Es empfiehlt sich daher für Stellungsuchende, an den oben genannten Agenten keine Zahlung irgendwelcher Art zu leisten, sondern, wie schon oft geraten, sich zunächst mit der Zentralauskunftsstelle für Auswanderer in Berlin in Verbindung zu setzen.

— Kleine Notizen. Die K. K. Hofopern- und Kammerfängerin Hedwig Francillo-Kaufmann, die morgen Abend ein Konzert gibt, ist hier eingetroffen und wohnt im „Hotel Hohenzollern“. — Die im Jahre 1892, 1893, 1894 und früher geborenen Militärpflichtigen haben sich, soweit dies nicht bereits geschehen, nunmehr unbedingt auf Zimmer Nr. 3 des Rathauses anzumelden.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Königl. Schauspiel. Infolge Erkrankung des Fr. Schmidt hat in der heutigen Vorstellung „Die Jünger“ Fr. Fritz die Partie der „Samina“ und Fr. Engländer die Partie der „I. Dame“ übernommen. An Stelle der erkrankten Frau Schröder-Kammler singt die Kammerfängerin Fr. Betty Koller vom Großherzoglichen Hof- und Nationaltheater in Mannheim die „III. Dame“. Infolge Erkrankung der Frau Bachmann gelangt morgen statt „Der Schwur der Treue“ „Eduard Schwanke“ zur Aufführung. Die gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit (Abonnement B.).

* Residenz-Theater. Auf die morgen Freitag stattfindende erstmalige Aufführung der Operette „Grigori“ von Paul Linde durch das Operettensinfonien des Danauer Stadttheaters, unter Leitung des Direktors Steffler, wird hiermit nochmals aufmerksam gemacht. In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen Lauerer (Grigori), Weißbach (Dionne) und Wald (Mad. Brocard) sowie die Herren Dietel (Kastan), Wanzsch (König Magdeline), Wenzers (Bantouille) und Dornold (Robre). — Sonntag um 11½ Uhr veranstaltet die Opernschule des Städtischen Konservatoriums im Residenz-Theater ihre erste größere Aufführung in Form einer Motette. Zur heiligen Parabel gelangen: „Hidello“, 1. Akt bis zum Finale, 4. Akt „Toubaou“ und die Offenbach'sche Operette „Die Verlobung bei der Katerine“.

* Kurhaus. 6 Künstler befreiten den bunten Faschingsabend am Samstag, und zwar die Herren: Fritz Schlotbauer vom Stadttheater in Mainz (Humorist), Joseph Garei vom Cpe.haus in Frankfurt a. M. (Sänger zur Laute), Alois Großmann vom Frankfurter Neuen Theater (Humoristischer Vortrag), Ernst Kallen (Ebenförmiger am Flügel); die Damen: Wabeleine Wille (Ebenförmige), Frau Bach-Garais (Vortragssängerin), sowie ein Tanzduett: Day and Night, am Flügel: Albert Michel.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we. Schierstein, 29. Jan. Wie wir zuverlässig hören, ist auch hier das Gemeindefest mit den feierlichen Zuschlägen zu den Staatssteuern nicht mehr zu balancieren und es ist bei uns eine Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer um zehn Prozent mit Bestimmtheit zu erwarten. — Der Beigeordnete Lang ist dieser Tage beim Vortreten seines Hofes ausgeglitten, so daß gekommen und hat dabei einen Fußbruch davongetragen.

z. Hirschfeld, 28. Jan. In der letzten Sitzung des Gemeinderats wurde einstimmig beschlossen, den Vertrag mit dem do. liegenden Entwurf vom 1. April 1914 ab der Gemeindevorstellung zur Genehmigung in Vorlage zu bringen. Dieser neuer Vertrag verurteilt gegenüber dem alten seine nennenswerten Nebenausgaben. — Mehrere Anwohner der Donngasse haben Anträge gestellt um Anschluß an das Gasnetz. Da die vertraglich nötige Zahl der Abnehmer nicht vorhanden ist, fordert die Stadt Wiesbaden eine einmalige Extrabehaltung, welche die Interessenten zu zahlen geneigt sind. Der Gemeindevorstand beschloß, der Gemeindevorstellung die Verwirklichung der hierzu erforderlichen Mittel in Vorlage zu bringen. — Am Sonntag, den 1. Februar, hält die Nassauische Eisenbahngesellschaft „Kampern“ ihre einmalige Gala-Darstellung im Saal zum „Heller“ ab. — Sonntag, den 8. Februar, folgt alsdann die Gesellschaft „Nassauische“ mit ihrer Gala-Sitzung.

ht. Wier, 28. Jan. Der Pfarrhausneubau dürfte vorläufig als gescheitert angesehen werden, da zwischen dem Kirchenvorstand und der kirchlichen Behörde erhebliche Meinungsverschiedenheiten entstanden sind.

Nassauische Nachrichten.

— Schlagenbed. 28. Jan. Die Bürgerstadt unseres Badeortes vereinte sich anlässlich des Geburtstages des Kaisers zu einem Festmahl im Kolbs Restaurant „Mein-gauer Hof“. Bürgermeister Hölzel feierte den Ehrentag im warmen, freundlichen, markigen Worten, welche in ein heiteres Gerede ausklangen. Rasch ließen die Festteilnehmer in frohlicher Stimmung beisammen.

in Ehrich (Mein-gau), 28. Jan. In dem Wohnhause des Herrn Koch entzündete hier auf noch nicht bekannte Ursache ein Schornsteinfeuer. Dieses griff, trotzdem die Feuerweh sofort zur Stelle war, schnell um sich. Das Haus sowie die angrenzenden Ställe waren in kurzer Zeit eingeebnet. Der entstandene Schaden ist recht bedeutend.

FC. Nassau, 28. Jan. Im neuen Niederhadamas stürzte der 28 Jahre alte Landwirt Müller vom Scheunengerüst herab in die Tiefe, daß er schwere Verletzungen am Kopf erlitt und kurz darauf verschied.

Aus der Umgebung.

w. Marburg, 29. Jan. Der Professor der Botanik Dieß hat einen Ruf als Nachfolger des Professors Urban nach Berlin angenommen.

Neues aus aller Welt.

Große Unterschlagnungen bei einer Güterabfertigungsstelle. Romansborn, 28. Jan. Großen Ungeheimlichkeiten ist man auf der hiesigen Güterabfertigungsstelle auf die Spur gekommen. Der in Betracht kommende Maschinenbau ist vorläufig vom Dienste suspendiert worden. Es soll sich um eine sehr große Summe handeln.

Ein Schiffsausbruch auf dem Bodensee. Konstanz, 28. Jan. Gestern Abend stieß das Tragelboot „Königs-Bregenz“ mit den bayerischen Tragelbooten Lindau-Romansborn auf der Höhe von Schönen zusammen. Die bayerischen Tragelboote rannten in das Heck des österreichischen Tragelbootes „Königs“, das erheblich beschädigt wurde, doch schwimmfähig blieb. Nach 1½stündigem Aufenthalt konnten die Robrien nach Romansborn und Bregenz fortgesetzt werden.

Eine Hamburger Bark überfällt. Hamburg, 29. Jan. Die Hamburger Bark „Seestern“ ist seit etwa 15 Tagen überfallen. In Hamburgiger Schiffahrtkreise glaubt man jetzt, daß das Schiff im Stillen Ozean mit Mann und Maus untergegangen ist. Die Bark befand sich auf der Fahrt von Neu-Süd-Wales nach Chile. An Bord befanden sich zweiundzwanzig Matrosen.

Ein Dreimaster untergegangen. Alenaburg, 29. Jan. Auf der Reise von Bornholm nach Hamburg ist der Dreimaster „Vomward“ untergegangen. Die Besatzung von drei Mann ist ertrunken.

Verhaftung dreier deutscher Falschspieler in Nizza. Nizza, 29. Jan. Die Polizei verhaftete hier gestern drei Deutsche, und zwar einen Johann Lein, genannt der rote Hans, Anton Pfeiffer und einen gewissen Anselmer. Sie waren des Betrugs im Spiel überführt worden.

Ein Explosionsunfall. Nizza, 29. Jan. Bei den äußerst schwierigen Eisenbahnarbeiten der Bahn von Nizza

nach Coni hat sich abermals ein schwerer Unfall ereignet. Beim Durchbruch des Brautunnels explodierte eine Dynamitpatrone zu früh. Drei Arbeiter wurden in Stücke zerschlagen, zwei andere schwer verletzt. Die über 200 Meter weit geführten Röhren sind verfallen und mehrere Personen.

Brand in einem Wiener Theater. Wien, 29. Jan. Heute Abend vor Beginn der Vorstellung des Hofoperntheaters geriet der Fußboden des Hofers vermutlich durch Überhitzung in Brand. Der Feuerwehrgelang es nach kurzer Zeit, das Feuer zu unterdrücken. Mit Rücksicht darauf, daß der Fußboden ausgefallen werden mußte und der Zuschauerraum von Rauch durchzogen war, ist die Vorstellung abgelaßt worden.

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Genoa, 28. Jan. Heute nachmittag ist die zwischen Masone und Mele gelegene Pulverfabrik Azzati in die Luft geflogen. Die Detonation wurde weitläufig gehört. Aus Voltri, wo die Bevölkerung in große Unruhe geriet, begaben sich die Behörden und Einwohner an den Unfallsort, um Hilfe zu bringen. Die Meldungen sprechen von fünf Toten und mehreren Verletzten. Einzelheiten fehlen.

Rebel im Kanal. Calais, 29. Jan. An Stelle des bisher herrschenden Frieses ist ein ungewöhnlich harter Rebel getreten, der die Schifffahrt im Kanal außerordentlich erschwert. Die Dampfer müssen Stundenlang auf einer Stelle liegen, da man Zusammenstöße befürchtet. Die kleinen Dampfer, die den Verkehr vor Calais nach Dover besorgen, vermeiden für diese Straße das Doppelte und Dreifache der gewöhnlichen Zeit.

Ein Fußboden mit 50 Personen eingestürzt. Vissalon, 28. Jan. In Vismorta im Kreise Ober in einem Saale in dem Augenblick, als man einen Gang fortsetzen wollte, der Fußboden ein. Dabei stürzten etwa 50 Personen, größtenteils Frauen und Kinder, in das darunter befindliche Stadtwerk. Der Gang und die Personen wurden mit großer Mühe geborgen. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verletzt.

Die schwarzen Blätter. Belgrad, 28. Jan. Infolge epidemischer Ausbreitung der schwarzen Blätter in Belgrad hat der Minister des Innern die Impfung der gesamten Stadtbewohner angeordnet. Bisher sind 90 Personen erkrankt, von denen 30 gestorben sind.

Eine neue Insel. Tokio, 28. Jan. Vulkanische Ausbrüche bildeten in einer Entfernung von 8 Kilometern von den Bonin-Inseln eine neue Insel.

Sum Unfall der Jacht Sanberbilla. New York, 28. Jan. Wie aus Panama gemeldet wird, ist der Dampfer „Rutera“, der an der kolumbianischen Küste aufgelaufenen Jacht des Millionärs Sanberbilla zur Hilfe gekommen. Er hat sämtliche Passagiere an Land gebracht. Die Passagiere, unter ihnen der Herzog und die Herzogin von Manchester, werden auf dem „Almirante“ nach New York zurückgebracht werden. Die Mannschaft der Jacht ist an Bord verblieben. Man hofft, sie retten zu können.

Letzte Drahtberichte.

Zu dem Rücktritt der elsass-lothringischen Regierung.

△ Straßburg, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die gestrige Erklärung des Staatssekretärs Jörn von Dulaich wird allgemein so aufgefaßt, daß das Gesamtministerium und der Statthalter ihre Demission bereits eingereicht haben. Diese Nachricht kommt im Augenblick überraschend, da man die Demission der Regierung nach dem Dementi, das sie noch vor wenigen Tagen erlassen, erst für Frühjahr oder sogar erst für Sommer erwartet hatte. Sowohl im Reichstag, wie in Straßburg, wie auch in Berlin dem Kaiser und dem Reichsfürst gegenüber hatte man kein Hehl daraus gemacht, daß die Erledigung der Zaberner-Affäre nicht den Ansprüchen der elsass-lothringischen Regierung entsprechend zum Austrag gebracht wurde. Bei der letzten Konferenz, die in Berlin stattfand, wurde die Form des Rücktritts festgelegt. Staatssekretär Jörn v. Dulaich glaubte noch längere Zeit im Amte bleiben zu können und des Vertrauens des Kaisers sicher zu sein. Er wird jedoch bereits in den ersten Tagen des Februars auf sein Schloss Othausen im Unterelsaß übersiedeln, während Graf Wedel ein Haus in Berlin gekauft hat und seinen künftigen Wohnsitz in Berlin und auf seinen Gütern in Schweden nehmen wird. Man nimmt an, daß außer dem Staatssekretär und dem Unterstaatssekretär auch der Präsident des Obertribunals Dr. Albrecht wie der Präsident der Wasserbauverwaltung Dr. v. Traut aus ihren Ämtern scheiden. Als Aushelfer für den Posten des Präsidenten des Obertribunals gilt u. a. Professor Martin Spahn. Aber Voraussicht nach wird der Unterstaatssekretär Wandel nach seiner Demission Kurator der Universität Straßburg werden.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) An hiesiger amtlicher Stelle wird uns bestätigt, daß die Entlassungsgesuche des Statthalters von Elsaß-Lothringen, des Staatssekretärs und der Unterstaatssekretäre bereits in Berlin vorliegen. Die Entscheidung des Kaisers sei indessen bis zur Stunde noch nicht erfolgt.

Die Frage der Nachfolgerschaft.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Als Nachfolger des Statthalters Grafen v. Wedel nennen die heutigen Morgenblätter wieder alle Namen, die man schon seit Wochen hörte: Den kommandierenden General Solmingen gen. v. Huene in Karlsruhe, den Fürsten Bülow und den Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer. Uns selbst wurde gestern Abend in parlamentarischen Kreisen als aussichtsreichster Kandidat der Oberpräsident der Rheinprovinz und frühere preussische Finanzminister Freiherr v. Heineken genannt. Andere Kreise meinen allerdings, der künftige Statthalter werde und müsse unbedingt ein General sein.

Die Stimmung in Straßburg.

△ Straßburg, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Hier steht man, wie dem „Berliner Tageblatt“ aus Straßburg telegraphiert wird, den Grafen v. Wedel nur ungern aus seinem Amte scheidend. In den Jahren, die er in Elsaß-Lothringen verbrachte, hat er es verstanden, sich das Vertrauen der gesamten Bevölkerung zu erwerben. Er war der erste Statthalter, der auch mit Vertrauen zu der Bevölkerung in das Land kam und allgemein ist der Eindruck der, daß Graf v. Wedel der beste Statthalter gewesen ist, den man in den 40 Jahren in Elsaß-Lothringen hatte. Mit weniger Schmerz sieht man den Staatssekretär Jörn v. Dulaich und den Unterstaatssekretär Wandel scheiden, die man beide für die bisherige wankelmütige Politik, mit der man in den letzten Jahren Elsaß-

Lothringen zu regieren versucht hat, verantwortlich hält. Wandel, der wohl der bestgehaltene Mann in Elsaß-Lothringen war, ist an und für sich ein fleißiger, tüchtiger Beamter, der es nur nicht verstand, sich dem Volksempfinden anzupassen. Ungern sieht man auch die Unterstaatssekretäre Betri und Köhler gehen.

Der Reichstag und der Kaiser.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Im Reichstag bildet die von uns gemeldete kühle Aufnahme, die das Reichstagspräsidium anlässlich der Gratulationscour gefunden hat, das allgemeine Gesprächsthema. Der Fall erregt um so peinlicheres Aufsehen, als die Neujahrsglückwünsche in derselben kühlen Weise entgegengenommen wurden. Man deutet jedenfalls dieses Verhalten des Kaisers allgemein als ein Symptom seiner Mißstimmung gegen den Reichstag. Das Gerücht, daß das Reichstagspräsidium eine Einladung zu einem Diner beim Kaiser habe zurückgehen lassen, entspricht nicht den Tatsachen. Eine solche Einladung konnte gar nicht erfolgen, da das Reichstagspräsidium selbst an dem Festessen des Reichstags teilnimmt.

Der Fall v. Jagow in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses wurde gestern Abend bei der Beratung des Etats des Ministers des Innern von fortschrittlicher Seite in bezug auf das in der „Kreuzzeitung“ veröffentlichte Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten von Jagow der Minister gefragt, ob er geneigt sei, eine Verfügung zu erlassen, um eine Wiederholung derartiger Eingriffe in ein schwebendes Gerichtsverfahren vorzubeugen. Zu dieser Anfrage äußerte sich der Minister nicht, dagegen betonte er, daß er mit dem Vorgehen des Polizeipräsidenten nicht einverstanden sei, er könne aber im besonderen eine Auskunft über seine Auseinandersetzung mit Herrn v. Jagow nicht erteilen. Ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter wies darauf hin, daß dem Kontrollrecht der Volksvertretung eine Auskunftspflicht des Ministers gegenüber bestehen müsse und daß derartige Auskünfte in anderen Fällen auch unbedenklich erteilt worden seien. Ferner erklärte der Minister noch auf eine Anfrage, wann das Reichsgericht zur Einschränkung des Waffengebrauchs dem Reichstag vorgelegt werde, daß dies noch in dieser Session geschehe.

Der Postetat in der Budgetkommission des Reichstags.

Zaberner Nachklänge.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der Budgetkommission des Reichstags leitete heute bei der fortgesetzten Beratung des Postetats der Staatssekretär mit, daß nunmehr im Fernsprechnetz Deutschland mit rund 350 000 neuen Anschlüssen im Jahre an der Spitze Europas marschiere. — Ein Volksparteier fragte dann nach der Wahrung des Briefgeheimnisses, über die im Reuter-Prozess Klagen laut geworden seien, insbesondere, ob sich bei der Untersuchung die Behauptung bewahrheitet habe, daß dem Obersten v. Reuter beleidigende Postkarten absichtlich zugesandt worden seien, während Karten mit günstigen Urteilen zurückgehalten wurden. Von konservativer Seite wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß durch die Presse zahlreiche beleidigende Aufschriften von Postsendungen an die Offiziere bekannt geworden seien. Daraus gehe hervor, daß das Briefgeheimnis nicht gewahrt worden sei. Der Staatssekretär erwiderte, daß die vorgekommenen Verstöße ihre Strafe finden. Es seien tatsächlich Sendungen mit beleidigenden Aufschriften ausgedrängt worden, ob mit Absicht oder nicht, könne er aber unmöglich sagen. Ein sozialdemokratischer Redner bedauerte, daß der Staatssekretär seine Beamten gegen die von dem Obersten gemachten Vorwürfe ebenso preisgegeben habe, wie der Reichsfürst die Zivilverwaltung preisgegeben habe. Der Staatssekretär wendet sich mit großer Erregung gegen die Beschuldigung, daß er seine Beamten preisgegeben; er habe lediglich eine Frage beantwortet. Wenn Verstöße vorgekommen seien, so könne er nicht das Gegenteil sagen. Die Äußerungen des Obersten v. Reuter seien ihm nur in der Form bekannt, wie sie in der Presse gestanden hätten. Daraus habe sich der Oberpostdirektor an den Obersten gewandt, und dieser habe ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß seine Äußerung nicht den schweren Vorwurf einer beabsichtigten ungleichen Behandlung der günstigen und ungünstigen Zustellung erhalten habe. Ein Volksparteier hält die Mitteilung des Staatssekretärs für nicht genügend. Es müsse eine genaue Feststellung des Tatbestandes erfolgen. Der Staatssekretär betont noch einmal, er habe lediglich das Ergebnis der amtlichen Untersuchung mitgeteilt. Darnach seien zwei Karten unrechtmäßig angehalten, dagegen viele andere mit beleidigendem Inhalt unrechtmäßig ausgedrängt worden.

Aus der Spionagekommission des Reichstags.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Spionagekommission des Reichstags hatte bekanntlich in ihrer letzten Sitzung nach heftigen Redekämpfen beschloffen, den Kriegsminister zu der nächsten Sitzung persönlich einzuladen und um Auskunft über die Gründe zu bitten, die für die Ausdehnung des Begriffs der Spionage des § 1 des Regierungsentwurfs maßgebend gewesen sind. Der Kriegsminister war dieser Einladung gefolgt und erteilte die gewünschten Aufschlüsse. Zu dem § 1 lag neben dem bereits gemeldeten fortschrittlichen Änderungsantrag ein Zentrumsantrag vor, der ebenfalls gewisse Änderungen wünschte. Die Debatte ergab, daß bei allen Parteien große Bedenken gegen die Ausdehnung des Tatbestandsbegriffs gehegt werden.

Die Aussichten der Anträge, betr. den Waffengebrauch des Militärs.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Der Kommission des Reichstags, die über die Anträge, betreffend den Waffengebrauch des Militärs, beraten soll und die sich, wie gemeldet, gestern Abend konstituiert hat, stellt man in Abgeordnetenkreisen kein besonders günstiges Prognostikon. Die Empfindungen, mit denen man ihrer Arbeit entgegensteht, sind vielmehr befremdlicher- und bedauerlicher Weise Resignation und Mißtrauen. Mißtrauen hegt man insbesondere gegen-

über dem Zentrum, daß ja allein den Ausschlag geben wird, ob und was bei den Kommissionsberatungen herauskommen wird. Während die fortschrittliche Volkspartei die Abgeordneten v. Bissl und Dr. Müller-Reinigen und die Sozialdemokraten die Abgeordneten Franz, Haase, Heine, Lebebour, Eduard Bernstein und Dr. Grabnauer in die Kommission delegiert haben, hat das Zentrum die Abgeordneten Bell, Belzer, Weilheimer, Emminger, den neugewählten Haug, Späthlich und Fehrenbach gewählt. Wie man sieht, bis auf Fehrenbach, der ja im Ruf eines glänzenden Redners steht, aber als unsicherer Kantoniist, zumal in Militärsachen, gilt, lauter Sterne zweiten und dritten Grades, und es muß insbesondere auffallen, daß niemand von den Führern und den großen Juristen der Partei (Spahn, Gröber, Erzberger u. a.) in der Kommission vertreten ist. Man hat den Eindruck, als rege das Zentrum mit einem Vorgehens, nicht einmal einem solchen erster Klasse.

Zur Deportation der südafrikanischen Arbeiterführer.

Eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs gegen die Regierung.

R. Pretoria, 29. Jan. Der Oberste Gerichtshof befahl sich mit dem Gesuch um einen richterlichen Befehl, die Regierung an der Ausführung der Deportation zu verhindern. Der Vorsitzende des Gerichtes erklärte im Laufe der Verhandlung, er hätte dem Gesuche stattgegeben, wenn er das Beweismaterial einen Tag früher vor sich gehabt hätte. Wenn die Regierung diesen Männern das Recht des Bürgers verweigere, an das Gericht in Durban zu appellieren, so sei das kein rechtsgültiger Akt. Wenn jedoch die Regierung in der Angelegenheit Gewalt anwende, so sei sie den Bürgern des Landes verantwortlich.

Die geheime Ausführung des Transportes.

R. Johannesburg, 29. Jan. Die Behörden trafen bei ihren Vorbereitungen zur Deportation der Arbeiterführer die ausgebreitetsten Maßnahmen, um den Plan geheim zu halten. Die Arbeiterführer wurden am Sonntagmorgen vom Gefängnis mit dem Gefängniswagen abgeholt. Nach einer Fahrt von einigen Meilen wurden sie in einen Zug gebracht, in dem sich Soldaten befanden. Die Gefangenen trugen nicht, wozu man sie bringen würde. Alle Fenster des Zuges waren verhängt, selbst die Bahnbeamten waren nicht unterrichtet und der Zug wurde als Extrazug einer Theatergesellschaft bezeichnet. Erst an Bord des Schiffes wurde den Arbeiterführern die Absicht der Regierung mitgeteilt. Nachdem der Dampfer die Barre gekreuzt hatte, warf er Anker und den Gefangenen wurde mitgeteilt, daß das Schiff 1½ Stunde anhalten würde, damit sie an ihre Verwandten und Bekannten schreiben könnten. Die „Unigen“ geht direkt nach London. Es ist bemerkenswert, daß das Schiff keine funktentelegraphischen Einrichtungen hat. Es führt auch keine anderen Passagiere.

Die Pariser Aufregung wegen der Putilowwerke.

wh. Paris, 29. Jan. Die Aufregung, welche die Meldung über den Verkauf der Putilowischen Werke hier hervorgerufen hat, kommt trotz aller Dementis auch in der heutigen Morgenpresse zu lebhaftem Ausdruck. — Der offiziöse „Petit Parisien“ schreibt: Wir erfahren aus guter Quelle, daß die Putilowischen Werke von der Gefahr bedroht sind, zum großen Teil in Hände überzugehen, die nicht russisch sind, und daß deshalb gewisse Dinge, deren Geheimhaltung im Interesse Frankreichs liegt, außerhalb der russischen Militärkreise bekannt werden könnten. Falls die russische Regierung dieser Gefahr gegenüber gleichgültig bleibe, würde diese Haltung in Frankreich nachdrücklichen Einspruch hervorrufen. Das französische-russische Bündnis müsse in gleicher Weise zum Nutzen beider Länder betätigt werden. Der bisherige Botschafter Delcassé und sein Nachfolger Bulgakov werden ja jedenfalls heftige Verhandlungen zu führen haben. — Der radikale „Appel“ schreibt: Wir spielen Rußland gegenüber die Rolle des armen Verwandten und man behandelt uns als die am wenigsten begünstigte Nation. Dafür allerdings wird Rußland demnachst von neuem unsere Milliarden in Anspruch nehmen. — Der „Gaulois“ meint: Die Angelegenheit beweise, welche Gefahren die französisch-russische Allianz bedrohen und wie notwendig es sei, daß die französische Diplomatie wachsam bleibe. Leider lasse die französische Tätigkeit in Petersburg viel zu wünschen übrig und es sei für niemanden ein Geheimnis, daß Frankreich es weder verstanden habe, sein Bündnis mit den erforderlichen Bürgschaften zu umgeben noch aus demselben entsprechende Vorteile zu ziehen.

wh. Paris, 29. Jan. Wie verlautet, hatte der konservative Deputierte Dench Cochix einen Augenblick daran gedacht, die Angelegenheit des Verkaufs der Putilowischen Werke in Form einer Anfrage zur Sprache zu bringen, doch habe er davon Abstand genommen, obgleich die ihm vom Ministerium des Innern erteilte Auskunft besagte, daß die Meldung nicht ganz unrichtig sei. Auch im Budgetausschuß sei die Angelegenheit erörtert worden. — Das „Echo de Paris“ meldet aus Petersburg: Es heißt, daß man in russischen Kreisen den großen Ernst der Angelegenheit begreift. Man bemühe sich gegenwärtig, die Verwirklichung der ins Auge gefaßten Vereinbarungen zu verhindern. Seitens der Firma Creusot wurde einem Berichterstatter erklärt, falls der Verkauf der Putilowischen Werke bestätigt werden sollte, dann wäre zu untersuchen, ob auch der Verkauf französischer Patente mit einbegriffen sei. Es würde sich da um eine Frage des internationalen Rechtes handeln.

Ein russisches Dementi.

wh. Petersburg, 29. Jan. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt: Die im Ausland aufgetauchten Gerüchte, daß die Putilow-Werke an die Firma Krupp in Essen verkauft worden seien, sind erfunden.

Die Berliner fortschrittliche Rundgebung gegen den Preußenbund.

△ Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Veranlaßt durch die Vorgänge auf der Versammlung des Preußenbundes, fand gestern Abend eine Rundgebung der Berliner fortschrittlichen Volkspartei statt, in der nach den Referaten der Abgeordneten Dr. Biemer, Kopsch und Wendorf folgende Resolution angenommen wurde: „Die Versammlung erhebt entschieden Einspruch gegen die partikularistischen Treiben der Konservativen, die den preussischen Staatsgebanen zum Vorteil reaktionärer Machtgelüste zu mißbrauchen suchen. Die Normaufstellung Preußen im Reich muß erhalten werden.“

Unabweisliche Voraussetzung hierfür ist der zeitgemäße Ausbau der deutschen Staatseinkünfte; vor allem ist eine schleunige und gründliche Reform des preussischen Wahlrechts erforderlich. Die Verfassung legt schärfste Bewahrung ein gegen die Verunglimpfung des deutschen Reichstags durch den konservativen Preussensinn. Sie dankt der parlamentarischen Vertretung der fortschrittlichen Volkspartei für ihr entschlossenes Eintreten für Rechtsstaat und Reichseinheit und gibt der Bundesversammlung, daß die Anhänger der Partei in allen Landesteilen geschlossen und freudig für den Schutz und die Stärkung des Reichs jederzeit wirken werden.

Zum Austritt des bayerischen Verkehrsministers.

BB. München, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Es bestätigt sich, daß der bayerische Verkehrsminister v. Seidlein seine Entlassung nimmt; als Grund wird eine Differenz zwischen dem König Ludwig und dem Verkehrsminister in der Schiffsfahrtsfrage angesehen. König Ludwig ist für eine andere Fassung des bayerischen Schiffsfahrtsverkehrs unter Anlehnung an Preußen, während Seidlein die Auffassung vertritt, daß hier besondere Tarife eintreten müssen.

Der „Figare“ kontra Caillaux.

wb. Paris, 29. Jan. In der Fortsetzung seiner Fehde gegen den Finanzminister Caillaux behauptet der „Figaro“, daß Caillaux im Jahre 1911 die Verfallensfrist von einer Milliarde südafrikanischer Papiere bewilligt habe, die gegenwärtig mindestens ein Viertel ihres Wertes eingebüßt hätten.

Die Organisation der albanischen Regierung.

wb. Belgrad, 29. Jan. Die Kontrollkommission nahm heute die Organisation der von ihr an Stelle der provisorischen Regierung ernannten Zentralregierung vor. Von den früheren Ministerien werden zwei, die jetzigen Direktoren des Adels und der öffentlichen Arbeiten, gänzlich aufgehoben, während die Ministerien für Justiz, Finanzen, des Unterrichts sowie der Post und der Telegraphen aufrechterhalten bleiben. Dem Chef der Zentralregierung, Bej-Bey, werden zwei Sekretäre, einer für die türkische und ein anderer für europäische Sprachen, sowie ein Archivbeamter und der Direktoren je ein Sekretär beigegeben. Die Minister der provisorischen Regierung erhielten monatlich eine Indemnitätsquote von 2500 Pfund, während der jetzige Chef der Zentralregierung 6000 und die Direktoren 3500 Pfund monatlich beziehen.

Zum Vorschlag Sir Edward Greys.

* London, 29. Jan. Die französische und die russische Regierung haben gestern das hiesige auswärtige Amt davon benachrichtigt, daß sie den Vorschlag Sir Edward Greys annehmen und daß ihrer Meinung nach der Entschluß der Großmächte über die Südgrenze Albaniens und in der Inselfrage den Regierungen in Athen und Konstantinopel offiziell mitgeteilt werden müsse.

Kein neuer Balkanbund.

* Paris, 29. Jan. Der „Matin“ erklärt heute in einer Berliner Depesche, daß alle Gerüchte über einen neuen Balkanbund unzutreffend seien. Serbien, Griechenland und Rumänien haben nach dem Bularester Vertrag einen Bündnisvertrag abgeschlossen, durch den sie sich gegenseitig ihren territorialen Besitzstand gewährleisten.

Handelsteil.

Berliner Börse.

S. Berlin, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Vorübergehend wurde die Hausstimmung beeinträchtigt durch anfänglich allgemeine Realisationsneigung im Zusammenhang mit der innerpolitischen Lage, bzw. dem bevorstehenden Rücktritt der Regierung in den Reichsländern. Insbesondere litt der Montanmarkt infolge von Meldungen, daß die gesteigerten Preise für Stabeisen und Grobbleche sich nicht behaupten könnten. Am Schiffahrtsmarkt machte sich der verschärfte Ratenkampf bemerkbar. Waren hier die Einbußen auch geringer, so nicht am Montanmarkt, wo Konsolidationen ca. 4% Proz. verloren. Feste Haltung zeigte wieder der Bankmarkt, wo heimische und russische Werte bevorzugt waren. Reichsanleihe hielten bei angeregtem Geschäft einen anfänglichen Verlust rasch wieder ein. Von hier aus bereitete sich dann auf der ganzen Linie eine stramme Haltung aus, von der auch die eingangs erwähnten Werte profitierten. Kanada wurden durch höhere Londoner Notierungen heraufgezogen. Die Führung bei diesen Kurssteigerungen wechselte bei lebhaften Umsätzen. Geisenkirchen, Edison, Siemens-Schuckert und Petersburger Internationale gefragt. Tägliches Geld 1 Proz. Ultimogeld und Sätze der Seehandlung unverändert. Geld einige Tage über Ultimo 4 1/2 Proz. Privatskont 3 Proz. (gestern 2 1/2 Proz.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Ausschlaggebend für die Tendenz war die schwache Haltung des New Yorker Marktes. Das Geschäft war zunächst ruhiger als in den letzten Tagen. Auf dem Aktienmarkt Schantung fest, Baltimore-Ohio abgeschwächt. Österreichische Bahnen behauptet. Von Schiffahrtsaktien setzten Paketfahrt und Lloyd etwas schwächer ein. Erhöhte Aufmerksamkeit wandte die Spekulation einigen Elektrizitätspapieren zu, Edison und Schuckert wurden lebhafter gehandelt. Die Tendenz der Montanpapiere war ungleichmäßig. Von den führenden Papieren sind Geisenkirchen und Harpener mäßig abgeschwächt. Deutsch-Luxemburger gedrückt. Bochumer standen in Nachfrage. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung überwiegend behauptet. Dürkop sind auf Gerüchte, daß die Dividende 23 statt 28 (i. V.) betragen werde, schwach. Chemische Werte ruhig. Im weiteren Verlaufe zeigte die Tendenz ein schwaches Aussehen. Die Umsätze waren bescheiden. Der Schluß der Börse gestaltete sich fest, bei lebhaften Umsätzen. Privatskont 2 1/2 Proz. (gestern 2 1/2 Proz.).

Weitere Diskontermäßigung der Bank von England
bb. London, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Die Bank von England ermäßigte den Diskont um ein volles Prozent von 4 Proz. auf 3 Proz.

Banken und Geldmarkt.

wb. Ausgabe neuer Schatzanweisungen Bremens. Die Bürgerschaft von Bremen hat dem Antrage der Finanzdeputation auf Ausgabe von Schatzanweisungen mit der Maßgabe zugestimmt, daß die Zeit der Ausgabe der Schatzanweisungen auf die Jahre 1914 und 1915 beschränkt wird.
wb. Die Vereinsbank in Hamburg verteilt für das Geschäftsjahr 1913 9 Proz. Dividende wie im Vorjahr.
* Die neue Kasse-Anleihe des Staates Sao Paulo ist abgeschlossen worden, und soll auch in Deutschland unterge-

Der serbische Ministerpräsident in Petersburg erkrankt.

○ Petersburg, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Der seit einigen Tagen hier weilende Ministerpräsident Pajitch ist gestern erkrankt. Sein Befinden gibt jedoch, wie verlautet, zu Besorgnissen keinen Anlaß. Pajitch ist 68 Jahre alt.

Truppenendung der Vereinigten Staaten nach Mexiko.

×× New York, 29. Jan. (Eig. Drahtbericht) Nach einer Meldung des New York Herald werden in diesen Tagen 5000 kriegsmäßig ausgerüstete Truppen nach Veracruz gehen, um sofort die Stadt Mexiko zu besetzen, falls Huerta gezwungen oder freiwillig abdanken sollte.

Die Entschädigungsansprüche der kolumbianischen Regierung.

* New York, 29. Jan. Die kolumbianische Regierung verlangt bekanntlich für die Abtretung des Gebietes, auf dem der Panamakanal gebaut worden ist, eine bedeutende Entschädigung. Sie soll 40 Millionen Dollar betragen. In Washington bezeichnet man diese Forderung als lächerlich, da nicht mehr als 25 Millionen Dollar für den Verlust der Panamakanalzonen als Entschädigung an die kolumbianische Regierung gezahlt werden können.

Eine Lokomotive in eine Arbeiterkolonne gefahren.

wb. Berlin, 29. Jan. In der Nähe des Bahnhofes Eich-Lamp fuhr gestern eine Lokomotive in eine Arbeiterkolonne. Während es den meisten Arbeitern gelang, im letzten Moment zur Seite zu springen, wurden der Kolonnenführer Baumann und der Arbeiter Becker von der Maschine erfasst und zur Seite geschleudert. Beide wurden schwer verletzt.

Erdbeben in Südamerika.

wb. Buenos-Aires, 29. Jan. Eine Depesche aus Mendoza berichtet: Hier wurden zwei Erdbeben verspürt, die von unterirdischem Donner begleitet waren. Die Bevölkerung wurde vom Schrecken ergriffen.

wb. Saloniki, 29. Jan. Safran-Zahin-Pascha, der im letzten Balkankriege die gegen Griechenland kämpfenden türkischen Truppen befehligte, ist nach Lausanne gereist, weil er angeblich in Konstantinopel vor ein Kriegsgericht gestellt werden sollte.

wb. Petersburg, 29. Jan. Gestern nachmittag unterzeichneten der Minister des Äußeren und der deutsche Botschafter die russisch-preussische Abgrenzungskonvention, betreffend die Grenzlinie von Kessel bis zum Piffa-Fluß. Die Konvention tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

wb. Ratisbon, 29. Jan. Heute morgen wurden in dem Hofe des Gerichtesgefängnisses die unverheiratete Häuslerstochter Franziska Zimmer aus Rastatt, welche ihre Stiefmutter ermordete, und die Bergmannsfrau Josepha Kuballa aus Eggenstein, die ihren Mann ermordete, hingerichtet.

wb. Grünberg i. Schl., 29. Jan. In der vergangenen Nacht führte der frühere Reichspolizeibeamte Simon, der von seiner Frau getrennt lebt, von außerhalb hierher zurück, stieg auf einer Leiter in die Wohnung seiner Frau in der Fleischerstraße und erschoss die Frau, seipen vier Jahre alten Sohn und dann sich selbst.

bracht worden. Das Hamburger Bankhaus Schröder Gebr. u. Co. fordert zur Zeichnung auf 4 Mill. Pf. Sterling Schatzanleihen des Staates Sao Paulo zu 97 Proz. auf.

* Eine Anleihe Oldenburgs. Die Staatliche Kreditanstalt des Herzogtums Oldenburg erhielt die Genehmigung zur Ausgabe von weiteren 10 Mill. M. 4proz. Schuldverschreibungen.

Industrie und Handel.

wb. New Guinea Co. Berlin, 29. Jan. Die Gewinn- und Verlustrechnung der New Guinea Compagnie weist einen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben von 425 493 M. auf. Aus dem Rheingewinn von 643 363 M. soll in der für den 16. Februar einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. vorgeschlagen werden. Außerdem soll der Generalversammlung der Antrag, der Inhaberin der Genußscheine ein Angebot auf Einlösung der Genußscheine durch Zahlung von einer Mark zu machen, unterbreitet werden, worüber gleichfalls eine auf den 18. Febr. einzuberufende Versammlung der Genußscheinhaber zu beschließen hat. Danach findet am gleichen Tage eine außerordentliche Generalversammlung statt, der der Beschluß der Genußscheinhaber unterbreitet wird. Diese außerordentliche Generalversammlung soll außerdem noch Beschluß fassen über die Gleichstellung der noch ausstehenden 47 000 M. Stammaktien mit Vorzugsaktien und über die Erhöhung des Grundkapitals von 7 1/2 Millionen auf 11 Millionen M. Die neuen Anteile sollen einem Bankkonsortium zum Parkurse zuzüglich Spesen mit der Maßgabe überlassen werden, daß das Konsortium verpflichtet sein soll, 3 Millionen neue Anteile den alten Anteilhabern zu einem um 2 Proz. erhöhten Preis zum Bezüge im Verhältnis von 5:2 anzubieten.

* Die B-Produkte im Stahlwerksverband. Zu diesem, gestern von uns behandelten Thema wird aus Düsseldorf gemeldet: Aus leitenden Kreisen des Stahlwerksverbandes erfahren wir, daß wenig Aussicht dafür besteht, daß der Antrag der oberösterreichischen Werke auf Einführung eines Produktions-schutzes für B-Produkte durch den Stahlwerksverband Annahme findet. Man weiß zwar noch nicht, wie die Antragsteller sich die Erfüllung ihrer Wünsche denken, indessen wird die Kontingentierung oder Preisfestlegung für B-Produkte, wenn auch nur teilweise, auf entschieden Widerstand stoßen. Bemerkenswert ist, daß gerade diejenigen Werke zu den Antragstellern zählen, die seinerzeit ganz entschieden für die Aufhebung der Kontingentierung der B-Produkte eingetreten sind.

* Fusion in der chemischen Industrie. Die A.-G. Chemische Produktenfabrik Pommerensdorf in Stettin erwirbt die Aktienmehrheit der Chemischen Werke (vorm. Römer u. Co.) A.-G. in Nienburg a. d. S. Die Nienburger Werke sollen erheblich erweitert werden.

wb. Eisen- und Stahlwerk Hösch. Dortmund, 29. Jan. Das nach der gestrigen Berliner Börse verbreitete Gerücht, das Eisen- und Stahlwerk Hösch beabsichtige zwecks Bestreitung der Kosten von Neubauten das Aktienkapital um etwa 10 Mill. Mark zu erhöhen, entbehrt, wie uns aus Verwaltungskreisen mitgeteilt wird, jeder Grundlage.

Verkehrswesen.

* Die Rheinschiffahrt ist, wie aus Duisburg gemeldet wird, mit dem heutigen Tage wieder eröffnet worden. Auch die Weserschiffahrt wurde gestern wieder aufgenommen.

wb. Der Kampf in der Großschiffahrt. London, 28. Jan. Die Vertreter aller englischen Schiffahrtsunternehmen, die an der nordatlantischen Konferenz teilgenommen haben, werden sich am 30. d. M. in Liverpool zusammenfinden, um die durch das Vorgehen der Hamburg-Amerika-Linie geschaffene

wb. Paris, 29. Jan. Wie aus Barcelona gemeldet wird, haben die Kapitäne der Handelsmarine beschlossen, in acht Tagen in den Ausstand zu treten, da die Schiffahrtsgesellschaften ihre Forderungen abgelehnt haben.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

29. Januar, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cels.	Beob- achtungs- Station.	Barom.	Wind- Richtung u. Stärke	Wetter	Therm. Cels.
Borkum...	762.2	SW 4	bedeckt	+2	Sally...	763.0	WSW 4	wolkig	+0
Hamburg...	762.2	SW 4	bedeckt	+2	Aberdeen...	764.5	SW 1	bedeckt	+0
Swinemünde...	763.1	SW 4	bedeckt	+2	Paris...	768.5	S 2	bedeckt	+0
Memel...	760.9	SW 5	Dunst	+2	Vissingen...	764.0	SSW 4	Dunst	+0
Aachen...	766.7	SW 4	bedeckt	+2	Christiansburg...	762.0	WSW 8	Schnee	+0
Hannover...	764.7	SW 5	bedeckt	+2	Stagen...	761.5	WSW 7	Nebel	+0
Berlin...	765.8	S 3	wolkig	+2	Kopenhagen...	763.2	WSW 7	Nebel	+0
Dresden...	768.5	SO 2	heiter	+2	Stockholm...	765.4	WSW 6	bedeckt	+0
Breslau...	766.8	S 2	bedeckt	+2	Magaranda...	767.7	S 3	Nebel	+0
Wetz...	770.4		bedeckt	+2	Petersburg...	763.5	WSW 2	bedeckt	+0
Frankfurt...	768.7	SW 4	Dunst	+2	Warschau...	767.9	WSW 1	bedeckt	+0
Karlsruhe...	770.5	SSW 1	bedeckt	+2	Wien...	771.5		Nebel	+0
München...	772.6	W 4	Nebel	+2	Rom...				
Zugspitze...	837.1	NW 3	heiter	+15	Firenze...				
Valencia...					Seydisfjord...				

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

29. Januar	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	770.8	770.6	770.9	770.8
Thermometer auf dem Meerespiegel	770.4	770.4	770.9	770.6
Thermometer (Celcius)	-0.3	+2.4	-0.3	-0.4
Druckspannung (mm)	4.1	4.3	4.0	4.1
Relative Feuchtigkeit (%)	90	79	89	88.0
Wind-Richtung und -Stärke	N 1	SW 2	SW 1	
Niederschlagshöhe (mm)	0.4			
Höchste Temperatur (Celcius) 25.				
Niedrigste Temperatur -0.6.				

Wettervoraussage für Freitag, 30. Januar 1914,
von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Meist trüb und vereinzelt Niederschläge, warmer, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 29. Januar:
Biebrich. Pegel: 1.50 m gegen 1.50 m am gestrigen Vormittag
Cob. 1.57 m „ 1.56 m „ „ „
Mainz. 0.75 m „ 0.74 m „ „ „

22 = Reklamen. = 22

Bei Bleichsucht und Blutarmut
ist das beste Mittel Retulin — Reiche Nährstoffe — nicht zum Einnehmen, sondern Kräftigung und Befruchtung.
In allen Apotheken das Ret. zu Mk. 1.60 zu haben.
Jedes Paket enthält ärztliche Gutachten. F 54

Japan
Simons von H. S. — an, China-Rohstoffe u. Mandarinen, Stoffe, Zucker, Schirme, Schuhe, Chrysanthemen u. Haaröl in reichster Auswahl bei Selma Weinreich im Hotel Kaiserhof. Simons auch zu vertreiben. 243

Lage zu betrachten und über die zukünftige Politik im Ratentrat zu entscheiden.

wb. Die Subvention der ungarischen Schiffahrtsgesellschaften. Budapest, 28. Jan. Der Handelsminister unterbreitete dem Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf über die mit den einheimischen Schiffahrtsgesellschaften abgeschlossenen Subventionsverträge. Die Subvention der „Adria“ wird auf 4.6, die der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft auf 1.8, die der Ungaro-Kroata auf 2.7, die der Levante-gesellschaft auf 1.7 Millionen Kronen erhöht. Die „Adria“ verpflichtet sich 15, die Ungaro-Kroata 16 und die Levante-gesellschaft 6 neue Schiffe in den Dienst zu stellen. Namhafte Investitionen werden auch der Ungarischen Fluß- und Seeschiffahrtsgesellschaft auferlegt.

Marktberichte.

== Fruchtmärkte zu Wiesbaden vom 29. Jan. Preise per 100 Kilo. Hafer 16.40 M., Rüststroh 4.40 M., Krummstroh 4 M., Heu 6.60 bis 7.40 M. Angefahren waren 2 Wagen mit Frucht und 18 Wagen mit Stroh und Heu.
== Fruchtmärkte zu Limburg a. d. L. vom 28. Jan. Durchschnittspreis pro Malter. Roter Weizen, nassauischer, 15.70 M., weißer Weizen, angebaute Fremdsorten, 15.20 M., Korn 11.50 Mark, Futtergerste 9 M., Braugerste 10.60 M., Hafer 7.75 M., Kartoffeln 2.10 M., Butter pro Pfd. 1.10 M., Eier pro Stück 10 Pf.

Konkurs-Nachrichten

aus den O.-L.-G.-Bez. Darmstadt, Frankfurt a. M., Kassel

Name (Firma)	Wohnort (Amtsgericht)	Konkurs-verwalter	29. Jan.	30. Jan.	31. Jan.	1. Febr.	2. Febr.	3. Febr.	4. Febr.
Schneidermeister Ludwig Horning	Bad Ems	Konkursverwalter Schaff	14. 1.	4. 2.	14. 2.	14. 2.			
Kaufmann Wilhelm Nikolaus, verest.	Hannau	R.-A. Dr. Heim	14. 1.	10. 2.	17. 2.	17. 2.			
Bäcker und Kaufmann Gustav Jung	Herdorf (Danden)	—							Schlussstermin 6. 2.
Oberkellner Hermann Poppensieker	Kassel	Privat-Sekr. Wilh. Franke	16. 1.	14. 2.	18. 2.	20. 2.			
Kfm. Felix Neuenburg, Inh. der Firma H. Neuenburg u. Söhne	Lina a. Rh.	R.-A. Dr. Heymann	14. 1.	18. 2.	2. 3.	7. 3.			
Händler Peter Müller	Himmern (Montabaur)	R.-A. Dr. Ad. Weintrup	14. 1.	14. 2.	23. 2.	28. 2.			
Kaufmann Hermann Winkler	Just. Gerecht. (Frankf. a. M.)	—							Vergleichstermin 13. 2.
Kfm. August Pabst, verest. Erbin Johanna Pabst	Bad Ems	Konkursverwalter Karl Pabst	31. 1.	13. 2.	21. 2.	21. 2.			
Metzgermeister Konrad Nürnberger	Lollar (Gießen)	R.-A. Raab	20. 1.	12. 2.	2. 3.	2. 3.			
Heinrich Arnold	Lollar (Gießen)	R.-A. Raab	20. 1.	12. 2.	2. 3.	2. 3.			
Wagner Heinrich Arnold	Rödingen (Gießen)	R.-A. Peters	20. 1.	12. 2.	2. 3.	2. 3.			
Schneidermeister Philipp Arnold	Rödingen (Gießen)	R.-A. Peters	20. 1.	12. 2.	2. 3.	2. 3.			
Off.-Handelsgesellschaft Gebr. Ed. u. Max Bach	Nassau an der Lahn	R.-A. Glas	21. 1.	11. 2.	4. 2.	20. 2.			

Die Abend-Ausgabe umfasst 10 Seiten.

Gefördert von: H. Degenbach.

Beim Verleger für den politischen Teil: H. Degenbach; für den Kulturteil: H. v. Rautenfeld; für den Sport und Spiel: H. Degenbach; für den Wirtschaftlichen: H. Degenbach; für den Unterhaltenden: H. Degenbach; für den Wissenschaftlichen: H. Degenbach; für den Kunst- und Literaturteil: H. Degenbach; für den Sonstigen: H. Degenbach.

Druck und Verlag der E. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Erscheinungszeit der Abgabe: 12 bis 1 Uhr, in der politischen Abteilung von 1 bis 1 1/2 Uhr.

Die Badener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung.

Verlag und Redaktion: Nikolaistraße 11. Filiale: Mauritiusstraße 12.

53 Abend-Ausgabe.

Donnerstag, 29. Januar 1914.

68. Jahrgang.

Tageschau.

Die Revolutionäre auf Haiti haben den Marsch nach der Hauptstadt angetreten.

Durch die jetzt bewilligte ungarische Wehrvorlage erhöht sich das Rekrutenkontingent der österreichisch-ungarischen Armee um 31.000 Mann.

In Smoriz (Portugal) wurden durch Gintarz des Fußbodens einer Kapelle 2 Personen getötet und viele verletzt.

Die Orientfrage.

XX Diplomatenmahlen mahlen langsam. Die Kutwari Engländer auf die von den Dreimächten über die südalbansische und die Inselfrage überreichte Note ist nun endlich erfolgt. In dieser Antwort drückt die englische Regierung ihre Befriedigung darüber aus, daß die Note der Mächte des Dreibundes dem englischen Vorschlag prinzipiell zugestimmt hätte, andererseits hat sie doch noch einige Ausstellungen zu machen; denn sie verlangt eine genauere Präzision folgender drei Punkte:

1. Griechenland könnte nicht verantwortlich gemacht werden für etwaige Unruhen im Epirus nach Zurückziehung der griechischen Truppen.

2. In der Frage der Dodekarsos Inseln seien wohl die Türkei und Italien die Hauptinteressenten, jedoch könne nicht geleugnet werden, daß an der endgültigen Lösung in der Frage alle Mächte, wie dies ja auch auf der Londoner Vorkonferenz festgelegt wurde, interessiert seien, und daß daher die Mächte bei der endgültigen Lösung der Dodekarsos Inseln ihr Wort mitzusprechen hätten. Schon jetzt müsse der auch auf der Londoner Vorkonferenz ausgesprochene Grundsatz beibehalten werden, daß keine Großmacht den territorialen Besitz einer Insel erhalten dürfe.

3. Die Großmächte kommen überein, daß eventuell geeignete Maßregeln ergriffen werden, um einen etwaigen Widerstand gegen die von den Großmächten beschlossene Lösung zu beheben.

Der Bescheid der Dreimächte hierauf wird natürlich auch wieder einige Zeit in Anspruch nehmen, und so geht dieses Spiel wahrscheinlich noch längere Zeit hin und her. Inzwischen aber beginnen die beiden Hauptbeteiligten, Griechenland und die Türkei, ungeduldig zu werden und vom Goldenen Horn kommen Meldungen, aus denen hervorgeht, daß die Türkei umfangreiche Vorbereitungen trifft, die darauf schließen lassen, daß man erforderlichen Falles vor einem nochmaligen Appell an die Waffen nicht zurückschrecken werde. Vielleicht hat man mit dem Ausbrechen solcher Nachrichten nur den Zweck im Auge, einen Druck auszuüben, immerhin lag die Gefahr einer neuen Komplikation recht nahe. Doch scheint es, als habe man inzwischen eingesehen, daß es nicht ratsam sei, den Bogen allzu straff zu spannen und so heißt es denn jetzt, daß Besprechungen über eine Lösung der Inselfrage direkt zwischen Griechenland, der Türkei und Italien in Konstantinopel selbst stattfinden sollen, an denen der griechische Ministerpräsident Venizelos, sowie auch der italienische Vorkonferenzteilnehmer würden und eine Befestigung der Meldung bringt folgende Drahtnachricht:

Konstantinopel, 28. Jan. Es darf nunmehr als feststehend gelten, daß die Lösung der Inselfrage ohne Einmischung der anderen Mächte zwischen der Türkei, Griechenland und Italien erfolgen wird. Italien, das erst 75, dann 200 Millionen Entschädigung verlangte, soll jetzt zur Zurückgabe der besetzten zwölf Inseln gegen wirtschaftliche Zugeständnisse besonders in Smyrna und Adalia bereit sein. An der Vereinwilligkeit Griechenlands, die mit vollkommener Autonomie auszustattenden Inseln Chios und Mytilene gegen die Zwölfinselngruppe der Türkei wiederzugeben, besteht kein Zweifel mehr.

Es ist vielleicht so am besten, wenn sich die drei Mächte untereinander über den Inselstreit auseinandersetzen und einigen. An der Zeit wäre es wahrlich, daß man endlich am Balkan zur Ruhe käme, denn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse leiden ungemein unter der unklaren Lage, und nicht nur die der Balkanstaaten, sondern auch die der dort interessierten Mächte. Wohl dürfte hier eine Regelung noch schwieriger sein, da die Verhandlungen nur sehr langsam vorwärtsschreiten und schließlich auch Eisenbahnteile keine Seltenheit sind. So gelangt z. B. jetzt in der Pariser Presse anlässlich der Erwartung zum Ausdruck, daß Griechenland sich an das in Paris vereinbarte Programm der 500 Millionen-Anleihe halten und durch die den deutschen Schiffbauwerkstätten zu erteilenden Aufträge die griechischen Finanzen nicht ohne Notwendigkeit belasten werde. Diese kleinliche Eifersüchtelei ist, obwohl sie an den Tatsachen selbst nichts zu ändern vermag, bezeichnend für die in Pariser leitenden Kreisen herrschende Stimmung.

Zur Inselfrage.

Die französische und die russische Regierung haben gestern das Londoner Auswärtige Amt davon benachrichtigt, daß sie den Vorschlag Sir Grens annehmen und daß ihrer Meinung nach der Entschluß der Großmächte über die Südgrenze Albaniens und in der Inselfrage den Regierungen in Athen und Konstantinopel offiziell mitgeteilt werden müßte.

Neue Kriegswolken am Balkan.

Aus Paris meldet der Draht: Trotz der friedlichen Versicherungen der bulgarischen Minister in ihren Wahlreden hält die Erregung in Sofia gegen die südlichen und

westlichen Nachbarn an. Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Kriegsminister den kommandierenden Generalen Befehl erteilte, die Ausbildung der kürzlich eingestellten Rekruten zu beschleunigen, damit diese für einen eventuellen Feldzug im Frühjahr vollständig ausgebildet sind. — Weiter wird gemeldet, daß eine große Anzahl bulgarischer Soldaten damit beschäftigt ist, auf den Höhen längs der serbischen Grenze Verbarungen aufzuwerfen. Diese Arbeiten schreiten jedoch infolge des hohen Schnees nur sehr langsam vorwärts.

Die mexikanische Krise.

Präsident Wilson soll den Mitgliedern des Senats-Komitees für auswärtige Angelegenheiten erklärt haben, die Beziehungen der Union zu Mexiko seien nach wie vor sehr gespannt, die Lage außerordentlich ernst. Wären auch die Rebellen jüngst erhebliche Schläppen von den Regierungstruppen erlitten, es mit ihrem angeblich geplanten konzentrischen Vormarsch gegen die Hauptstadt noch gute Wille haben: das bedenkliche Symptom für Huerta ist der Ausbruch einer Verschwörung unter seinen eigenen hauptstädtischen Besatzungstruppen. Seiner großen Wachsamkeit ist es allerdings gelungen, das Komplott rechtzeitig durch Verhaftung und in der Nacht unmittelbar folgende Erschießung des Generals Gonzales und seiner 10 Spielgefährten zu vereiteln. Aber wenn nun einmal seine Truppen-Muterei in der Stadt Mexiko!

Sollte aber Huerta kürzen, so erliehe damit die Gefahr eines Zusammenstoßes mit der Union keineswegs beseitigt, sondern vielmehr eher erhöht durch die anarchischen Zustände, welche dem Verschwinden des Diktators vorausichtlich folgen würden. Und sollte es erst einmal zu einem Einmarsch von Unionstruppen gekommen sein, so hätte es mit ihrer Wiederzurückziehung vermutlich ähnlich gute Wege wie mit Frankreichs Weggang aus Marokko. Europa aber würde in diesem Falle nicht einmal einen Versuch machen, den Amerikanern in den Arm zu fallen.

Aufregender werden die vorliegenden Nachrichten durch den Zusatz, daß die mexikanische Krise sich mehr und mehr durch drohende Auseinandersetzungen mit Japan verwickelt. Man will in Washington ganz zuverlässig unterrichtet sein, daß Huerta seit langem Waffen von der japanischen Regierung, nicht etwa von Privaten, erhält. An sich sind solche Unterhaltungen Japans gutes Recht, solange kein Kriegszustand zwischen Mexiko und der Union besteht, und es verrät ganz das schlechte Gewissen der Amerikaner, wenn sie davor zürnen. Sollte sich aber wirklich die Mutmaßung bestätigen, daß die Ueberlassung einer Kohlenstation an der vorgeschannten Magdalenaen-Bai den Dank Huertas für diese Gunst bekräftigen werde, so liegt auf der Hand, welcher Entzündungsturm die Gebiete nördlich vom Rio Grande durchstoßen würde, wenn tatsächlich die gelben Leute, die man in Oberkalifornien nicht haben wollte, sich in Niederkalifornien niederlassen wollten.

Am Panamakanal schreitet Schritt für Schritt die amerikanische Besitzergreifung fort. Jetzt hat man den Erbauer der neuen Welt-Wasserstraße, Oberst Goethals, als Zivilgouverneur der Kanalzone eingesetzt, also tatsächlich dort, auf ehemals columbischen Boden, eine amerikanische Verwaltung eingeführt. Wie lange wird es dauern, und der geöffnete Schlund verschlingt auch den Rest der „souveränen“ Republik Panama, welche nordamerikanische Küntriche vor einem Jahrzehnt als letzten der mittelamerikanischen Kleinstaaten auf die Beine gestellt haben. Die unbedingte Beherrschung der neuen Durchfahrt ist den Paneeß eben zu wichtig. Ihre militärische Vorherrschaft dort zu sichern, spielen sie in den Gebührentragen usw. fest Europa, besonders England gegenüber, die Nachgiebigkeit.

Bevorstehender Rücktritt der eliaß-lothringischen Regierung.

Zum Rücktritt des Statthalters Grafen Wedel erfährt der Straßburger Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ folgendes:

Der Statthalter hat bereits vor der Zaberner Affäre die Reichsregierung wissen lassen, daß er infolge seines hohen Alters und der Kränklichkeit seiner Gattin das Amt niederzulegen gedenke. Er mußte jedoch seinen Rücktritt immer wieder hinausschieben und hat ihn schließlich im Einverständnis mit der Reichsregierung auf den Spätherbst d. J. festgesetzt. Daß dieser Termin nicht eingehalten worden ist, ist natürlich einzig und allein durch die Zaberner Affäre verursacht worden. Graf Wedel hat sowohl in Straßburg als auch in Berlin dem Kaiser und dem Reichskanzler kein Wort daraus gemacht, daß die Erledigung der Zaberner Affäre nicht seinen Ansichten entsprechend zum Ausdruck gemacht wurde. Man nimmt an, daß außer dem Staatssekretär und dem Unterstaatssekretär sowie dem Präsidenten des Oberhofrats, Dr. Albrecht, auch der Präsident der Wasserbauverwaltung, Dr. v. Traut, aus seinem Amt scheiden wird.

Man erwartet auch große Veränderungen in den höheren Beamtenstellen. Als Voraussicht nach wird Unterstaatssekretär Wandel nach seiner Demission Kurator der Universität Straßburg werden. — Wie erst jetzt bekannt wird, beabsichtigt der Straßburger Weihbischof v. Sulach,

ein Bruder des Staatssekretärs, über die Zaberner Angelegenheit eine Broschüre herauszugeben.

Was bis jetzt über die neuen Männer verlautet, beruht meist auf Vermutung und Kombinationen. Fest dürfte stehen, daß der Oberlandesgerichtspräsident Molitor zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs Dr. Petri auszuwählen ist. Es verlautet, daß sonst kein eliaß-lothringischer Beamter ins neue Ministerium eintreten soll.

Berliner Pressestimmen.

Einige Morgenblätter bringen bereits Kommentare über die Regierungskrise in Eliaß-Lothringen:

„Berliner Lokal-Anzeiger“: „Die Zukunft der Reichslande hängt, wie wir wiederholt betont haben, davon ab, daß die richtigen Männer gefunden werden, denen die schwierige Aufgabe anvertraut werden soll, seine Geschicke zu lenken. Man kann nur wünschen, daß bei der Wahl zu treffenden Auswahl es an geeigneten Kräften zur Auswahl nicht fehlen wird.“

„Tägliche Rundschau“: „Die durch die Zaberner Unruhen und Wirrungen so schwer bloßgestellten Straßburger Regierungsmänner haben also ihre Entlassung nachgesucht und warten auf deren Genehmigung. Wir hoffen, daß ihnen von Berlin aus kein Hindernis in den Weg gelegt wird. Denn ohne Änderung des Straßburger Regierungs- und Verwaltungssystems ist eine Besserung der eliaß-lothringischen Krise nicht zu erhoffen.“

„Berliner Tageblatt“: „Wenn die Lösung der Frage jetzt durch das Vorgehen der reichsständischen Regierung beschleunigt wird, so liegt das ebenfalls im Interesse der Reichslande wie im Interesse des Reiches. Die geschaffene Klarung ist der herrschenden Unklarheit vorzuziehen, schon damit man sich auf den neuen Kurs einrichten kann. Natürlich wird es darüber hinaus notwendig sein, die Aufträge und Schritte der reichsständischen Regierung der Öffentlichkeit bekannt zu geben. Zu weiterem Verwickeln spielt in die Angelegenheit sogar nach der Auffassung des Reichskanzlers doch zu ernst.“

„Vossische Zeitung“: „Die Entscheidung ist noch nicht gefallen. Aber man kann sie unschwer voraussagen. Vielleicht steht der Reichskanzler in der Entlassung der Männer, die für die Unabhängigkeit der Provinzialverwaltung und für die Rechtmäßigkeit des Bürgerrechts eingetreten sind, eine Sühne für das Unrecht, von dem er gesprochen hat. Der Fall Zabern hat zu einem Siege der Militärgewalt auf der ganzen Linie geführt, und im Grunde wäre es durchaus folgerichtig, wenn anstelle des Grafen Wedel General von Deimling und anstelle von von Bunsack Oberst v. Reuter treten würde.“

„Vorposten“: „Die reaktionären Schorfmacher, die eliaß-lothringischen Leute sind es, die jubelnd triumphieren, daß nunmehr der elierne Felsen in Eliaß-Lothringen seinen Einzug hält. Er wird alles austreiben, was in mehr denn 40-jähriger Friedenszeit in Eliaß-Lothringen für das Deutschland, für die Wiedergewinnung eines uns lange entfremdeten hochwertigen Volksstammes getan ist. Sichtlich der Mainlinie wird man dem Treiben der eliaß-lothringischen Leute in den Reichslanden mit Ingrimm zusehen. Eine neue Vertiefung der Mainlinie, das ist der Schlussschafford der Zaberner Affäre, der Schlussschafford der Jubelchöre des Jahres der glorreichen Erinnerungen an 1813.“

Kurze politische Nachrichten.

Drahtlose Fernmeldung des Kaisers an Präsident Wilson.

Wie wir erfahren, hat jetzt zum erstenmal eine direkte drahtlose amtliche Verbindung zwischen Deutschland und Amerika stattgefunden. Auf Befehl des Kaisers ist der Hochfrequenz-Maschinen-Aktiengesellschaft eine Meldung des Kaisers an den Präsidenten Wilson zur drahtlosen Beförderung nach Amerika zugegangen. Die der Hochfrequenz-Maschinen-Aktiengesellschaft gehörige Meldestelle in Elise bei Hannover hat diese Meldung drahtlos weitergegeben und die Empfangsstelle Tuckerton in Amerika hat den fehlerfreien Eingang bestätigt. Die Entfernung zwischen der Aufstade- und der Empfangsstelle beträgt 6500 Kilometer.

Kleine Anfragen.

Zwei neue kleine Anfragen sind im Reichstag gestellt worden. Der Abgeordnete Dr. Trendel (Str.) fragt an: In weiten Kreisen der Bevölkerung und der Steuerbehörden herrscht trotz der Erklärung des Herrn Reichsfinanzsekretärs vom 10. Januar d. J. noch Unklarheit darüber, ob das nach dem Mehrbeitragsgesetz noch dem Stande vom 31. Dezember 1913 festgesetzte Vermögen, mag es nach dem Ertragswert oder nach dem gemeinen Wert (Verkaufswert) festgesetzt worden sein, unverändert gemäß §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes bei der Feststellung des Vermögenszuwachses im Jahre 1917 zugrunde zu legen ist oder ob im Jahre 1917 die Grundbesitzer von neuem eine nachträgliche Bewertung ihrer Grundstücke nach dem Ertragswert oder Verkaufswert rückwirkend auf das Jahr 1914 beantragen können. Eine bestimmte Auskunft über die Ansicht der Reichsleitung würde im Volke beruhigend wirken und eine Anzahl von Verurteilungen hintanhalten. Ist der Herr Reichskanzler bereit, hierüber Auskunft zu erteilen?

In einer weiteren Anfrage erkundigt sich der Abgeordnete Sittard (Str.), ob beabsichtigt sei, das Infanterieregiment Nr. 88 wieder nach Zabern zu verlegen oder ob ein anderes Regiment nach Zabern in Garnison kommen soll.

Zabern in der württembergischen Kammer.

Die Antwort der württembergischen Regierung auf die Anfrage in der Kammer betreffs des Eingetretens des Will-

